

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis: pro Nummer 1 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 1,70 Mk., jährlich 3,20 Mk. (Postgebühren eingeschlossen).
 Einzelne Nummer 5 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).
 Abonnement für die Post: 1,10 Mk. pro Monat. Postgebühren eingeschlossen.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. März 1908.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Interaktions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonelle oder deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zur Wahlrechtsbewegung.

I.

Als die ökonomische Entwicklung in Deutschland immer stärker das Bedürfnis nach einem kräftigen Einheitsstaat hervorgerufen hatte, wurde dieser zuerst im Norddeutschen Bund, dann im Reich, in der Zwittergestalt eines Staatenbundes zusammengezurrt, in dem die alten Staaten einen bedeutenden Teil ihrer Selbstständigkeit behielten. Die Verteilung der Befugnisse fand dergestalt statt, daß dem Reich diejenigen Gebiete zugewiesen wurden, die im Interesse des Kapitalismus einer modernen Ausgestaltung notwendig bedürftig, alles andere den Einzelstaaten überlassen blieb. So wurden Zoll- und Verkehrsweisen, Handels- und Gewerbepolitik, Kriegswesen, Schifffahrt und Konsulatswesen, ausländische Beziehungen zur Reichssache, während die ganze Verwaltung Landesangelegenheiten blieb. Die Folge war, daß sich im Reich alles zusammenfand, was einen modernen Zug hatte; dort fühlte man den kräftigen frischen Wind einer gewaltigen ökonomischen Entwicklung; die Klassenkämpfe der modernen Zeit spielten sich auf seinem Boden ab, und für das Reich war deshalb auch das allgemeine Wahlrecht, das den Arbeitern die Teilnahme an den politischen Kämpfen ermöglicht, unvermeidlich. Dagegen behielt die ganze Verwaltung ihren rückständigen Charakter, unberührt von dieser Entwicklung, die, wie die ganze deutsche Einheit, den alten preussischen Herrschern außerst zuwider war, und dem entsprach auch das Fortbestehen des Dreiklassenwahlrechts in Preußen. Die sonderbare Mischung eines hochentwickelten Kapitalismus und rückständiger reaktionärer Verwaltungsformen findet in dieser Zeit der Gewalt zwischen Reich und Einzelstaat ihren unmittelbaren und äußeren Anlaß.

Nun war das Dreiklassenwahlrecht seiner Natur nach ein kapitalistisches, ein Geldwahlrecht, und man könnte erwarten, die kapitalistische Bourgeoisie würde im preussischen Parlament — wie es tatsächlich in den sechziger Jahren geschah — und daher auf die Dauer in der ganzen preussischen Regierung herrschen. Daß es anders gekommen ist, liegt an der Einwirkung des proletarischen Klassenkampfes.

Mit dem Wachsen der Arbeiterbewegung wurden die reaktionären Reigungen der Bourgeoisie immer stärker; ihre Haupt Sorge wurde, das Proletariat niederzuhalten. Als diese Absicht auf dem Wege der Reichsgesetzgebung mißlungen war, blieb nur der Kampf gegen die Arbeiter auf dem Wege der Verwaltung, mittels Polizei und Schule übrig. Für diesen Kampf waren aber die Junker mit ihrer beschränkten, reaktionären Brutalität viel geeigneter als eine modern angehauchte liberale Intelligenz. Die liberale Intelligenz als Verwalter in Preußen wäre imstande, die Arbeiter als gleichberechtigte Bürger zu behandeln und ihnen auf der Volkshochschule modernes Wissen, das sie bloß unzufriedener machen könnte, beizubringen. Also überließ sie den Junkern die Herrschaft in Preußen; die wirklichen großen materiellen Interessen der Bourgeoisie wurden ja doch im Reichstage verfolgt und nicht in den Landtagen.

Der Aufstieg des Proletariats hat belanlich bewirkt, daß die Bourgeoisie die Junkerklasse als Verteidiger der heutigen Ordnung gebraucht und ihr deshalb einen bedeutenden Teil des von den Arbeitern produzierten Mehrwertes überlassen muß. Die Funktionsteilung zwischen Reich und Staat erklärt, weshalb die Bourgeoisie die Herrschaft in der hauptsächlich verwaltenden preussischen Regierung den Junkern überlassen hat. So ist die rückständigste Last der deutschen Nation, die Junkerherrschaft, eine unmittelbare Konsequenz seiner vorgeschrittensten Tatsache, eines mächtigen Proletariats. Die Junker blieben tatsächlich, was sie als ihr angestammtes Recht beanspruchten: die geborenen Regierer Preußens. Überall, wo für die verwinkelte Verwaltung eines modernen Staates einige Kenntnisse nötig waren, konnten sie über die bürgerliche Intelligenz verfügen, der sie die niederen Stellen überließen und die sie in hohem Maße mit ihrem eigenen brutalen Geist erfüllten.

Die Junker haben diese Lage der Bourgeoisie vortrefflich ausgenutzt. Während sie ihr Amt, die Arbeiter unter der polizeilichen Fuchtel zu halten und die Arbeiterkinder durch eine verpönte Schule zu verdummen, gehörig erfüllen, strichen sie mit der größten Unterstrenghelt immer größere materielle Vorteile in den Beutel und mischten sie sich fest in die preussische Regierung ein. Als preussische Regierung übten sie einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Reichsregierung aus, und wo dem Reichstage der Form nach eine Reichsregierung gegenübersteht, ist es in Wirklichkeit das preussische Junkerparlament, das ihm gegenübersteht.

Unter dem Einfluß der emporkommenden Arbeiterbewegung ist also das Dreiklassenwahlrecht zu der festen Grundlage der politischen Macht der Junker geworden; dies war aber nur möglich, weil die Bourgeoisie dem Junkertum aus Furcht vor dem Proletariat diese Macht einräumte.

Das Proletariat hat sich lange um das preussische Wahlrecht nicht gekümmert, weil ihm das allgemeine Reichstagswahlrecht den geeigneten Kampfplatz zur Entfaltung seiner Kräfte bot. Und das allgemeine Reichstagswahlrecht hat seine Aufgabe vollkommen erfüllt; es hat die Partei groß

und stark gemacht, die Arbeiterklasse organisiert und mit Klassenbewußtsein erfüllt, und wenn das deutsche Proletariat heute so mächtig dasteht, ist es vor allem der Aufklärung durch den parlamentarischen Kampf zu verdanken.

Jetzt fühlt es sich stark genug, den Kampf um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Preußen zu beginnen. In dem Dreiklassenwahlrecht liegt für den Arbeiter alle Polizeiwillkür, alle Rechtlosigkeit, alle Schuldhafferei, alles was tagtäglich empört und verbittert, enthalten; daher muß der Kampf zur Aufhebung dieses Wahlrechts in der großen Volksmasse überall Sympathie hervorrufen; daher bildet dieser Auf eine geeignete Lösung zur Entfaltung einer großen Massenbewegung. Aber leicht wird der Kampf nicht sein. In Ländern mit einer noch schwachen Arbeiterbewegung ist das Ziel des allgemeinen Wahlrechts leichter erreichbar, weil die Bourgeoisie ganz gut weiß, daß ihr dabei doch die Herrschaft gefehert bleibt. Für die Junker liegt die Sache schlimmer; mit der Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine ist es mit ihrer Herrschaft zu Ende. Deshalb müssen wir uns ganz klar darüber sein: das allgemeine und gleiche Wahlrecht ist in Preußen nur durch die völlige Niederwerfung der Junker zu gewinnen; um einen billigeren Preis ist es nicht zu haben.

Die Junker aber verfügen über die ganze Regierungsgewalt, über alle Machtmittel des Staates. Und die Bourgeoisie steht bei diesem Kampfe größtenteils auf ihrer Seite. Wir haben also die ganze herrschende Klasse mit der Staatsgewalt uns gegenüber. Unser Kampf um das gleiche preussische Wahlrecht ist also nicht eine spezielle Bewegung für irgend eine erwünschte Reform, sondern er ist der Klassenkampf selbst zwischen der herrschenden Klasse und dem Proletariat.

Das will nicht sagen, daß unsere Forderung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen überall außerhalb des Proletariats auf Widerstand stoßen wird. Es gibt auch unter der Bourgeoisie Schichten, die Interesse daran haben, daß die Macht der Junker eingeämmt wird, Schichten, die unter ihrer Herrschaft zu leiden haben und die einen Vorstoß gegen jene hochnäsigen Herren nicht ungern würden. Wenn dann eine energische Aktion der Klassenbewußten Arbeiterklasse diejenigen Proletarier mitzureißen droht, die jetzt noch in der Gefolgschaft bürgerlicher Parteien (Freiheit und Zentrum) marschieren, wird man sich dort, aus Furcht, sie ganz zu verlieren, zu einer aktiveren Wahlrechtsfreundlichkeit bequemen müssen. So wird zugleich mit unserer Bewegung und durch sie in dem Bürgertum eine Bewegung für Wahlreform entstehen, die, als eine Spaltung unserer Gegner, unsere Sache nur fördern kann. Das ist dann ein neuer Fall der allgemeinen Erfahrung, daß bei einer kräftigen Aktion des Proletariats die herrschende Klasse sich spaltet; ein Teil will durch starke Verteilung und Gewalt, der andere durch Zugeständnisse und Irreführung des Klassenbewußtseins die Bewegung eindämmen.

Die einzige Gefahr einer bürgerlichen Wahlrechtsbewegung liegt für das Proletariat darin, daß es deren Charakter nicht durchschaut und sich von ihr irreführen läßt; daß es glaubt, von dieser Seite Bedeutendes erwarten zu können und sich nicht mehr auf die eigene Kraft allein verläßt. Wenn es zu einem wirklichen Kampfe kommen wird, wird die ganze Bourgeoisie — vielleicht mit Ausnahme einiger Ideologen — sich darauf besinnen, daß die Junkerherrschaft zum Zwecke des Niederhaltens der Arbeiter da ist; sie wird vor der Aussicht, allein aus eigener Kraft ein mächtiges Proletariat bezwingen zu müssen, zurückschauern; und ihre Aktion wird im entscheidenden Moment zusammenbrechen.

Die ganze Geschichte von sechzig Jahren her beweist, wie die Bourgeoisie bei jedem Vorstoß der Arbeiter — als diese noch ziemlich machtlos waren — ihre Opposition gegen die Junker abschwächte oder gar aufgab; und jetzt soll es auf einmal anders sein? Jetzt, wo die Arbeiterklasse eine wirklich drohende Gefahr für die ausbeutende Klasse bildet?

Daher wird man auf die Opposition im Bürgertum keine großen Hoffnungen bauen dürfen; sie ist uns willkommen, aber Zutrauen dürfen wir nur zu unserer eigenen Kraft hegen. Unsere Erfolge werden von der Energie abhängen, mit der wir diesen Kampf als Klassenkampf, mit den Mitteln und Waffen des proletarischen Klassenkampfes führen. Der Schwierigkeit der Erringung ist die Größe und die Bedeutung des Zieles angemessen; nicht um irgend ein kleines Reformchen handelt es sich, sondern um den völligen Umschwung der Verhältnisse in Preußen-Deutschland. Der preussische Wahlrechtskampf ist für die nächsten Jahre die hauptsächlichste Form des proletarischen Klassenkampfes überhaupt.

Die Taktik des Wahlrechtskampfes wird also dieselbe sein müssen, wie die Taktik unseres Klassenkampfes im allgemeinen; statt zu versuchen, bei den Gegnern Wohlwollen zu finden, gilt es, durch Energie und Kraftentfaltung die Masse der Arbeiter aufzuklären und mitzureißen, ihren Kampfesmut und ihre Begeisterung zu heben. In diesem Sinne war die Demonstration des 12. Januar ein vortrefflicher Anfang.

Auch die preussischen Beamten gehen leer aus.

Die bürgerlichen Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses suchen sich in ihrem Wettbewerb um die Gunst der Beamten, deren Stimmen sie bei den bevorstehenden Wahlen brauchen, einander den Rang abzulaufen. Nicht weniger als vier Interpellationen, der Konserwativen, der Freikonserwativen, des Zentrums und der vereinigten Linken, fanden am Mittwoch auf der Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses, um der Regierung zu Gemüte zu führen, wie notwendig die Gehaltsaufbesserung der Beamten ist. Bekanntlich sind die Beamten des Außendienstes im Jahre 1907 mit Gehalts erhöhungen bedacht worden; die Thronrede, mit der die laufende Session eröffnet wurde, stellte die Durchführung der durch den Etat für 1907 begonnenen Aufbesserung der Gehälter der Lehrer, Geistlichen und Beamten in Aussicht, aber bisher ist das Versprechen noch nicht erfüllt, obwohl der Finanzminister bereits am 11. Dezember genaue Angaben über die Einzelheiten des Planes gemacht hatte.

Die Beamten, die noch immer voller Vertrauen zu der Regierung aufblickten, sind bitter enttäuscht worden. Genau wie der Vertreter der verbündeten Regierungen im Reichstage, so erklärte der Vertreter des preussischen Staatsministeriums im Abgeordnetenhause, daß die Absicht, die Befoldungsvoorlage noch in dieser Session dem Landtage zu unterbreiten, sich nicht verwirklichen lasse. Zwar spielt für Preußen die Deckungsfrage nur eine untergeordnete Rolle, aber die Regierung hält es für zweckmäßig, auf das Vorgehen im Reich zu warten.

Dieser Grund ist so wenig stichhaltig, wie nur irgend denkbar, und im Laufe der Debatte mußte der Finanzminister das auch selbst zugeben. Denn auf die Anfrage, ob Preußen auch dann noch warten wolle, wenn im Herbst die Reichsfinanzreform nicht zustande komme, erwiderte Herr v. Rheinbaben, daß Preußen dann für sich vorgehen würde. Wenn das aber im Herbst möglich ist, warum sollte es dann nicht auch schon jetzt möglich sein? Von dem Wohlwollen der Regierung werden die Beamten nicht satt, und die Feuerzuzulage, die ihnen weiter gewährt werden soll, ist durchaus unzulänglich. Die Vertreter der Regierung meinten, daß sie materiell ja das Versprechen der Thronrede einlösen, denn in der Thronrede sei nur gesagt, daß den Beamten, Lehrern und Geistlichen die Wohltat der Gehalts erhöhungen vom 1. April 1908 ab zuteil würde. Das solle auch geschehen, die späteren Gehaltsaufbesserungen würden rückwirkende Kraft erhalten. Bei dieser Ausrede vergaßen die Herren von der Regierung nur das eine, daß nämlich die Thronrede von jedem Menschen so verstanden ist, daß die Gehaltsregelung noch vor dem 1. April durchgeführt werden sollte.

Die Debatte selbst war herzlich belanglos. Ob Herr Mallevieh von den Konserwativen in hohem Maße in Beamtenfreundlichkeit macht, ob Herr Dietrich Sohn der Linken des Reichstags den Krieg erklärt oder ob Herr Müller aus Berlin seinen Mitbürgern kund und zu wissen tut, daß die Freisinnigen einen schweren Wahlkampf gegen agrarische und soziale Demagogie vor sich haben, den sie aber mit Ehren bestehen werden, ist sowohl für die Beamten als auch für die Allgemeinheit gleichgültig. Wichtig ist einzig und allein das Ergebnis, daß die Beamten wieder einmal auf die Zukunft vertrieben werden. Die Regierung verlangt von ihnen zwar bei den Wahlen die Betätigung ihrer patriotischen Gesinnung, d. h. ein Eintreten für die ihr genehmen Kandidaten, sie kündigt den Beamten ihre staatsbürgerlichen Rechte, indem sie ihnen das Petitionsrecht und das Vereinsrecht nimmt, aber ihren Pflichten als Arbeitgeber, der seine Angestellten ausreichend entlohnt, kommt sie nicht im entferntesten nach. Auf die schönen von Beamtenfreundlichkeit überschäumenden Reden der Vertreter der Bourgeoisie ist nichts zu geben, das sind Wahnsreden, deren man sich nachher nicht erinnert. Für die Beamten gibt es nur eine Rettung; sie müssen ihre Klassenlage erkennen, sie müssen einsehen, daß sie von der heutigen Gesellschaftsordnung nichts zu erwarten haben, und Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie kämpfen.

Im Laufe der Verhandlungen erklärte übrigens der Finanzminister, daß das Staatsministerium über den Termin der Landtagswahlen noch keinen Beschluß gefaßt habe, sondern daß nur die Vertreter der verschiedenen Parteien den Wunsch ausgesprochen hätten, die Wahlen im Juni stattfinden zu lassen. Unsere Genossen werden gut tun, dieser Erklärung keine Bedeutung beizumessen. Der Landtag tritt im Oktober zusammen, die Wahlen werden also sicher im Juni stattfinden.

Der König des Geschäfts.

Brüssel, 10. März. (Fig. Ber.)

Er wurde wirklich nicht übel inszeniert, dieser neue Kongovertrag Leopolds. Vorerst ein wochenlanges, durch düstere Krisengerichte und hochdramatische Bulletin gewürztes Feilschen und Markten um die vom Könige geforderten Millionen für den „Spezialfonds“ und die übrigen großwahnsinnigen Pläne. Dann, nachdem der König schon nach Ostende davongelaufen und die Krise angeblich loszulassen drohte, ließ die Kongopresse den „hartnarrigen“ Triumph — der natürlich ebenso sehr den Edelmut des Königs wie die patriotische Standhaftigkeit der diplomatischen Unterhändler verdeutlichen sollte — immer näher rücken — bis der Vertrag eines Tages vom Hofstamme der Kongopresse unjubelet, in Gestalt eines von Regierung und dem (Kongo) Preßbureau sorgsam zubereiteten „offiziellen

Stämme* es von Belgien schwarz auf weiß präsentiert wurde. Die Wähler vom Vorkauf der „Etoile belge“ und des „Petit Bleu“, die mit frecher Virtuosität die Geschäfte des Königs besorgten, konnten sich vor Jubel nicht fassen. Wer durfte es jetzt noch wagen, von der „Unnahbarkeit“ des Königs, vom „Absolutismus“ u. dgl. zu reden, nachdem Leopold die Kronlande gestiftet, der Kammer das Abstimmungsrecht über das Budget zugesichert und überhaupt in allem „mit sich haben lassen“? Selbst Vorkäufer wählten nach diesem „Wesens“ in den neuen Bedingungen beträchtliche Vorteile gegenüber den früheren. Aber als bald darauf der neue Vertrag im Wortlaut erschien, erfuhr die Öffentlichkeit, welche großen Wandel die Regierung ausgeführt hatte. Denn es zeigte sich in vollster Deutlichkeit, daß die „neuen Bedingungen“ nicht um ein Haar besser waren als die früheren, daß sie vor allem ebenso wie diese eine offensichtliche Verletzung der Parlamentsrechte sind, deren Anerkennung sich die Kammer in ihrem Votum vom Dezember 1906 ausdrücklich vorbehalten hatte. Daß die Regierung (in deren Mitte Herr Helleputte sitzt, der seinerzeit für die Anerkennung der Kontrollrechte der Kammer geredet und gestimmt hat) es überhaupt wagt, diesen Vertrag vorzulegen, in dem, nur in anderen materiellen und juristischen Formen, alle Wünsche des Königs genau so wie im ersten zugestimmt sind, ist wirklich ein starkes Stück.

Trotz der Aufstellung der Tatsachen durch den Wortlaut des Vertrages selbst, fährt die Kongresspresse unerbittlich fort, den neuen Vertrag den Belgiern als ein „glänzendes Geschäft“ einzureden. Aber es hat sich gezeigt, daß nicht nur die „prinzipiellen“ Annegionsfeinde, sondern auch „angesehene“ Politiker, die „Annegionsisten“ sind, den neuen Vertrag als unannehmbar erklären. Als höchsten Triumph spielte man aus, daß sich sogar Deernaert, der starre Köpfige Rögler, zufrieden erklärt habe. Leider kam bald ein Demont, das das Gegenteil besagte. Auch Cattier, der angesehenste Kolonialfachmann und selbst ein Annegionist, sprach sich gegen den Vertrag aus. Desgleichen der alte Demokrat Janson. Eine Reihe von durchaus kolonialfreundlichen Blättern beurteilen ebenfalls den neuen Vertrag auf das schärfste und erklären seine Bedingungen für noch verhängnisvoller als die des ersten Vertrages.

Was hat Leopold nun eigentlich in dem neuen Vertrag seinen Belgiern „geduldet“? Wie sehen diese „königlichen“ Opfer aus? Er hat wirklich dem Willen der Öffentlichkeit Rechnung getragen und die Kronlande „geopfert“. Die Kronlande sind tot — es lebe der Spezialfonds. Mit dessen aus den Eingeborenen gezehnten Millionen konnte der König ohne parlamentarische Kontrolle seine großwahnsinnigen Baupläne ausführen. Er hat sich dazu von der Regierung die runde Summe von 45 Millionen bewilligen lassen. Es ist nur eine Stimme darüber, daß die Kammer nie aus Eigenem für die höchst unpopulären Luxusbauten des Königs ihre Zustimmung gegeben hätte. So ist sie nun auch noch verpflichtet, die vom König eingegangenen Kontrakte einzuhalten. Eine Stufe höher noch aber erkennt die Leopoldinische Annahme in der Kreierung jener 50 Millionen „aus den Einnahmen der Kolonie“, die sich der König für Werke im Kongo — ohne Kontrolle ihrer Verwendung nutzlos — als Zeichen der Dankbarkeit bewilligen ließ. Verschiden wie immer eskompiert Leopold bereits den Dank der Nation für sich und „sein Kongoverd“ — nachdem ihm die Mittel statt des Dankes nachhaken an die Einhaltung des Berliner Vertrages erinnert, den er durch sein wildes Ausbeutungssystem gedroht. Es ist wirklich ein Leopoldinisch, daß sich in den Tagen, in denen allenthalben die Empörung über die grausame Regerausbeutung und Regemilhandlung im belgischen Kongo laut wird, der Schöpfer dieser Greuel sich mit einem Millionenfonds den Dank für sein Werk kultivieren läßt. Gerade die Klausel von der Dankbarkeit hat die Presse übrigens nicht übel aufgebracht.

Ein anderer Zug Leopolds kommt in der Bestimmung zum Ausdruck, die dem Prinzen Albert bis zu seiner Thronbesteigung eine jährliche Pension von 120 000 Fr. und der Prinzessin Clementine bis zu ihrer Verheiratung 75 000 Fr. zuspricht. Nun weiß der König, daß Belgien auch im besten Falle Millionen in die Kolonie wird hineinstrecken müssen, wenn anders es nicht in Konflikt mit den Mächten des Berliner Vertrages geraten will. Leopold weiß, daß Belgien nur den Kongo übernehmen kann, wenn es alle jene Reformen durchführt, die das bestehende Leopoldinische Verwaltungs- und Ausbeutungssystem notwendig macht. Daß aber der

König dem sicheren Defizit des Budgets noch diese „Großmütigkeiten“ anhängt, — die er, wie man wohl weiß, aus eigener Tasche bezahlen kann, wenn ihn schon danach gelüftet — ist ein Verwunderliches mehr, was für ein schonbares „Geschenk“ und welches „Geschäft“ die Kolonie für die Belgier zu werden verpflichtet. — Zu den weniger auffallenden, aber immerhin beachtenswerten Bestimmungen des Vertrages gehört auch die Zuzahlung einer Jahresrente von 60 000 Fr. an die Verwalter der Kronlande, zu denen unter anderem die Geschäftsmacher des Königs und Millionäre Baron Goffinet, Baron Enoy u. a. gehören. Was der noble König nicht alles aus den armen Regern herausprecht, um — großmütig zu sein!

In den mitgeteilten Hauptzügen des Vertrages mag man ersehen, welche ein „Fortschritt“ in den neuen Bestimmungen liegt! Nun, die Regierung kann heute schon ersehen, daß trotz ihrer Taten und skrupellosen Regierkunst ihrem zweiten Vertrag kein anderes Schicksal blühen wird, als dem ersten: das Schicksal, begraben zu werden.

Die Gewerbeordnungs-Novelle in der Reichstagskommission.

Gestern fand die erste Sitzung der 23gliederigen Gewerbeordnungs-Kommission statt. Von sozialdemokratischer Seite gehören der Kommission die Genossen Mollenbuhr, Schmidt, Berlin und Stadthagen an. Von ihrer Seite waren zunächst zu den §§ 105 bis 119 eine Reihe Anträge gestellt. Auch die Zentrumsmitglieder hatten viele Abänderungsanträge gestellt, die sich auch auf andere Paragraphen als die in der Vorlage berührten bezogen. Die Kommission war damit einverstanden, daß zunächst die zu § 118 der Gewerbeordnung gestellten Anträge zur Beratung gelangen und später auf § 105 usw. zurückgegangen werde. Beschlossen wurden zwei Beschlüsse. Als Berichterstatter für die Vorlage wurde Abg. Pieper, für die Petitionen Genosse Schmidt-Berlin gewählt.

Der jetzige § 118, Absatz 1 der Gewerbeordnung lautet: „Beim Abgange können Arbeiter ein Zeugnis über die Art und die Dauer ihrer Beschäftigung fordern.“ Die Regierungsvorlage schlägt vor, um den aufgetretenen Zweifel zu beseitigen, ob das Zeugnis bereits von der Kündigung ab verlangt werden könne, den Eingang des Absatzes so zu fassen: „Bei der Beendigung des Dienstverhältnisses im Falle der Kündigung von dieser an...“ Von sozialdemokratischer Seite wurde betont: bei lokaler Auslegung des § 118 müßte sowohl die Frage, ob bereits von der Kündigung ab, wie die weitere, ob die in der Regierungsvorlage nicht berührte ohne Änderung bejaht werden, daß das Zeugnis auch nach dem Austritt verlangt werden kann. Bei der Beratung des § 680 Bürgerlichen Gesetzbuchs und bei § 78 Handels-Gesetzbuchs war von sozialdemokratischer Seite beantragt, beide Fragen ausdrücklich im Gesetz zu bejahen. Damals hatten die Regierungsvorleger und die Kommissionmitglieder ausdrücklich den Bericht zu § 78 Handels-Gesetzbuchs ausdrücklich erklärt, daß nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kein Zweifel sein könne, daß nach Waghabe der Bestimmungen über Art und Dauer bei Verträgen das Zeugnis schon verlangt werden kann vom Tage der Kündigung ab und auch nach dem Austritt.“ Wird nun nur § 118 Gewerbe-Ordnung geändert, so liegt es leider nahe, daß dann § 78 des Handelsgesetzbuchs und § 680 des Bürgerlichen Gesetzbuchs fortan irrig interpretiert werden. Um diese Verlescherung der Handlungsgehilfen und der vom Bürgerlichen Gesetzbuch unterstellten Arbeiter, z. B. der Wandarbeiter, zu verhüten, sei es zweckmäßig, entweder alle drei Paragraphen oder keinen nach dieser Richtung zu ändern, im Gegensatz zur Regierungsvorlage aber eventuell auch die Streitfrage über die Zeit nach dem Austritt in bejahendem Sinne zu schlichten. Aus der Mitte der Kommission wurde betont, daß im Bericht festgelegt werden könne, daß die für Handlungsgehilfen usw. durch Änderung des § 118 der G.O. nachteilige Interpretation nicht gewünscht sei. Das Zentrum beantragte zum Absatz 1 des § 118 auch eine Klarstellung darüber, daß auch im Fall vermeintlich unberechtigten Austritts aus der Arbeit ein Zeugnis verlangt werden kann. Ein Regierungsvorleger vertat zu lebhafter Ueberraschung die Ansicht, daß eine Belagerung der Zeugniserteilung bei unberechtigtem Austritt möglich sei. Zentrumsdarsteller, Freisinnige und unsere Genossen betonten, daß unter allen Umständen ein Zeugnis verlangt werden müsse. Das sei jetzt durch Annahme des Zentrumsantrages und dann durch ausdrücklichen Ausschluß des 278 des Bürg. Gesetzbuchs an anderer Stelle „absolut klar zu stellen. Schmidt-Altenburg (Sp.) wollte ein „vorläufiges Zeugnis“ zulassen. Sein Antrag

wurde einstimmig abgelehnt. Dasselbe Schicksal widerfuhr einer nationalliberalen Anregung, dem Arbeitgeber stets zu gestatten, im Zeugnis nach dem Austritt zu bringen, ob des Arbeiters Abgang berechtigt erfolgt sei. Bei der Abstimmung über § 118 Absatz 1 fiel der sozialdemokratische Antrag, entweder die jetzige Fassung zu behalten oder auch klar auszudrücken, daß auch nach dem Austritt ein Zeugnis verlangt werden könne, durch Annahme des Zentrumsantrages folgender Form (die Änderungen gegen den jetzigen Wortlaut sind durch Sperrdruck hervorgehoben):

Bei jedem Austritt aus dem Dienstverhältnis oder im Falle der Kündigung von diesem an, können die Arbeiter von dem Arbeitgeber ein schriftliches Zeugnis über die Art und die Dauer ihrer Beschäftigung fordern. Wenn zwischen der Kündigung und dem Austritt ein Zeitraum von mindestens einem Monat liegt, so kann der Arbeiter ein Ergänzungszeugnis beanspruchen.

Die Zentrumsmitglieder hatten auch zu den weiteren, in der Regierungsvorlage nicht berührten Absätzen des § 118 eine präzisere Fassung beantragt. Unsere Genossen verlangten eine Klarlegung, daß auch negative Merkmale des Zeugnisses unzulässig sein sollen, daß also eine gewohnheitsmäßige Beschäftigung „ordnungsmäßig entlassen“ erteilt und ein Gebrauch eines anderen Formulars (also eine Art schwarze Liste) unterlagt wird. Diese Umgehung des Gesetzes soll durch Einschaltung der Worte „oder geeignet sind“ erreicht werden. Der dahin gestellte, im Jahre 1891 abgelehnte Antrag wurde mit 15 Stimmen (Zentrum, Freisinn, Sozialdemokraten) angenommen. Der Abg. Schad stimmte dagegen, also für eine Umgehung der Arbeiterkündigungsvorschrift und für Fernrufe. Die weiteren Absätze erhalten folgende Gestalt (die Änderungen sind durch Sperrdruck ersichtlich):

Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auf ihre dienstliche Führung und ihre dienstlichen Leistungen auszuheften.

Das Zeugnis darf eine dem wirklichen Sachverhalt widersprechende Auskunft nicht enthalten und muß von dem Arbeitgeber oder einem dazu bevollmächtigten Betriebsleiter unterzeichnet werden.

Das Zeugnis darf nicht mit Merkmalen versehen werden, welche den Zweck haben oder geeignet sind, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu lenzen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. März 1908.

Geschäftsordnungs-Kämpfe und modernistische Kultur.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die Generaldebatte über das Reichsamt des Innern zu Ende gebracht. Nachdem einige bürgerliche Redner über alle möglichen Fragen bereits Gefagtes in anderen Worten wiederholt und wenig Neues vorgebracht hatten, wäre unsererseits Genosse Hue zum Wort gekommen, der die bisher noch nicht erörterten Bergwerksfragen vorbringen wollte. Da erschien der Votumtrag auf Schluß der Debatte, der denn auch mit der üblichen Blockwucht angenommen wurde.

Als nunmehr nach der Abstimmung über die Resolutionen in der Spezialdiskussion weiter fortgeführt wurde, ergriff der Genosse Hue das Wort zum Titel „Gehalt der Direktoren“, geriet aber gleich in Konflikt mit dem Präsidenten Stolberg, der nicht dulden wollte, daß Hue in irgend einer Weise Fragen stellte, die allgemeinen Charakters sind. Schließlich mußte Hue abtreten. Nunmehr versuchte Genosse Stadthagen sein Heil. Den Kampf mit ihm hatte Graf Stolberg dem Vizepräsidenten Pasche überlassen. Es gelang Stadthagen zwar eine Peitsche eine sachliche Erörterung durchzuführen, Herr Pasche, immer nervöser werdend, studierte in den Zwischenpausen zwischen seinen präsidialen Einnächtigungen die Geschäftsordnung, um ausfindig zu machen, mit welchem Paragraphen er den Einwendungen Stadthagens begegnen könnte. Schließlich drohte er, nachdem Stadthagen zweimal zur Sache gerufen war, mit einem Appell ans Haus, um dem renitenten Sozialdemokraten das Wort entziehen zu lassen. Stadthagen beendete indes rasch mit kurzen Worten seine Ausführungen.

Vundestag, diese Vertretung der Regierungen, versprach bereits in einer Proklamation vom 1. März: „Deutschland wird und muß auf die Stufe gehoben werden, die ihm unter den Nationen Europas gebührt.“ Ferner gab er den Regierungen die Aufhebung der Zensur frei und geruhete sogar am 10. März, den „Völkern“ das Tragen der „deutschen Farben“, schwarz-rot-gold zu gestatten, ja sie zu den amtlichen Farben des deutschen Bundes zu erheben. Inzwischen freilich hatten sich verschiedene dieser deutschen „Völker“ bereits anderweitige Freiheiten herausgenommen. In Baden erzwang das Volk die Entlassung dreier verhasster reaktionärer Minister. In Württemberg erzwang man ebenfalls die Berufung eines liberalen Kabinetts. Obendrein aber rotteten sich gar die Bauern im Oberrhein und Tauberggrund, im Schwarzwald usw. zusammen, um die Feudalstätten gewaltsam abzuschütten. Die Alten und Lehnsbäuer wurden verbrannt; in Niederstetting ging bei dieser Einschüchterung sogar das Schloß in Flammen auf. Die adeligen Gutsherren gerieten darob in solchen Schreck, daß viele freiwillig auf Jinsen und Renten verzichteten. Auch in Sachsen, Bayern, Hessen-Darmstadt, Kurhessen, Hannover usw. schlug der Aufbruch in hellen Flammen empor.

Auch in Preußen, und speziell in Berlin, begann es gewaltig zu gären. Aber Friedrich Wilhelm IV. befand sich noch immer in dem optimistischen Wahne, daß sein Volk die Unteranen-schen nicht absetzen werde. Als sich der Ranton Neuenburg in der Schweiz, den der Wiener Kongreß unter preussische Hoheit gestellt hatte, von Preußen losriß, meinte der König, er verliere dabei nichts als die schöne Aussicht vom dortigen Schlosse. Aber die Vorgänge im preussischen Rheinlande hätten ihm immerhin eine Warnung sein sollen. Dort, wo die Industrie höher entwickelt war, wo die Erinnerung an die Erregungen der großen französischen Revolution noch besonders lebendig war, kam es zu sehr bewegten Volkszügen. In Köln konnte man die Marxellaise singen und über einen Anschluß an Frankreich diskutierten hören, und neben der bürgerlichen Bewegung machte sich bereits auch eine proletarische Bewegung geltend, die in mächtigen Straßendemonstrationen Schutz der Arbeit und Sicherstellung der menschlichen Bedürfnisse verlangte. Aber die Junter und Bureaukraten in Berlin stellten übermäßig die schärfsten Maßregeln in Aussicht, falls sich auch in Berlin der „Wöbel“ „mausig machen“ sollte. Und das Vertrauen des preussischen Königs in die Unerschütterlichkeit seines feudal-absolutistischen Gottesgnaden-Regiments war noch am 6. März ein so festes, daß er an diesem Tage in einer Thronrede den schönen Satz aussprach, daß in Preußen der König, das Heer und das Volk dieselben seien von Geschlecht zu Geschlecht.

Er sollte bald genug eines Besseren belehrt werden.

Die Vorboten des 18. März.

Die Märzrevolution brach mit der Wüßlichkeit einer Katastrophe nicht nur über die Fürsten, sondern auch über das Bürgertum herein. „Wir sahen“, heißt es in einer Darstellung aus dem Jahre 1849, „wie sich der Himmel verfinsterte und die Luft schwärze und schwärze wurde... daß endlich ein Losbruch des Sturmes erfolgen mußte, wußten alle... Wer aber hätte den so plötzlichen und so vernichtenden Sturm geahnt, wie ihn der Februar des Jahres 1848 brachte...“ Am ahnungslosesten waren die absolutistischen Gewalthaber. Die Hoffnungen und politischen Handlungen wiegen die Fürsten vollends in den Wahn ihrer souveränen Gottähnlichkeit, und von Zeitungen erhielten auch damals die gelehrten Häupter nur eine vorsichtig getrocknete Kutsche. Drauf sagt Wilhelm Zimmermann in seiner Schrift „Die deutsche Revolution“: „Mehr als ein deutscher Fürst war in der Lage Ludwigs XIV. „Wenn ich Ihre Frau entbinde“, fragte der König einen seiner Höflinge. „Wenn es Eurer Majestät gefällig sein wird“, antwortete dieser mit tiefer Verehrung. So glaubte mancher deutsche Fürst, es komme auf ihn an, ob und wann die Zeit eine neue Geburt vollbringen soll oder nicht.“ So erklärte ja auch belamntlich Friedrich Wilhelm IV. noch 1847, „nimmer werde er dulden, daß ein Blatt Papier sich zwischen den Herr-Gott im Himmel und das Land dränge“, wobei der Preußenkönig sich für den allmächtigen Stellvertreter dieses Herr-Gottes im Himmel hielt.

Da kam die Pariser Februarrevolution. Unter dem Bürgerkönigtum des geduldeten Bourgeois Louis Philipp und der Korruptionspolitik einer „Volksvertretung“, die von noch nicht einer Viertelmillion Staatsbürgern gewählt war, die aber je 200 frank direkte Steuern bezahlten, war die Nation derartig aufgepländert und politisch kompromittiert worden, daß die Empörung eine allgemeine geworden war. Am 22. Februar demonstrierten Kleinbürger und Proletarier auf der Straße. Die Demonstration wiederholte sich machtvoller am 23. Februar. Es kam zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, Bürgerblut wird vergossen und im Nu wachsen die Barrikaden aus dem Boden. Der Kampf dauert bis zum andern Tage: Um 1 Uhr mittags am 24. Februar zieht das siegreiche Volk in die Tuilerien ein. Der Bürgerkönig aber bringt seine teuere Person und sein gefülltes Portemonnaie durch eilige Flucht in Sicherheit.

Die Nachricht von der siegreichen Revolution, von der Erziehung der Republik erregte in ganz Deutschland einen Dampfen des Jubels und der Begeisterung. Vergebens verlusteten die offiziellen Berliner Prekschloßen den Spießbürgern vor einer französischen Invasion Truppen einzusetzen, vergebens bramarbasierte die „Allgemeine Preussische Zeitung“, daß „wenn neues Gelüste

erwachen sollte nach deutschen Fluren, vielleicht gelleidet in das Streben der Völkerbeglückung nach dort reisenden Theorien, Deutschland dasteh, wohlvorbereitet, jeden Angriff ernst und, wenn es sein muß, blutig zurückzuweisen.“ Diese chauvinistischen Hegeversuche verpufften. Die Masse des Volkes begriff, daß der Feind nicht jenseits sondern diesseits des Rheines stand.

Querli begann es sich in Süd- und Westdeutschland zu rühren. In Baden hatte ja die liberale Opposition die schärfsten Formen angenommen, dort hatte sich bei der Masse sogar der Gedanke der Republik eingebürgert. Auch in Württemberg, Hessen, Rheinpreußen bestand bereits seit geraumer Zeit eine liberale Opposition. Aber auch Thüringen und Sachsen wurden jetzt durch die Pariser Ereignisse in den Strudel hineingerissen.

Überall erhob sich der Ruf nach einem starken und einigen Deutschland. Fast einstimmig verlangte man allenthalben in den deutschen Ländern und Ländern: „Ein deutsches Parlament, frei gewählt durch das Volk. Jeder volljährige Deutsche, ohne Rücksicht auf Rang, Stand, Vermögen und Religion, kann Mitglied dieses Parlaments werden. — Unbedingte Pressefreiheit. — Vollständige Religions-, Gewissens- und Lehrfreiheit. — Aufhebung der stehenden Heere. — Allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Offiziere. — Vollständige Rechtspflege mit Schwurgerichten. — Allgemeines deutsches Staatsbürgerrecht. — Gerechte Besteuerung nach dem Einkommen. — Wohlstand, Bildung und Unterricht für alle. — Gleichung und Gewährleistung der Arbeit. — Ausdehnung des Mißverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. — Vollständige und billige Staatsverwaltung. — Beschränkung des Beamtenheeres. — Verantwortlichkeit aller Minister und Staatsbeamten. — Abschaffung aller Vorrechte. — Freies Vereinigungsrecht usw. usw.“

Am 5. März fand in Heidelberg eine Versammlung badischer, hessischer, württembergischer und rheinischer Liberaler und Radikaler statt, die beschloß, die Einberufung eines deutschen Parlaments zu fordern. Zugleich wurde beschlossen, auf den 31. März nach Frankfurt a. M. eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung der Nation einzuberufen, die dem auch als sogenanntes „Vorparlament“ zusammentrat. Kaum waren diese Beschlüsse bekannt geworden, als man von einem Fürstentumgehörte, der eine Gegenaktion darstellen und sich bereits am 25. März in Dresden versammeln sollte. Aber diese Gegenaktion kam nicht zustande: Der 18. März warf den Absolutismus für erste derart über den Haufen, daß ihm alle Luft zu Quertreibereien verging. Erst als die Herleitung und der Hader unter dem Bürgertum selbst begann, kam die Reaktion wieder zu Kräften.

Die siegreiche Erhebung des Pariser Volkes war den Mächtehabern aber auch ohnehin schwer in die Glieder gefahren. Der

Bei einigen der folgenden Positionen, „Germanisches Museum“, verbreitete sich nunmehr der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfeiffer aus Bamberg über die gesamten Aufwendungen für Kulturzwecke, die das Reich macht. Auch ihm fiel Herr Paasche in das Garn, was wiederum zu einem Ringkampf zwischen dem Redner und dem Präsidenten führte, in dessen Rumpfsaufen der Herr Präsident wiederum eifrig in der Geschäftsordnung umherblätterte. Hoffentlich geben die bevorstehenden Osterferien dem unglücklichen Präsidentenlehrling die erforderliche Ruhe, um sich über seine Kompetenzen hinreichend zu informieren. Es trägt gerade nicht zur Förderung des präsidialen Ansehens bei, wenn die Herren auf dem Präsidialstuhle so merkbar ihre Un- erfahrenheit zur Schau stellen müssen.

Dem Zentrumsredner sprang mittlerweile Herr v. Gamp hülffreich bei, indem er den Antrag einbrachte, eine Reihe von Positionen zusammenzufassen, um dem Redner die Fort- führung seiner Rede zu ermöglichen. Der Antrag war seiner- seits dem Zweck keineswegs entsprechend, wurde aber doch vom Zentrum und der Rechten angenommen. Nunmehr las Herr Pfeiffer seine sorgfältig ausgearbeitete und stilisierte Rede weiter vor. Sie wurde dadurch bemerkenswert, daß dieser Zentrumsredner Ideen entwickelte, die ihm im korrekten Verlauf der Dinge den Bannfluch des Papstes eintragen müßten. Was er entwickelte, war der Modernismus in der Kunst und Wissenschaft. Als er erklärte, das Wort Schillers: „Mein Fürst, geben Sie Gedankenfreiheit!“ müsse auch auf die Kunst Anwendung finden, rief die Linke einmütig „Bravo!“. Am Schluß seiner Rede erhielt Herr Pfeiffer aber dann auch stürmischen Beifall von seiner Fraktion, die damit demonstrieren wollte, daß sie mit ihm einverstanden war. Aber gerade deshalb kam man darauf gefaßt sein, daß die Liberalen Hedern sich jetzt eifrig bemühen werden, zu be- weisen, daß Herr Pfeiffer nichts gegen Rom gesagt hat.

Zur Erbschaftsfrage Hohelohe-Langenburg.

Der frühere Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürst zu Hohen- lohe-Langenburg hat in seiner Erbschaftsfrage an den Staats- sekretär v. Koeber ein Schreiben gerichtet, in dem er darauf hin- weist, daß er lange vor dem Tode der Fürstin, und zwar schon vor dem Januar 1896, den Herrn Unterstaatssekretär v. Schraut, Vor- stand der Finanzabteilung, aufgefordert habe, ihm ein Gutachten über seine Steuerpflicht in Elsaß-Lothringen abzugeben. Dieses Gutachten spreche sich dafür aus, daß für ihn keine Verpflichtung bestehe, in Elsaß-Lothringen eine Erbschaftsteuer zu bezahlen, daß vielmehr die württembergische Gesetzgebung hierbei maß- gebend sei, weil der Wohnsitz der Fürstin Langenburg und nicht Straßburg sei. Er habe keinen Grund, an der Richtigkeit dieses Gutachtens zu zweifeln, da er unbestritten als württembergischer Standesherr seinen Wohnsitz in Langenburg habe. In Langen- burg habe er die gesetzlichen Gebühren bezahlt. Das württembergische Erbschaftssteueramt habe auch den Nachlaß der Fürstin in Württemberg für erbschaftssteuerpflichtig erklärt. Sollten die gesetzlichen Vorschriften Elsaß-Lothringens eine andere Behandlung verlangen, so sehe er der Mitteilung des Staats- sekretärs hierüber entgegen.

Die Reichsvereinsgesetzkommision

sollte am Mittwoch die zweite Lesung der Vorlage beginnen. Die Sitzung ist jedoch im letzten Moment abgesagt worden. Offenbar wird immer noch daran gearbeitet, den Bloßfreisinn für ein Unfallskompromiß zu gewinnen. Offiziell wird angegeben, daß der Staatssekretär des Innern v. Bethmann-Hollweg die Vertagung gewünscht habe, bis der Etat des Reichsamts des Innern, den er zu vertreten hat, im Plenum des Reichstages erledigt sei.

Die Presse der freisinnigen Volkspartei setzt ihr ver- dächtiges Schweigen über die Absichten ihrer Partei fort! —

Wahlrechtskravall im sächsischen Landtag.

Dresden, 11. März 1908.
(Privatelegramm des „Vorwärts“.)
In der zweiten Kammer des sächsischen Landtages kam es heute zu einem Wahlrechtskravall. Als der freisinnige Antrag auf Her- stellung der Öffentlichkeit der Wahlrechts- deputatton verhandelt wurde, unterlagte der Präsident jede Verührung der geheimen Wahlrechtsverhand- lungen in der Deputation. Darauf erwiderte der frei- sinnige Abgeordnete Währ, solches Verhalten sei eines Kultur- volkes unwürdig. Diese Worte lösten starken Beifall auf den Tribünen aus, worauf der Präsident sofort die dichtbesetzten Tribünen räumen ließ. Unter säkern- scher Umhüllung des Hauses wurden der Genosse Goldstein und der freisinnige Gärtner, die gegen die Maß- nahmen des Präsidenten protestierten, von diesem zur Ordnung gerufen. In der wiederaufgenommenen Verhandlung legte Genosse Goldstein unsere Haltung zu der geheimen Wahlrechts- deputatton dar. Der konservative Dvich beantragte Verweisung des Antrages an — die geheime Wahlrechtsdeputation, womit, wie Genosse Goldstein treffend bemerkt, der Bod zum Gärtner gemacht werde. Hierauf betrat der Nationalliberale Schill den Standpunkt seiner Fraktion und bemerkte, daß die Geheim- träumerei bis in die Reihen der Freikonservativen Unwillen erregt habe. Schließlich wurde der Antrag doch an die geheime Wahlrechtsdeputation abgeschoben. Es liegt bereits wieder eine freisinnige Interpellation über die Wahlrechtsfrage vor und es wird voraussichtlich bald wieder zu Zusammenstößen in der zweiten Kammer kommen.

Eine Anklage zur Llynar-Affäre.

Wegen Verleumdung des Kriegsministers hatte sich am Montag Genosse Steinkamp vom „Volkblatt für Sochum“ vor der dortigen Strafkammer zu verantworten. Der Kriegsminister von Einem erklärte in seiner bekannten Reichstagsrede vom 4. Dezember auf einen Angriff Paasches, daß sich der Major Llynar dem Gerichte gestellt habe. Einige Tage später teilte der „Dannoversche Courier“ mit, daß Graf Llynar nicht habhaft sei. Das „Volkblatt“ druckte diese Mitteilung ab und fügte eine etwas freie Charakteristik der entgegenstehenden Versicherung des Kriegs- ministers an.

Eingangs der Verhandlung hielt der Vorsitzende dem An- geklagten vor, daß er in dem Artikel dem Kriegsminister den Vorwurf der Krassen Lüge gemacht habe. Genosse Steinkamp wies auf die Mitteilung regierungsfreundlicher Organe hin, nach denen sich Graf Llynar nicht gestellt habe. Das habe ihn zu der festen Ueber- zeugung gebracht, daß die Aussagen des Kriegsministers nicht den Tatsachen entsprechen habe. Als dann die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Auslassungen der Blätter dementierte, habe auch das „Volkblatt“ davon Notiz genommen und erklärt, daß dadurch auch die Schluss- folgerungen des „Volkblattes“ hinfällig seien. Staatsanwalt Wagner erklärte, daß die Jurisdiktion nur in hypothetischer Form erfolgt sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rabilty, führte aus, das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ besage nichts, wie

so viele Dementis dieses Blattes. Hier komme es darauf an, ob sich Graf Llynar schon am 4. Dezember gestellt habe. Er wolle den Beweis antreten, daß dies am 4. Dezember noch nicht geschehen sei und erliche dafür als Zeugen zu laden den Journalisten Busard-Berlin und den Grafen Llynar. Der Staatsanwalt erklärte, gegen eine Vernehmung der Zeugen werde er nichts ein, um nicht ein Recht des Angeklagten zu verflummern, er halte aber dem Angeklagten entgegen, daß es geradezu unfaßbar sei, wenn der Kriegsminister vor den versammelten Abgeordneten, bei der damaligen politischen Situation vor der ganzen Welt, die leicht eine Kontrolle ausüben könne, die Unwahrheit gesagt habe. Den Angeklagten ersuche er, eine fahbare Erklärung abzugeben. Verteidiger Rechtsanwalt Rabilty entgegnete, nicht ausgeschlossen sei, daß dem Kriegsminister die Mitteilung geworden, Graf Llynar und Hohenau würden sich den Gerichten stellen. Geklärtlich erscheine es, wenn der Kriegsminister bei der damals hochgehenden politischen Situation des Effekts willen diese Mitteilung in positiver Form gemacht habe. Der Staatsanwalt meinte, diese Er- klärung mache dem Kriegsminister höchstens den Vorwurf der Un- vorsichtigkeit, während der fragliche Artikel den der bewußten Un- wahrheit enthalte. Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht die kommissarische Vernehmung der angebotenen Zeugen. Zum neuen Termin soll ein Abdruck des amtlichen Stenogramms der Rede des Kriegsministers und der Rede Paasches vom 4. Dezember beigebracht werden.

Landtagswahlen vor Pfingsten!

Die „Deutsche Tagesztg.“ empfiehlt dringend, die Landtagswahlen mit Rücksicht auf das Fest und die Generete bereits vor Pfingsten stattfinden zu lassen:

„In einem Punkt scheint uns aber die Wiedergabe der Neuhe- rungen des Ministers ungenau zu sein. Mitte Juni können die Landtagswahlen nicht wohl stattfinden, weil das Pfingstfest auf den 7. Juni fällt und es nicht ratsam sein würde, die Wahlen so kurz nach dem Feste anzusetzen. Außerdem würde dann die Abgeordnetenwahl sich dem Zeitpunkt nähern, wo die Generete beginnt, und das wäre nicht zweckmäßig. Wir glauben deshalb, daß es geraten sei, die Wahlen so festzusetzen, daß sie vor dem Pfingstfest beendet sind.“

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Regierung dem agrarischen Drängen, die Wahlen zu einem den agra- rischen Interessen möglichst günstigen Zeitpunkt stattfinden zu lassen, Rechnung tragen wird! —

Arbeiterfreundlich.

Das Zentralorgan der „Volkspartei Zentrum, die „Germania“, fährt wiederum einen hinterlistigen Streich gegen Arbeiterrechte. Sie nimmt eine vom „Leipz. Tagebl.“ veröffentlichte Notiz, die über angebliche Inkorrektheiten in der Chemnitzer Krankenkasse be- richtet, zum Anlaß, gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu gehen. In der Notiz wird konstatiert, daß die Staatsanwaltschaft trotz heikler Bemühens keine Handhabe gefunden hat, gegen die Kassenverwaltung vorzugehen. Trotzdem schreibt die „Germania“: „Nach dem genannten Blatt sind die Akten über die Ver- sehlungen der in Frage kommenden Kasse noch nicht abgeschlossen, weil wegen mehrerer anderer Vorgänge das Verfahren noch schwebt. Indessen bieten schon die bisher festgestellten Vorgänge einen neuen Beweis für die dringliche Reformbedürftigkeit des Krankenkassengesetzes.“

Selbst wenn die angeblichen Verfehlungen einzelner Beamten auf Wahrheit beruhten, läge für einen objektiv urteilenden Menschen noch kein Anlaß vor, deshalb der Selbstverwaltung der Kassen an den Kragen zu gehen. Nach der Logik der „Germania“ wäre es z. B. dringend notwendig, die katholische Kirche aufzuheben, weil nicht nur in einzelnen, sondern in zahlreichen Fällen katholische Priester sich segensvolle Verdienste haben zuschulden kommen lassen.

Graf Hohenau.

Einige Blätter wuhlen in den letzten Tagen zu melden, Graf Hohenau sei vom militärischen Ehrengericht seiner Titel und Orden verlustig erklärt worden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dementiert diese Nachricht in folgender komischen Weise:

„Gegenüber den in mehreren Blättern enthaltenen Nach- richten können wir auf Grund einer Anfrage an zuständigen Stelle bestimmen erklären, daß ein ehrengerichtlicher Spruch gegen den Generalleutnant z. D. Grafen Hohenau bisher nicht er- gangen ist.“

Es ist also noch immer kein Urteilspruch ergangen; viel- leicht ergeht auch keiner mehr! Was doch die mili- tärischen Ehrengerichte für eigenartige Institutionen sind?

Von Hellsdorf-Wehra.

Auf seinem Schlosse Wehra bei Reumarkt (Regierungsbezirk Halle) ist heute ein Mann gestorben, der einst als Politiker und Führer der konservativen Partei eine bedeutende Rolle gespielt hat, seit mehr als einem Jahrzehnt aber nur noch selten genannt wurde: Herr v. Hellsdorf-Wehra. Am 16. August 1833 auf dem Gute Wehra geboren, studierte Otto Heinrich v. Hellsdorf in Bonn, Leipzig, Heidelberg und Berlin Jura und Kameralia, arbeitete am Kreis- gericht und bei der Regierung in Merseburg. Er wurde 1867 Land- rat des Kreises Bögler, schied aber 1874 aus dem Staatsdienst, um das väterliche Rittergut Wehra zu übernehmen und sich zugleich der Politik zu widmen. Schon 1871/74 war er von dem Wahlkreise Bögler in den Reichstag gewählt worden. Besonders nahm er an der Reorganisation der deutschkonservativen Partei regen Anteil, und zwar als einer der Hauptverfechter des Kartellgedankens, des Zu- sammengehens mit der nationalliberalen Partei. Er wurde 1877 von Wittenberg in den Reichstag gewählt, führendes Mitglied des fraktionsvorstandes der Deutschkonservativen im Reichstage und des Ausschusses des deutschkonservativen Wahlvereins. Mit Ausnahme der Legislaturperiode 1881/84 betrat er Schweinitz-Wittenberg bis 1890. Bei der Neuwahl im Jahre 1890 unterlag er dem freisinnigen Dr. Dohrn, wurde aber bei einer Ersatzwahl im Wahlkreise Schlochau- Frastow gewählt.

Seine partei- und regierungsfreundlichen Reigungen brachten ihn jedoch bald mit den entschiedenen Agrarkonservativen in Konflikt, besonders als er für die Landgemeinde-Ordnung sowie für die ersten Caprivischen Handelsverträge eintrat und sich gegen das Jeddliche Volksschulgesetz wandte. In diesen Streitigkeiten blühte die um Hammerstein gescharte Gruppe Singer. Herr v. Hellsdorf wurde in den Parteilaufschuß und den Fraktionsvorstand nicht mehr gewählt und trat bei den Wahlen im Jahre 1893 nicht wieder als Kandidat auf. —

Gelobt sei Jesus Christus!

Die häßliche Geschichte von dem frommen Gehaben des Rektors Kopsch während der Wahlbewegung im Kreise Wittenberg wird von der „Freisinnigen Zeitung“ als Unwahrheit bezeichnet. Sie sagt: „Die grobe Unwahrheit ist bereits richtig gestellt worden. Der Verbreiter dieser Nachricht, ein Herr aus Radibau, hat sie in einem Brief an Herrn Abg. Kopsch in Worten der Entschuldigung zurückgenommen.“

Eine Ohrfeige für Preußens Dreiklassenparlament.

Die bayerische Reichsratskammer lehnte in ihrer Sitzung vom Mittwoch die Genehmigung zur Strafverfolgung des Münchener sozialdemokratischen Organs „Frankische Tagesztg.“ wegen eines Artikels „Wie man Reichsrat werden kann“ ab.

Die „Not“ der Landwirtschaft

kommt besonders trotz zum Ausdruck bei den „landwirtschaftlichen Festen“. Auf dem Stiftungsfest des „Landwirtschaftlichen Vereins von Woltersdorf und Umgegend“ in Sachsen sang man u. a. folgende schönen Verse:

Wir können und den schönen Tag
Schon leisten ohne Not.
Denn um der Landwirtschaft zu nützen,
Tut man sie „oben“ mehrfach schüßen,
Damit recht teuer das Brot.

Wir werden deshalb heute nur
Um Fleisch uns essen satt.
Wir wollen sicher nicht vergeßen,
Daß Brot nur von denen wird gegessen,
Wer kein Vieh im Stalle hat.

Es soll die edle Landwirtschaft
Stets blühen und gedeihen.
Es muß ein jeder danach streben,
Den Preis der Produkte zu heben,
Dann bringt sie auch etwas noch ein.

Wenn 100 Mark der Scheffel Korn,
Die Butter eine Kron,
Wenn Gold man zahlt für Milch und Eier,
Das Schlachtvieh dreißigmal so „teuer“,
Dann sind wir erst richtig belohnt.

Der Mann, der das holprige Ding verbrochen, ist zwar kein Dichter, aber sehr offenerzig. Mit rücksichtsloser Brutalität bringt er die Freude über den Hunger der Armen und die durch ihn von den Agrariern erzielten Profite und die Bier nach mehr zum Ausdruck.

Berichtigung. Herr v. Diefen sendet uns folgende Berichtig- ung, die wir, obgleich sie nicht den Bedingungen des § 11 des Pressegesetzes entspricht, zum Abdruck bringen:
Aus der „Rärlischen Volkstimme“ vom 8. d. M. ersehe ich, daß im „Vorwärts“ zu meiner Reichstagsrede vom 5. d. M. bemerkt worden ist:

mein Vater sei ein geachteter Bauunternehmer gewesen — daher rede mir der Haß gegen die Bauarbeiter im Blut, die dem Vater das Geld für den zusammengelaufenen Großgrundbesitz verdienen mußten.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes darf ich Sie ersuchen, in der nächsten Nummer Ihres Blattes diese Angaben zu be- richtigten.

Mein Vater war nicht Bauunternehmer, sondern ist als Stadt- gerichtsrat . . . gestorben; er ist nicht geachtelt worden, sondern ich zu seinen Lebzeiten. Mein Grundbesitz stammt nicht von dem Gelde, das Bauarbeiter meinem Vater verdienen mußten, sondern von mütterlicher Seite. Mein Haß gegen die Bauarbeiter endlich hat sich in mehrwöchiger Mitarbeit in der Kommission bekämpft, die mit der Beratung des Gesetzes über die Sicherung der Bau- forderungen betraut ist.

gez. v. Diefen. R. d. R. u. d. Abg.

Ungarn.

Die Wahlreform.

Budapest, 11. März. In Verantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Farkashaz erklärte der Ministerpräsident im Reichstage, die Regierung beabsichtige die Vorlage der Wahl- reform noch vor dem Sommerferien einzubringen, damit über sie in der Herbstsession verhandelt werden könne.

England.

Das Betrüßte.

Trotz aller offiziellen Redereien hat der Kaiserbrief in England die Stimmung für beschleunigten Ausbau der Flotte ge- fördert. Die Radikalen innerhalb der Regierungspartei, die gegen jede Vermehrung des Marinebudgets aufgetreten sind, sind zurück- gedrängt, und die Stellung der Imperialisten im englischen Kabinett, die durch die andauernde Krankheit Campbell-Bannern- mans ohnehin in ihrer Position gestärkt sind, hat sich verbessert. Das geht auch aus der Marinede- bate im Unterhaus deutlich hervor. In Verantwortung einer Frage Balfours über das deutsche Flottenprogramm erklärte Asquith, es bestünde keine Meinungs- verschiedenheit darüber, daß England seine unangezeigbare Vorherrschaft erhalten müsse und daß für diesen Zweck der Drei-Rächte-Standard ein guter und praktisch aus- führbarer Standard sei. Die Annahme Balfours, Deutsch- land würde im November 1911 im Besitz von 13 Schiffen der Dreadnought-Klasse sein, stütze sich auf zwei Voraussetzungen, nämlich erstens, daß das deutsche Programm hauptsächlich aus- geführt werden, und zweitens, daß die Schnelligkeit im deutschen Schiffbau den Bau eines jeden Schiffes innerhalb von 30 Monaten vom Datum der Kiellegung ab gehalten würde. Er glaube, daß schwerwiegende Zweifel bezüglich seien, ob die gegenwärtige Schnelligkeit im Bau aufrechterhalten bleiben könne. Im Januar 1911, wenn die Schiffe des diesjährigen Programms vollendet sein würden, würde England zwölf Fahrzeuge der er- wähnten Klasse haben, d. h. eins weniger als Deutschland am Ende des Jahres 1911. Hierbei sei jedoch angenommen, daß in bezug auf Neubauten im nächsten Jahre nichts geschähe. Asquith fuhr fort, er könne wohl, ohne sich über das Programm der nächsten Jahre auszulassen, sagen, falls sich die Wahrscheinlichkeit ergeben sollte, daß das deutsche Flottenprogramm sich so, wie auf dem Papier vorgelesen, erfüllen werde, daß die Re- gierung es dann für ihre Pflicht halten werde, für eine so aus- reichende Zahl von Schiffen und deren rechtzeitige Kiellegung zu sorgen, daß eine Ueberlegenheit Deutschlands nicht zur Tatsache würde. Dies sei die Politik der Regierung, die bestehen bleibe, und das Haus möge versichert sein, daß die Re- gierung nicht beabsichtige, in dieser Beziehung ins Hintertreffen zu geraten. — Das Regierungsprogramm wird von dem größten Teil der Presse gebilligt. Die konservativen Zeitungen sehen ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt und die radikale Opposition ist verstummt. Zugleich geht aber auch aus dieser Antwort die ganze Sinnlosigkeit des gegenseitigen Wettwüßens deutlich hervor.

Rußland.

Beruhigungsarbeit in Tomsk.

Seit zwei Jahren herrscht in Tomsk der Kriegszustand. Das Jagit der Beruhigungsarbeit während dieser Zeit ist folgendes: Es wurde verurteilt: zum Tode durch den Strang 14 Per- sonen, zu Gefängnisstrafen 1104, zur Ausweisung und Deportation 481, zu Geldstrafen 889 (auf insgesamt 10 545 Rubel), zur Amts- entfernung 24. Außerdem wurden 5 Zeitungen gänzlich und 2 auf einige Zeit suspendiert.

Korruption.

Petersburg, 11. März. In hiesigen Waffen- und Munitions- depots ist man großen Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen. In einem Magazin befanden sich statt zwanzig Millionen nur 400000 Patronen. Eine strenge Unter- suchung wurde eingeleitet.

Rumänien.

Die Bauernbewegung.

Bukarest, 11. März. Unter den Bauern der nördlichen Moldau nimmt die Bauernbewegung wieder größere Dimensionen an. Die Bauern stellen an die Gutsherren und Pächter Forderungen. Kavallerie und Infanterie wurde in Sonderzügen in die bedrohten Gegenden abgeandt.

Persien.

Neue Unruhen.

London, 11. März. Der Meldung eines hiesigen Blattes aus Teheran zufolge sind in Schiraz ernste Unruhen ausgebrochen. Zwei einflussreiche Mullahs sollen getötet worden sein. Eine Partei befindet sich im Vormarsch auf Teheran. Die Reaktionskräfte seien geschäftig. Das Ministerium sehe den Ereignissen tatenlos zu.

Amerika.

Sozialistische Stimmen.

In Philadelphia fanden jüngst die Gemeindevahlen statt, an denen sich auch die Sozialisten beteiligten. Sie erhielten 8804 Stimmen gegen 1649 im Februar 1907. Im November 1907, bei der Wahl des Staatsgouverneurs, war ihre Stimmzahl allerdings noch etwas höher als jetzt, nämlich 8913, aber die Wahlbeteiligung war diesmal im allgemeinen schwächer. Bei der Wahlorganisation empfahlen sich viele Kandidaten der anderen Parteien „auch“ als Sozialisten, allerdings als „unabhängige“. Die Korruption in der Stadtverwaltung schreit nach Reformen, und da bezeichnete man sich gern als „Sozialist“ zum Zeichen, daß man auch wirklich das allgemeine Wohl im Auge habe. Gewählt wurden nur die falschen Sozialisten.

Gewerkschaftliches.

Die gewerkschaftliche Einigung

macht weitere erfreuliche Fortschritte und die noch widerstrebenden Elemente schmelzen mit der emporsteigenden Sonne immer mehr zusammen. Die Zahl der Zimmerer, die ihren Uebertritt zum Verband erklärt haben, ist eine weit größere, als man nach den Quertreibereien der Syndikalisten zu hoffen wagte. Ihre genaue Ziffer wird sich erst feststellen lassen, wenn die auf den 14. d. M. angelegte Frist für den Uebertritt abgelaufen ist.

Inzwischen haben auch die Fliesenleger in Dresden mit 10 gegen 7 Stimmen ihre Einigung mit dem Maurerverbande beschloffen. Die Fliesenleger waren von jeher zentralorganisiert und hatten von vornherein die Absicht, sich der Generalkommission der Gewerkschaften anzugliedern. Nicht prinzipielle Gegnerschaft der Fliesenleger gegen diese, sondern die Bedenken des Maurerverbandes gegen eine geforderte Fliesenlegerorganisation verhinderten diesen Anschluß. So kam es, daß die Fliesenleger Rückendeckung bei der Freien Vereinigung suchten, deren prinzipielle Haltung sie natürlich bald abstoßen mußte.

Abgesehen von diesen ganzen Berufsgruppen, die den Weg der Einigung beschreiten, verlassen aber jetzt auch in immer wachsender Zahl die sozialistisch denkenden Arbeiter diejenigen freien Vereinigungen, in denen die Syndikalisten die Mehrheit haben und einen geschlossenen Uebertritt verhindern.

Von der „Gewerkschaft der Maler Berlins und Umgegend“ hat sich ein großer Teil der Mitglieder — etwa die Hälfte — entschlossen, zu dem Zentralverband der Maler überzutreten. Die Uebertrittsbedingungen wurden in einer Besprechung, die am Dienstagabend unter den Einigungsfreunden stattfand, bekannt gegeben. Die Mitgliedschaft in der „Gewerkschaft“ wird in dem Zentralverband zur Anrechnung gebracht und alle Rechte werden zugestanden, die auf Grund der Dauer der Mitgliedschaft zu beanspruchen sind. Der Datum, bis zu dem der Uebertritt vollzogen sein muß, wird noch bekannt gegeben. Jedem Mitgliede bleibt es selbstverständlich freigestellt, für die Ideen, die es bisher hochgehalten, auch im Zentralverbande zu wirken und Propaganda zu machen. Die Versammelten erklärten sich mit den Uebertrittsbedingungen einverstanden und werden nach Kräften unter den Mitgliedern der „Gewerkschaft“ agitieren, um sie für den Zentralverband zu gewinnen. Heute, Donnerstagabend, findet eine Versammlung der „Gewerkschaft“ statt, und die Einigungsfreunde hoffen, daß ihnen gestattet wird, ihren Standpunkt darzulegen, sie sind überzeugt, daß viele ihrem Beispiele dann auch folgen werden, um die notwendige Geschlossenheit in der gewerkschaftlichen Organisation herbeizuführen zu helfen. Was die meisten in der alten Gewerkschaft noch hält, ist der Arbeitsnachweis, aber dieser ist in seiner jetzigen Gestalt unhaltbar geworden. Jedenfalls wird es nur eine Gruppe sein, die sich noch absetzt stellt und den geschlossenen Uebertritt zum Zentralverbande hindert.

So werden also die noch verbleibenden syndikalistischen Gruppen durch die Massenflucht ihrer Mitglieder in die Verbände noch bedeutungsloser, als sie es ohnehin schon sind. Es ist kein Zweifel, daß der anarchisierend-syndikalistische Spul in Deutschland ein schnelles Ende finden wird.

Berlin und Umgegend.

Die Ausdehnung des Maßschneidertarifs auf alle Maßgeschäfte Berlins fand Montag abends auf der Tagesordnung einer öffentlichen Maßschneiderversammlung. Sie tagte in den „Andreas-Besälen“, im Osten der Stadt. Auch hier kommen selbst die bisher Gleichgültigen unter den Maßschneidern mehr und mehr zu der Erkenntnis, daß sie dauernd zur Organisation halten und so mit vereinten Kräften für allgemeine Anerkennung und strenge Durchführung des Tarifs wirken müssen, wollen sie nicht, daß ihre Lebenslage sich bei der furchtbaren Teuerung immer mehr verschlechtert. Der Referent Kunze führte auch treffende Beispiele dafür an, wie töricht es war, daß einzelne Maßschneider, die sich unter dem Eindruck der Tarifbewegung und Aussperrung im vorigen Jahre organisiert hatten, später dem Verbands wieder unterworfen wurden, weil sie den im Verhältnis zu den erzwungenen Vorkosten doch recht geringen Beitrag zu ersparen gedachten. Ein solch überschläger „Sparer“, der für Randberger in der Friedrichstraße arbeitete, hatte damit den Erfolg, daß ihm innerhalb eines Zeitraumes von 4 Monaten nicht weniger als 108 M. vom Arbeitslohn abgezogen wurde. Die Tarifstreue der Unternehmer richtet sich eben nur zu oft nach dem Maß von Organisationsstreue der Arbeiter. In der Versammlung wurden verschiedene Firmen erwähnt, die teils den Tarif noch nicht anerkannt, teils ihn anerkannt haben, sich aber nicht streng daran halten oder sonstige die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern suchen. Besondere Mißstände herrschen bei der Firma Stephan Enders in der Kaiser-Wilhelm-Straße, die mit Kapital des katholischen Klerus arbeitet. Unter anderem sucht diese Firma, die die Einstellung von Arbeitern davon abhängig macht, daß sie katholischen Glaubens sind, durch ein ganz bemerkenswertes System die Löhne ihrer Tagelöhner zu kürzen. Durch Bestrafung mit einem Abzug von 10 Pf. die Stunde zwingt sie ihre Zuschneider, die Stundenzahl, die die Tagelöhner zu den Änderungsarbeiten gebrauchen, herabzudrücken. Arbeiter, die im Tagelöhnerverdienst auf 10 bis 12 Stunden bedacht sind, sollen hier in 3 bis 4 Stunden erledigt werden. Die Firma pflegt ihre Arbeitskräfte aus katholischen Gegenden zu beziehen. Sogar der Organisation wird es sein, hier sowohl innerhalb wie außerhalb des Betriebes für Vereinnahmung der Mißstände zu sorgen, sowie dafür, daß ein vernünftiger Tarif eingeführt wird. Als in diesem Geschäft vor nunmehr zwei Jahren die Konfektionsfirma streikten, wußte der Geschäftsführer den Weg zur Organisation wohl zu finden. — Ferner wurde die Firma Julius Lindenbaum erwähnt, die wohl den Tarif anerkannt hat, aber hier und da Verschlechterungen durchzuführen ver-

sucht. Unter dem Vorwand, daß es an Arbeit fehle, sollten kürzlich die Maßschneider wieder zu Hause arbeiten oder aussuchen. Die Absicht der Firma war offenbar, die bestehende Betriebsverhältnisse aufzulösen. Durch Verhandlungen mit der Organisation gelang es, dies zu verhindern, und es zeigte sich dann auch, daß Arbeit genug vorhanden war. Im übrigen wurden die Firmen Schulmeister, Karl Stier und Karl Jöbel genannt, über die verschiedene Beschwerden vorlagen, die teils schon mit Erfolg geregelt, teils noch nicht erledigt sind. Verschiedene Geschäfte, die den Tarifvertrag bisher nicht unterzeichnet haben, richten sich jetzt darauf ein in der Erkenntnis, daß sie der tariflichen Regelung nicht mehr entgehen können. Bedingung des Erfolges der Organisation ist selbstverständlich liberal, daß die Maßschneider in den einzelnen Geschäften selbst treue Mitglieder des Verbandes sind, bereit, den Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

Eine Arbeitslosenversammlung der Bildhauer tagte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Es sind in diesem Berufe, welcher ständig unter großer Arbeitslosigkeit leidet, gegenwärtig 258 — das sind circa 23 Proz. — der organisierten Beschäftigten arbeitslos. Gegenüber der Behauptung von Gegnern, die Arbeitslosenversammlungen würden entriekt, um Erregung unter die Arbeiterschaft zu tragen, verwies der Referent Stadth. Dupont darauf, daß diese Versammlung, ebenso wie solche in anderen Berufen, auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeitslosen einberufen worden sei. Der Referent legte dar, wie Kommune und Staat sich ihren Verpflichtungen gegenüber der unbedeutenden Bevölkerung entziehen, wenn diese von Arbeitslosigkeit betroffen wird. Von den nachfolgenden Rednern wurde betont, daß man unter den obwaltenden Umständen zur Selbsthilfe greifen müsse, durch Erhebung von Extrabeiträgen zur Unterstützung ausgebezahlter Arbeitsloser. Unter den 258 Arbeitslosen sind 102, deren letzte Beschäftigung ins Vorjahr fällt. Die Versammlung sprach in einer Resolution ihr Bedauern aus, daß eine Abstimmung unter den Holzbildhauern über Erhebung eines freiwilligen Beitrages nicht die erforderliche Zweidrittelmajorität gebracht habe und stellt an eine demnächst einzuberufende Generalversammlung den Antrag, zur Unterstützung der statutarisch ausgebezahlten Mitglieder neben dem regulären Wochenbeitrag von 1 M. einen obligatorischen Extrabeitrag von 1 M. pro Woche zu erheben.

Die Auflösung des Untenberg-Bundes.

Eine interessante Sitzung des Untenberg-Bundes, der neuen Abteilung der „Christlichen“, fand am Sonntag statt. Etwa 80 Bündler hatten auf ein Rundschreiben früherer Mitglieder des Bundes an dieser teilgenommen, unter ihnen auch der ganze Stab des Vorstandes des Bundes, unter Führung des christlichen Agitators Hoffäh. Der Zweck der Einladung war der, daß einige aus dem Bunde dem Verbands der deutschen Buchdrucker beigetreten ihren früheren Kollegen die Gründe für ihren Austritt darlegen wollten. Deshalb war auch der ganze „Stab“ erschienen, um seine Getreuen vor etwaigen „Verführungen“ der Uebergetretenen zu retten. Es half aber nichts! Denn die erschienenen Bündler schienen es fast zu haben, sich mit leeren Versprechungen der Bundesvorstandsmitglieder abzugeben zu lassen. Es wurde ihnen vorgehalten, daß auf dem zweiten Kongreß der christlichen Gewerkschaften von Seiten der Vertreter des Bundes auch nicht einer es gewagt hat, den provozierenden Äußerungen eines anwesenden Regierungsdirektors, die dahin gingen, daß die christlichen Arbeiter mit Gottesfurcht, Bescheidenheit und Fleiß ihre gewerkschaftlichen Aufgaben zu erfüllen hätten, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Es wurde dabei noch ausdrücklich betont, daß dies um so energischer hätte geschehen müssen, da man die Arbeiterschaft von derselben Seite mit Zwangsgesetzen statt mit einer Erweiterung des Vereinsgesetzes und der Gewerbeordnung zu beglücken sucht. Des ferneren wurde den Anwesenden ziffernmäßig vor Augen geführt, wie der Bund immer mehr und mehr zusammenstürze, daß von den ehemaligen 4000 Mitgliedern im Deutschen Reiche heute sich noch kaum 2500 vorfinden, daß der Bund so gut wie gar keinen Nachwuchs hat und die in demselben verbleibenden älteren Mitglieder um ihre Zukunft im Bunde besorgt sein müssen. Im besonderen wurde aber darauf hingewiesen, daß er die Einigung, die ihm vom Verbands angeboten, aus schäuder Selbstsucht stets zurückgewiesen, daß die meisten Mitglieder leider zuwenig Rückgrat zeigen, sich von fünf bis sechs Personen alles bieten lassen und daß der Zweck des Bundes heute noch derselbe sei wie bei seiner Gründung: Gegen den Verband eine Schutztruppe für das Unternehmertum. Den Eindruck, den diese Ausführungen auf die anwesenden Bündler und ihre Begleiter machten, suchte Herr Hoffäh dadurch abzuwecken, daß er sich in Ausfällen auf die Uebergetretenen, den Verband und die Sozialdemokratie erging und unter dem Schutze seiner Begleiter die Sitzung zu stören suchte. Damit dürften auch die Bündler einverstanden haben, daß in Gegenwart solcher Helden eine sachliche Diskussion unmöglich ist und sie ihre Aufklärungsarbeit in anderer Weise zu verrichten haben, wenn sie Erfolge verzeichnen wollen, und dies wird ihnen um so leichter werden, wenn sie ihre Mitfolger auf das Entgegenkommen des Verbandes bei ihrem Uebertritt, vor allem aber auf die moderne Arbeiterbewegung hinweisen, die im Gegensatz zu der christlichen für politische und ökonomische Rechte und Freiheiten ihre ganze Kraft zur Geltung bringt. Die Agitation wird aber dadurch noch ganz erheblich gefördert werden, wenn wir mitteilen, daß von den achtzig Versammelten etwa vierzig bereits wiederum dem Verbands beigetreten sind; die Kapuzinade des Herrn Hoffäh ist also doch nicht ohne Wirkung geblieben.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Hugo Hartung, Bielestraße 16-17, wurde kürzlich den Gießereihilfsarbeitern ein Abzug von 5 Pf. pro Stunde angeboten. Da trotz mehrmaligen Verhandels mit einer Kommission der im Betriebe beschäftigten Arbeiter sowie mit Vertretern der Organisation keine Einigung zu erzielen war, legten am 4. März 29 Gießereihilfsarbeiter die Arbeit nieder. Am selben Tage sperrte die Firma alle Former (Maschinenformer, Kernmacher und Kernmacherinnen) sowie Betriebschlosser aus. Die Firma glaubt nun durch den Rückweis der Gelben in der Chausseestraße Erfolg für die Streikenden und Aussperrten zu bekommen. Sie ließ verkünden, daß am Mittwoch der Betrieb in vollem Umfange aufgenommen werden solle. Wie schwer aber die Hoffnungen der Firma getrübt wurden, geht daraus hervor, daß sich am Mittwoch ganze 15 Arbeitswillige zur Arbeit einfanden. Mit diesen Leuten, die nicht imstande sind, die Gießereiarbeiter zu ersetzen, geschweige denn die Kernmacher und Former, können die Streikenden nicht wankend machen. Auch die den Kernmacherinnen angebotene Zusicherung, sie könnten wieder anfangen, wenn sie gewisse Bedingungen unterzeichnen, versangen nicht. In der gestern stattgefundenen Streikerversammlung, in der Vertreter des Metallarbeiter- sowie des Transportarbeiterverbandes die Situation schilderten, erklärten die Streikenden, für sie liege keine Veranlassung vor, dem Gerücht der Betriebsleitung irgendwelchen Wert beimessen. Der Rückweis der Gelben habe bisher kein den Beweis erbracht, daß er niemals brauchbare Arbeitskräfte liefert. Von einem sich direkt mit Streikbrecherermittlung beschäftigenden Rückweis sei Derartiges auch nicht zu erwarten. Der Betrieb ist bis auf weiteres streng gesperrt. Bei den damaligen Verhandlungen erklärte der Betriebsführer, er bedauere, auf diese Weise seine guten Leute zu verlieren. Will er das nicht, muß er andere Saiten aufziehen.

Die Straßeneiniger der Stadt Berlin nahmen in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung in dem Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße, zu den Entlassungen kranker Kollegen Stellung. Wie in der Versammlung ausgesprochen wurde, sollen zwei derartige Fälle besonders traurig sein. Ein bei seinem Eintritt vollständig gesund erklärter Arbeiter habe sich während seiner sechs-jährigen Dienstzeit eine Augenentzündung zugezogen und dadurch arbeitsunfähig und entlassen worden. Dieser ist Familienvater

und habe für 6 Kinder zu sorgen. Ein anderer, der schon 10 Jahre für die Stadt als Straßeneiniger tätig wäre und nach dreimonatlicher Krankheit die Arbeit wieder aufgenommen habe, bald jedoch aufs neue erkrankt sei, habe darauf seine Entlassung erhalten. Die Versammelten nahmen einstimmig eine Protestresolution an, worin sie ihre Entrüstung über derartige Entlassungen kundgaben und ihrem Besonderen umso mehr Ausdruck gaben, als nur gesunde, ärztlich untersuchte Arbeiter eingestellt werden. Eine Erkrankung durch den gesundheitsgefährlichen und gefährlichen Dienst dürfe nicht durch Entlassung der Arbeiter gestraft werden. Die Verwaltung habe vielmehr die Pflicht, gemäß dem Beschlusse des Magistrats sowie der Stadtkorordnetenversammlung bezüglich der sozialen Fürsorge für die städtischen Arbeiter die Arbeiter nach ihrer Befundung, wie es in allen anderen städtischen Betrieben durchgeführt werde, wieder einzustellen.

Das Bureau wurde beauftragt, diese Resolution dem Magistrat und der zuständigen Deputation zu überreichen.

Deutsches Reich.

Die zweifelhaften Tarifstreue der Unternehmer wird durch einige Beispiele aus der Hand sich u h r a n c h e trefflich charakterisiert. Im Verlauf der 1908 vorhandenen günstigen Konjunktur gelang es dem Verband der Handschuhmacher, an den meisten Industriestätten die Arbeitslöhne zu erhöhen, und fast immer auf Wunsch der Unternehmer kam es hierbei zu einem Tarifabschluß. Man sollte nun annehmen, daß in solchen Fällen es erst recht Pflicht der betreffenden Unternehmer ist, die eingegangenen Verpflichtungen auf die vereinbarte Zeit zu halten. Aber weit gefehlt. Die Firma S. Alexander in Vögnitz z. B. brachte in ihrem Tarifvertrag mit besonderem Nachdruck eine Bestimmung hinein, nach welcher dem jeweiligen Vorsitzenden der örtlichen Arbeiterorganisation die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Tarifes aufgebunden wird. Eine andere Vertragsbestimmung besagt, daß am Orte nicht mehr wie fünf Heimarbeiter beschäftigt werden dürfen. Die Firma Alexander durchbrach den Vertrag, indem sie sämtliche Fabrikarbeiter entließ und dafür Heimarbeiter in größerer Zahl als laut Vertrag zulässig, zu niedrigeren Löhnen Beschäftigung gab. Arbeiter in die Fabrik will die Firma ebenfalls nur zu reduzierten Löhnen einstellen.

Ein weiterer Tarifbruch konnte durch die Ankündigung der Arbeitseinstellung in Johanneurgelastadt verhindert werden. Dort ist die Firma E. Cohn in eine G. m. b. H. umgewandelt worden und diese Gelegenheit sollte zu einer ganz außerordentlichen Lohnreduzierung benutzt werden. Es gelang jedoch, diesen Anschlag abzuwehren, und zwar hauptsächlich deswegen, weil ein Streik dieser Firma geradezu verhängnisvoll werden konnte. So blieb es bei den alten Tariflöhnen. Wenn aber die Tarifverträge so leichter Hand von Unternehmern durchbrochen werden und die Aufrechterhaltung nur durch Ankündigung einer Arbeitseinstellung erzwingen werden kann, dann wird der Wert dieser „gewerblichen Friedensdokumente“ durch das Verhalten der Unternehmer recht bedenklich beeinträchtigt.

Eine Tarifbewegung der Schneider ist in Bamberg ausgebrochen. Die Arbeiter verlangen hauptsächlich eine dringend notwendige Regulierung der Löhne. Die Antwortschreiben der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen haben im allgemeinen nicht befriedigt, wenn auch einige Firmen glatt genehmigt haben. Eine Versammlung beschloß einstimmig, die Bewegung durchzuführen; jeder Versammlungsbesucher verpflichtete sich, Einzelangebote von Unternehmern strikte abzulehnen und die Herren an die Lohnkommission zu verweisen. Da in Bamberg eine Unternehmerorganisation nicht besteht, wird die Lohnkommission nunmehr in Verhandlungen mit den einzelnen Arbeitgebern eintreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Freikinniger Johannistrieb in Sachsen.

Dresden, 11. März. (W. T. B.) Die freikinnigen Abgeordneten Günther, War und Koch haben in der zweiten Kammer eine Interpellation eingebracht, in der sie die Regierung fragen, welche Maßnahmen sie nunmehr in die Wege leiten werde, um noch in der laufenden Session eine von keinerlei kommunalen oder Körperschaftswahlen oder berufständischen oder ähnlichen Systemen bepackte, dem hohen Kulturzustande des sächsischen Volkes entsprechende Wahlrechtsreform zum Abschluß zu bringen.

Die Münchener Tarifverhandlungen.

München, 11. März. (W. T. B.) Die Tarifverhandlungen im Bau- und Gewerbe haben ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Die endgültigen Tarifberatungen werden erst am 20. März stattfinden.

Bergmannsloch.

Dortmund, 11. März. (W. T. B.) Auf der Soche „Lukas“ ereignete sich heute 1 Uhr nachmittags eine Explosion schlagender Wetter. Bisher sind fünf Tote, ein Schwerverletzter und ein Leichtverletzter zutage gefördert. Von den getöteten Bergleuten waren drei verheiratet, zwei unverheiratet. Es gilt als ausgeschlossen, daß sich noch Personen unter den Trümmern befinden. Die zubrudgegangene Strecke wird in einigen Tagen wieder frei sein, eine direkte Betriebsstörung besteht nicht.

London, 11. März. (W. T. B.) Die Hülfskolonne, die seit mehreren Tagen an der Befreiung der im Kohlenbergwerk zu Hamstead eingeschlossenen Bergleute arbeitete, hat heute dreizehn Leichen herausgeholt. Es besteht keine Hoffnung, daß noch einer der Eingeschlossenen am Leben ist.

Eisenbahnunfall.

Kristiania, 11. März. (W. T. B.) Zwischen Hjelmsund und Rtebal stießen heute ein Arbeitszug und eine Lokomotive zusammen. Mehrere Wagen des Arbeitszuges wurden zertrümmert, ein Arbeiter wurde getötet, mehrere verwundet.

Dynamitexplosion.

Kuhrt, 11. März. (W. T. B.) Auf der Strecke zwischen Duisburg und Kuhrt sollte heute ein alter Brückenpfeiler beseitigt werden, um das Bett des Rheinbahnkanals freizulegen. Der Ingenieur Kall aus Düsseldorf war mit den Vorarbeiten zur Sprengung beauftragt. Plötzlich folgte ein furchtbare Dynamitexplosion. Der Ingenieur und ein Vorarbeiter wurden in Stücke zerrissen. Von der Leiche des Ingenieurs konnte bisher nur ein Teil gefunden werden. Das in der Nähe befindliche Dynamitlager ist vollständig in die Luft geflogen, auch in der Nachbarschaft, bis nach Kuhrt hinein, sind Beschädigungen entstanden.

Essen (Ruhr), 11. März. (W. T. B.) Zur Dynamitexplosion bei Kuhrt wird noch gemeldet:

Die Explosion war von furchtbarem Getöse. Die Entzündung füllte die Häuser. Wo die Holzbrände entstanden hatte, zeigte sich nur noch ein weißes Durcheinander. Galten und Bretter bedeckten zum Teil das Dach der jenseits der Ruhrbrücke gelegenen Kuhrtortor Zementfabrik. Eisenerne und Hammerstiele waren total verborgen. Von den beiden bei dem Unglück getöteten Arbeitern konnte die Leiche des Vorarbeiters Götz, der außer einer Frau auch zwei unmündige Kinder hinterläßt, erst morgens gefunden werden. Von dem Schießmeister Kroll, der ebenfalls getötet wurde, konnte nur ein Bein gefunden werden. Die Leiche ist wahrscheinlich von der Ruhr hinweggeschwemmt worden. Kroll hinterläßt Frau und sechs kleine Kinder. Das in Kuhrt verbreitete Gerücht, es sei noch eine dritte Person bei der Katastrophe umgekommen, erwies sich als unbegründet. Wahrscheinlich ist die Explosion erfolgt, als die beiden Getöteten die Baracke betraten, um dort einen drohenden Regenschauer abzuwarten und ihre Kleider am Ofen zu trocknen.

Reichstag.

110. Sitzung vom Mittwoch, den 11. März 1908, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann-Hollweg. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern.

Abg. Raumann (fr. Vg.):

Der Gesetzentwurf über Arbeitskammern macht sie zu nur beratenden Kammern mit begutachtendem Charakter. Sie dürfen über alles mögliche beraten, haben aber nicht den inneren Halt, den ein bestimmter Zweck und eine bestimmte Verwaltung gibt.

Die zweite Bestimmung ist, daß die Arbeitskammer die Tarife begutachten soll. Auch hier reicht die bloß gutachtliche Tätigkeit nicht aus; für die Schaffung eines Tarifgesetzes ist heute die Zeit noch nicht gekommen.

Soll die Arbeitskammer eine industrielle Verwaltungsbehörde sein, so muß sie beruflich, nicht örtlich gegliedert sein, darin stimme ich dem Staatssekretär zu.

Die Wahlrechtsfrage für die Arbeitskammern ist eine Zweckmäßigkeitfrage, darin stimme ich mit dem Staatssekretär überein. Aber die in dem Entwurf vorgesehenen Bestimmungen würden die Arbeitskammern tot machen.

Die Finanzen der Arbeitskammern sind im Entwurf an die Klassen der Unfallversicherung angehängt, was bedenklich ist, weil das eine reine Unternehmerlast ist.

Kleines feuilleton.

Kunstabsolutismus. Der Direktor der Nationalgalerie v. Tschudi hat auf höheres Anraten einen einjährigen Urlaub antreten müssen, der als Übergang zu seinem Abgang anzusehen ist.

Die höchste Ästhetik legt aber darauf kein Gewicht. Ihr sind die historischen Stiefel- und Anledotennaler lieber, da sie zu dynastischen und patriotischen Nebenzwecken — die ihr die Hauptsache sind — sich verwenden lassen.

Dann aber hat er auch die Einsicht gehabt, daß die moderne Kunst international ist (wie sie es auch früher war) und daß man die deutsche Kunst ohne die französische, die im 19. Jahrhundert ohne preussische Genehmigung die führende war, nicht recht würdigen kann.

Nun jammern die Verstellten Kunstkenner der bürgerlichen Wälder, daß ihre Meinung bei Hofe so gar nichts gilt und daß die Kunstminister immer dieselben Anstalten haben, die bei Hofe gangbar sind.

Von der englischen Südpolexpedition liegen in Londoner Wäldern jetzt neue Nachrichten vor, die zeigen, welche furchtbare Kämpfe die Forscher mit den Elementen zu bestehen haben, um ihr Ziel zu erreichen.

scheint mir eine Angliederung des Finanzwesens der Arbeitskammern an die Kranken- und Invalidenversicherung.

Wenn die Arbeitskammern aus einer bloß begutachtenden Organisation zu lebenskräftigen Funktionen ausgebaut werden, werden wir gern daran mitarbeiten.

Abg. Gräfe (Natf.) tritt für den Mittelstand ein, der über der sozialpolitischen Gesetzgebung vergessen sei, obwohl er die ganze Arbeit des Volkes, auch die geistige, leiste.

Abg. Sir (Z.): Wir wollen nicht nur für den Mittelstand, sondern für alle Stände Sozialpolitik treiben. Als Aschenbrödel bei der Sozialpolitik ist bisher der Kaufmannstand behandelt worden.

Abg. v. Brodhagen (L.): Zunächst muß ich im Namen des Grafen Kanitz die Erklärung abgeben, daß er sich bei seinen Angaben über die Vergarbeiterlöhne in der Sitzung am 5. März geirrt habe.

Prüfer beschäftigten wir uns bei diesem Etat nur mit den Arbeitern, jetzt glücklicherweise auch mit den Handwerklern. Ich schreibe mich meinem Vorredner darin an, daß die Lage des Handwerkers eine überaus traurige ist.

Ueberaus traurig ist die Lage unseres Bauhandwerks. Deshalb muß ich mit einigen Worten auf den Maurerstreik eingehen.

Die Löhne der Bauarbeiter sind erheblich gesunken. Auf den Bauten herrschen nicht mehr die Bauunternehmer, sondern die sozialdemokratische Lohnkommission, sie entscheidet über Anstellungen und Entlassungen, nicht der Arbeitgeber.

Des weiteren begründet der Redner eine von den Konservativen eingebrachte Resolution, welche Maßnahmen gegen Bestechungen bei Privatunternehmungen wünscht.

Abg. Dr. Junck (natf.) führt aus: Die Kartelle seien aus der wirtschaftlichen Entwicklung hervorgegangen und hätten viel Nutzen gestiftet. Aber die Syndikatsbildung bringt auch Gefahren für die Industrie und die Arbeiter.

Hätte, der nach einwöchiger Arbeit glücklich vollendet wurde. Das Automobil, auf das Leutnant Chadleton so große Hoffnungen setzt, konnte noch nicht erprobt werden.

Die Ausladung der Kohlenvorräte. Die Ungunst der Witterung wuchs und ward schließlich zu einem furchtbaren Orkan, der jede Arbeit unmöglich machte.

Das Schiff wieder zu erreichen. Drei Tage lang wüthete der Sturm, ein furchtbarer Hagel schauer überzuckte die Geländeten und dabei sank die Temperatur immer tiefer und erreichte schließlich 28 Grad Celsius unter Null.

Humor und Satire.

Eine Musterrede. Kieberding: Der geehrte Herr Vorredner hat eine Reihe höchst auffälliger und in gewissem Sinne beklagenswerter Fälle aus dem Justizwesen vorgebracht.

Sig in dem Syndikat verschaffte, um dort größeren Einfluß zu gewinnen.

Hierauf wird ein Schlußantrag des Blocs angenommen. Es folgen die Abstimmungen über die Resolutionen.

Die Resolution des Zentrums auf baldige gesetzliche Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter, der privatrechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine aller Art, auf Errichtung von Arbeitskammern und auf Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Die Resolution des Zentrums auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, in dem die gewerbliche Sonntagsruhe auf Gastwirtschaften und auf die in der Winterfahrzeit beschäftigten Personen ausgedehnt wird, wird mit derselben Mehrheit angenommen.

Die Resolution des Zentrums auf einheitliche Regelung des Vergrechs und des Knappschaffswesens gelangt gegen die Stimmen der Rechten zur Annahme.

Die Resolution des Zentrums auf Anstellung von Bauarbeiter wird angenommen, abgelehnt eine sozialdemokratische Resolution, die bestimmte Maßnahmen zum Schutze der Bauarbeiter vorschlägt.

Die Abstimmung ergibt mit 123 gegen 104 Stimmen die Annahme des Abganges, ferner werden angenommen eine Resolution der Wirtschaftlichen Vereinigung auf Anstellung einer Bezeichnung über die Wirkung der Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug einer Altersrente auf das 65. Lebensjahr.

Die Resolution des Zentrums auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wodurch für alle Wahlen von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter auf Grund der Arbeiterversicherungs- und der Arbeiterrechtsgesetze das System der Verhältniswahlen reichsgesetzlich vorgeschrieben wird; eine Resolution des Zentrums auf Regelung der Frage der Kartelle, Trusts und ähnlichen Vereinigungen; eine Resolution der Konservativen, in der ein Gesetzentwurf verlangt wird, in der die aktive und passive Bestechung der in Privatunternehmungen angestellten Personen sowie den Versuch hierzu unter Strafe stellt.

möchte ich mich heute nicht äußern. Damit wären diese Angelegenheiten erledigt. Ich sehe zur Verfügung, wenn Sie wieder mal was brauchen. (Weißl rechts.)

Vater und Sohn. Der kleine Willi, dessen Vater geborener Volksgenossener und naturalisierter Deutscher ist, hat heute den deutsch-französischen Krieg in der Geschichtsstunde durchgenommen und sitzt am Abend nachdenklich in seinem Stuhl.

Notizen.

Von königlichen Kassen, die öffentliche sind. Der Streit der Berliner Igl. Intendantur mit dem Wiener Hofoperndirektor Weingartner wird immer ergößlicher.

Wenzel in München. Die Wälder Wenzels hat dem bayerischen Staat, um Wenzels freundschaftlicher Genugthuung für Münchener Ausbruch zu geben, 60 Werte des Meisters geschenkt, darunter 17 Bilder und Skizzen.

Edmondo de Amicis, einer der bei uns am meisten bekannten modernen italienischen Schriftsteller, ist im 62. Lebensjahre in Vordighera (Niviera) gestorben.

Es folgt Titel 2: 3 Direktoren je 15 000 M. usw.
Abg. Hue (Soz.): Es ist in der vorhergehenden Debatte davon gesprochen worden.

Präsident Graf Stolberg: Ich muß Sie bitten, auf die Generaldiskussion nicht zurückzugreifen. (Uffal bei den Sozialdemokraten.) Es handelt sich hier um die Spezialdiskussion. Ich bin überzeugt, daß vieles von dem, was Sie sagen wollen, zu anderen Titeln gehört, und ich werde es Ihnen selbstredend überlassen, diese Dinge anzuführen, wenn Sie sich bei den anderen Titeln melden. Ich darf aber nicht zugeben, daß Sie hier auf die Generaldiskussion zurückkommen. Es handelt sich hier lediglich um das Gehalt der Direktoren.
Abg. Hue (Soz.): Beim Justizetat ist genau in derselben Weise verfahren worden.

Präsident Graf Stolberg: Ich darf eine Kritik meines Verfahrens nicht zulassen und bitte Sie wiederholt, auf die Generaldiskussion nicht zurückzugreifen.
Abg. Hue (Soz.): Ich habe geglaubt, nach dem Vorgange beim Justizetat auch beim Gehalt der drei Direktoren das vorbringen zu können, was ich in der Generaldebatte nicht vorbringen konnte.

Präsident Graf Stolberg: Inwiefern der Vergleich mit dem Justizetat zutrifft, weiß ich nicht. Jedenfalls dürfen Sie nicht auf die Generaldiskussion zurückkommen.
Abg. Hue (Soz.): Dann will ich einige Angriffe zurückweisen, die gegen mich in der Debatte erhoben worden sind.
Präsident Graf Stolberg: Das können Sie in einer persönlichen Bemerkung.

Abg. Hue (Soz.): Wie Sie sehen, bin ich nicht in der Lage, das vorzubringen, was ich nach dem Vorgange beim Justizetat vorbringen wollte. Ich will deshalb nur konstatieren, daß am Freitag sehr heftige persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden sind. (Präsident Graf Stolberg: Wir sind bei Titel 2.) Mir ist vorhin das Wort abgeschnitten worden. Mir ist es daher nicht möglich, darauf einzugehen, und ich werde bei der dritten Lesung das Wort nehmen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Graf Stolberg überläßt das Präsidium dem Abg. Paasche.)

Abg. Stadthagen (mit großer Heiterkeit von der Mehrheit begrüßt): Ich möchte darlegen, daß die Anstellung von drei Direktoren bei dem großen Umfange der Geschäfte des Reichsamts des Innern zu wenig ist. (Stürmische Heiterkeit.) Es wird nötig sein, noch einen besonderen Dezernenten einzusetzen, der dafür sorgt, daß das Reichsrecht nicht durch landesrechtliche Maßregeln umgangen wird, wie es durch die Verordnungen über die Legitimationspapiere für ausländische Arbeiter seitens der preussischen Regierung geschieht.

Vizepräsident Dr. Paasche: Wenn Sie diese Ausführungen fortführen, liegt die Gefahr vor, daß die Generaldiskussion weiter geht. Ich muß nach dem eben gehaltenen Vorgang darauf hinweisen, daß ein solches Eingehen auf die Generaldiskussion nicht zugelassen werden kann.

Abg. Stadthagen (Soz.): Mir liegt es fern, in die Generaldiskussion einzutreten. (Heiterkeit.)
Vizepräsident Paasche: Sie können nur begründen, warum Sie nicht drei Direktoren, sondern mehr wünschen.

Abg. Stadthagen: Ich halte es für notwendig, daß das Arbeitsgebiet der Direktoren erweitert wird. Ich habe bereits beim Justizetat ausgeführt, daß die genannte Verordnung eine Gefahr für unsere inländischen Arbeiter bedeutet und auch zu internationalen Schwierigkeiten führen kann. Ich will nicht meine damaligen Ausführungen wiederholen, aber es erscheint mir unabweisbar, daß diese Verordnung den Handelsverträgen widerspricht und daß die Direktoren darauf dringen müssen. (Aufe rechts: Zur Sache!)

Vizepräsident Paasche: Sie können auf ganz allgemeine Erörterungen. Das kann ich nicht zulassen. Ich rufe Sie zur Sache.

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich wollte nur hervorheben, daß meines Erachtens die drei Direktoren (Große Heiterkeit) ...

Vizepräsident Paasche: Die Direktoren sind die ausführenden Organe des Staatssekretärs. Sie können bei diesem Titel nicht alle möglichen sachlichen Wünsche vorbringen.

Abg. Stadthagen: Ich glaube doch, daß sachliche Erörterungen zulässig sein müssen. Wir müssen doch wissen, weswegen die Direktoren ernannt werden sollen, was sie zu tun haben, was unseres Erachtens zu ihrem Wirkungsbereich gehören sollte. Derartige sachliche Ausführungen gehören wohl in den Rahmen dieses Titels. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Paasche: Die Verteilung der Geschäfte des Reichsamts des Innern ist Sache des Staatssekretärs und nicht Sache des Reichstages. (Zustimmung rechts.)

Abg. Stadthagen: Sache des Reichstages ist es doch, die Direktoren zu bewilligen. Ich wollte daher ...

Vizepräsident Paasche: Ich bitte Sie nochmals, auf diese Dinge nicht weiter einzugehen und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen aufmerksam, wenn ich Sie zum zweiten Male zur Sache rufe.

Abg. Stadthagen: Ich muß begründen, weshalb wir mehr Direktoren gebrauchen. Ich könnte insbesondere ausführen, daß auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfürsorge nichts geschieht. Das würde aber zu weit führen. (Heiterkeit.) Ich will mich darauf beschränken, hervorzuheben, daß das, was ich vorhin anführte, ein derartiger Bruch mit den Handelsverträgen ist, daß mir mehr als drei Direktoren notwendig erscheinen. Wenn die allerwichtigsten Punkte, die durch internationale Verträge geregelt sind, nicht einmal beachtet werden, so sehe ich nicht ein, zu welchem Zweck wir überhaupt besoldete Direktoren haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe die betreffende Verordnung, die ich vorhin anführte, vor mir ...

Vizepräsident Paasche: Ich kann nicht dulden, daß Sie darauf weiter eingehen, und werde nunmehr nach § 48 der Geschäftsordnung das Haus zu fragen haben, ob es Ihnen weiter gestattet, über diesen Gegenstand zu sprechen.

Abg. Stadthagen: Ich verzichte! (Stürmische Heiterkeit.)

Der Titel 2 wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe weiterer Titel.

Beim Titel „Unterstützung für das Germanische Museum in Rünberg“ will

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.): Eine allgemeine Uebersicht über die Kulturaufgaben des Deutschen Reiches geben. Er wird wiederholt vom Vizepräsidenten Dr. Paasche ermahnt, sich an den Titel zu halten.

Abg. Dr. Pfeiffer: Dann konstatiere ich, daß es im deutschen Reichstag nicht möglich ist, über deutsche Kulturfragen zu sprechen. (Lauter Weisfall im Zentrum.) Ich verzichte hier auf das Wort. (Demonstrativer Weisfall im Zentrum.)

Abg. Jhr. v. Camp (Sp.): Im Interesse der Abkürzung unserer Verhandlungen und um dem Redner Gelegenheit zu geben, seine interessanten Ausführungen zu machen, beantrage ich, alle Titel über die Unterstützung wissenschaftlicher Korporationen zu verbinden.

Abg. Dr. Nungau (fr. Sp.): Dieser Antrag ist ein Unrecht gegen den Abg. Hue, dem soden verweigert wurde, allgemeine Ausführungen zu machen. (Zustimmung links.)

Gegen die Stimmen der Linken wird der Antrag Jhr. v. Camp angenommen.

Abg. Dr. Pfeiffer fährt daher in seinen Ausführungen fort und verbreitet sich ausführlich über die Bestrebungen zahlreicher wissenschaftlicher Korporationen.

Die 75 000 M. von der Hohlkönigsburg sollten in den Allgemeinen Fonds eingesetzt werden als Ehrenlohn für Künstler, Gelehrte, Dichter. Es gibt große Dichter in Deutschland. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine natürlich nicht Herrn Dr. Müller-Meinungen. (Erwachte große Heiterkeit.) Es darf bei uns nicht mehr vorkommen, daß die Künstler bei einem Meisterslandbild in einer großen Stadt an einer Stelle untergebracht werden, wo das Pferd, um mich deutsch auszudrücken, die unassimilierbaren Substanzen vegetabilischer Natur aufschleibt. (Stürmische Heiterkeit.) Wir müssen endlich dazu kommen, daß das Reich ein deutsches National-

theater subventioniert und so das seinige dazu tut, das ästhetische Gefühl des Volkes zu heben. (Redakter Weisfall. Abg. David (Soz.): Hoch der Modernismus! — Große Heiterkeit.)

Die Titel werden bewilligt. Die weitere Debatte wird vertagt auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Südwestafrika vor der Budgetkommission.

(Sitzung vom 11. März.)

Am Schluß der gestrigen Sitzung sprach Dröber sein Erstaunen aus, daß Abg. Semler als Referent so sehr schweigsam bei der Debatte über Südwestafrika gewesen. Heute nahm nun Semler als erster Redner das Wort, um sein verärgertes Herz auszuschütten. Er ist sehr unzufrieden mit dem bisherigen Verlauf der Kolonialberatungen in der Kommission. Die Dernburgschen Programm-erklärungen liegen ihm schwer im Magen, er behauptet, in Ostafrika seien die Farmer sehr niedergedrückt und mühsam geworden, man sei enttäuscht darüber, daß jeder neu zuziehende Weiße als Vergrößerung der Reibungsflächen betrachtet würde. Auch in Kamerun sei man sehr verärgert über Dernburgs Verteilung der dortigen weißen Händler. Und sie selbst, die nationalliberalen Abgeordneten, welche Dernburgs Kolonialpolitik tragen wollten, hätten mit ihren Anregungen keinen Erfolg gehabt. Das seien die Gründe, weshalb er sich getern nicht an der Debatte beteiligt habe. Nach dieser elegischen Trauerrede befragt er im einzelnen den Etat für Südwestafrika; er erklärt die Burenfrage in Südwestafrika für die wichtigste Frage, geht kurz auf das System Neuenberg in Ostafrika und das System Lindequist-Schumann in Südwestafrika ein, verteidigt sehr nachdrücklich den Eisenbahnbau in den Kolonien und fordert den Staatssekretär auf bis auf weiteres nichts gegen die Ovambos zu unternehmen. Daneben macht er allerhand dunkle Andeutungen über Personaldivergenzen in den Kolonien und polemisiert gegen Erzbergers Bemerkung, daß der Etat für Südwestafrika ein nationales Unglück sei.

Abg. Dohrn war von Semlers Kriegserklärung gegen Dernburg überrascht und glaubt, er habe mit diesen Ausführungen seine Befugnisse als Berichterstatter überschritten, denn die Mehrheit sei mit Dernburg einverstanden gewesen. Dohrn protestiert dann gegen die dunklen Andeutungen Semlers, wenn er Mißstände kennt, soll er mit der Sprache herausrücken.

Leдебour schließt sich dem letzten Protest an und wendet sich gegen die in Semlers Ausführungen liegende Absicht, später, wenn die vollständigen Vorkenntnisse es möglich machen, gegen die Ovambos gewaltsam vorzugehen. Man soll diese kulturell weit vorgeschrittenen Neger durch Friedenswerke zu gewinnen suchen. Ueberdies würde ein Kampf gegen die Ovambos sehr zweifelhaft in seinem Erfolge sein, denn es handelt sich dort um tropisches Land. Leдебour verlangt dann Auskunft über die Lokalisierung der Potentatollen auf der Haifischinsel. Im Bericht wird mitgeteilt, daß die Sterblichkeit außerordentlich groß gewesen ist, der Reichstag habe doch verlangt, daß diese Lokalisierung aufgehoben werde. Weiter zitiert Leдебour aus einem Artikel des Hauptmann Hüster im heutigen „Berliner Tageblatt“ Urteile über Lindequists Eingeborenenverordnung, welche durchaus dem entsprechen, was Leдебour gestern ausführte.

Dernburg bemerkt gegen Semler, daß er nichts weiter getan, als auf Wunsch der Kommission seine Erfahrungen in den Kolonien mitzuteilen. Er habe das in sachlicher Weise getan und Licht und Schatten gerecht verteilt. Nachdem die Kameruner Verhältnisse von anderer Seite zum Gegenstand der Erörterung gemacht wurden, habe er sich auch hier verpflichtet gefühlt, aus den Akten tatsächliche Mitteilungen zu machen, welche zur Klärung der Sachlage beitragen. Heftiger werdend fährt er fort: Entweder ich führe die Geschäfte nach meiner Ueberszeugung oder ich lasse die Hände ganz davon. Ich kann nicht um Interesse einzelner Kreise oder Klassen Dinge verschweigen, die gelagt werden müssen, um zu einem richtigen Urteil über die Kolonien zu kommen. Wenn meine Stellungnahme manchen abfällt, der bisher für die Kolonien tätig war, so ist mir das schmerzhaft, aber ich kann auf einzelne Kreise und Klassen keine Rücksicht nehmen, die Kolonialpolitik muß getragen werden von den breiten Schichten des Volkes. Und in diesen Kreisen habe er erhöhtes Interesse wahrgenommen, seit er rückhaltlos die Wahrheit über die Kolonien ausgesprochen. Das Volk habe Anspruch auf Wahrheit.

Redner geht nun auf die erörterten sachlichen Fragen ein. An einen Zusammenbruch in Südwestafrika glaube er nicht, er habe nur von einer sehr ungünstigen Handelsbilanz gesprochen. Es sei nur notwendig, Vorsicht zu üben und zu beachten, daß Leute hingehen, welche genügend Geld haben, damit sie es drei bis vier Jahre aushalten können. In der Ovambofrage könne er erklären, daß Gewalt nicht angewendet werden soll, ein Häuptling hat einen Pastor überfallen und konnte bisher nicht zur Rechenschaft gezogen werden, aber ein Nachzug ist nicht geplant. Er sei derselben Meinung, wie Leдебour, daß unsere Soldaten in dem tropischen Klima nicht bestehen könnten. Zum Schluß verlangt Dernburg bestimmte Erklärungen von Semler, welche Sorte von Bureaucratismus und welchen Rang ein Courtoisie er mit seinen dunklen Andeutungen gemeint habe.

Semler verteidigt sich zunächst gegen Dohrn und Leдебour, er habe keine Kriegserklärung gegen Dernburg ausgesprochen, er sei nur nicht zufrieden mit Dernburg, weil dessen offene Programm-erklärungen auch in den Punkten, die seine Zustimmung haben, nicht förderlich für die Kolonien sein könnten. Er befragt sich dann, daß ihn die Kolonialverwaltung nicht einmal in Schutz genommen habe, als er von den Sozialdemokraten wegen seiner Broschüre über Südwestafrika heftig angegriffen wurde. Auf die Frage Dernburgs, wo ein Mangel an Courtoisie zutage getreten sei, teilt er mit, daß der neue Gouverneur v. Schumann bei seinem Amtsantritt nicht zuerst Besuche bei den dortigen Beamten und Offizieren gemacht habe, wodurch ein festiger Streit zwischen der Militärverwaltung und dem Gouvernement entstanden sei, der nur beigelegt wurde, nachdem Schumann dem Leiter der Schutztruppe in Windhuk die erwartete Antrittsvisite gemacht hatte.

Zur Gese der Budgetkommission muß gesagt werden, daß die große Mehrheit über diese alberne Heremoniengeleihtete herzlich lachte. Quade teilt mit, daß amtlich den heimischen Behörden von diesem Hochmährchen nichts bekannt ist.

Erzberger spricht sich gegen das frühere Vertuschungssystem aus. Von seiner Meinung, daß der Etat für Südwestafrika — nicht der Besitz der Kolonie — ein nationales Unglück sei, geht er nicht ab, hier lehne es an dem notwendigen Mittel, für die Kolonie mühten 40 Millionen aufgewendet werden. Auch an den wirtschaftlichen Zusammenbruch glaubt er, die zahlreichen Konturte unter den wenigen Weißen deute die Schwierigkeiten an.

v. Richthofen hält den südwestafrikanischen Krieg für das Unglück, das an allem Schuld sei, im übrigen ist er für die Kolonialpolitik. Dohrn polemisiert gegen Semler und Biemer lobt den Staatssekretär, der mit seiner Politik der Offenherzigkeit der Kolonialpolitik diese neue Freunde gewonnen habe. Er bitte so fortzuführen. Die pessimistische Meinung Erzbergers über Südwestafrika teilt er nicht.

Lindequist rechtfertigt in langer Rede seine Eingeborenen-Verordnung, die im Einverständnis mit dem Gouvernementsrat und den Missionaren erlassen wurde. Er glaubt damit im Interesse der Eingeborenen gehandelt zu haben. Die Pazmarke tragen die Neger um den

Gold, und sie sollen so stolz darauf sein wie etwa ein freikämiger Abgeordneter auf seinen Orden. Bei der Schilderung der Konzentrationlager teilt Lindequist mit, daß die Sterblichkeit in einzelnen der Lager von 45 bis 60 Proz. betragen habe. (Die fürwahrbare Sterblichkeit soll darauf zurückzuführen sein, daß die Neger durch den Krieg sehr heruntergekommen, halb verhungert und entkräftet gewesen seien.)

Kopff spricht sich im Gegensatz zu Biemer sehr skeptisch über Südwestafrika aus; er steht auf Erzbergers Standpunkt und schiebt die Schuld an diesen Verhältnissen den Kolonialwärnern zu, die das Reich in dieses Dilemma hineingetrieben hätten. (Also müssen Sie den Etat ablehnen! ruft Pattmann.) Nein, aber wir werden alles streichen, was irgend möglich ist.

Dernburg hält gegen Kopffs Pessimismus eine lange recht optimistisch gefärbte Rede über die wirtschaftliche Zukunft Südwestafrikas.

Nach einigen weiteren Bemerkungen Dr. Arnings, Arnolds, Erzbergers und Dernburgs wird die Generaldebatte geschlossen.

Vorgen wird in die Spezialberatung eingetreten.

Parlamentarisches.

Wahlprüfungskommission. (Sitzung vom 11. März.) Die Kommission prüfte die Wahl des Abg. Everling (natl.), der in der Stichwahl mit 14 421 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Winkler-Weizig, der 12 768 Stimmen erhielt, im 10. sächsischen Wahlkreis (Döbeln-Waldheim) gewählt worden ist. Ein Wahlprotest behauptete, es seien eine Reihe von Versehen vorgekommen, die jedoch zum Teil nicht genügend substantiiert waren. Das wichtigste der behaupteten Vorkommnisse war die Aufforderung des für die Stichwahl ausgefallenen konservativen Kandidaten Räder in der gesamten bürgerlichen Presse, den nationalliberalen Everling zu wählen; seiner Unterschrift hatte Herr Räder seinen Amtschreiber als Bürgermeister beigelegt.

Die Kommission erklärte diesen Vorgang für unerheblich, nachdem die Majorität im Plenum bekanntlich die frühere Provis über den Haufen geworfen hat und demgemäß zur Giltigkeitserklärung der Wahl Everlings.

Die Prüfung der Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Raden, Wahlkreis Dresden-Neustadt, wurde begonnen, aber nicht zu Ende geführt.

Aus der Partei.

Zum sechzigsten Geburtstag von Wendelin Weisheimer haben am Gedenktage der Kämpfe von 1848 unsere Genossen in Kandel (Hessen), vereint mit denen von Lörrach, dem bewährten Genossen und Komponisten zahlreicher Arbeiterlieder ein Ständchen gebracht, an das sich eine erhebende Festsfeier und ein Festzug anschloß. Weisheimer, der als Sohn des Bürgermeisters zu Osthofen (Hessen) am 26. Februar 1838 geboren wurde, erhielt seine musikalische Ausbildung auf dem Konservatorium zu Leipzig, war dann viele Jahre Kapellmeister am Stadt-Theater zu Mainz und komponierte mehrere große Opern, u. a. „Meister Martin“, die vor wenigen Jahren am Darmstädter Hof-Theater wieder zur Aufführung kam. Weisheimer war ein Anhänger und später persönlicher Freund Richard Wagners, zu einer Zeit, in der jenem noch nicht die Sonne des Erfolgs strahlte, wie in den „Erinnerungen an Richard Wagner“, die Weisheimer herausgab, sehr interessant zu lesen ist. Auch zu Franz Liszt stand er in engen künstlerischen wie persönlichen Beziehungen. Am hellsten aber leuchteten noch heute die Augen des Alten auf, wenn er von seinem Verlebten mit Ferdinand Lassalle erzählt, der ihn in Osthofen besuchte und bis zu seinem Ende mit ihm in Verbindung blieb. Weisheimer hatte sich gleich zu Anfang der sozialistischen Bewegung dieser begeistert angeschlossen. Seine Kompositionen von Arbeiterliedern atmen revolutionäre Mut. Auf dem Mainzer Parteitag erwiderte seine Komposition des Herzoglichen „Bei und Arbeit“ wie des Feineschen „Lendeliedes“ stürmischen Beifall, nicht minder auf dem Mannheim'schen Parteitag seine gewaltige Komposition des „Empor zum Licht“, dessen schwierige Einstudierung er selbst übernommen hatte, wie er auch in Mainz wie Mannheim die Chöre dirigierte. Im Parteiverlage von Dietz sind mehrere seiner Arbeiterlieder erschienen. Den Glanzwünschen, die unsere Genossen in der stillen Heimat Weisheimers ihm zu seinem sechzigsten Geburtstag darbrachten, schließen sich die Hunderttausende, die er mit seinen Liedern erfreute, aus vollem Herzen an, zugleich mit dem Wunsche, daß er noch manches Lied für die Arbeiterlänger (schaffen möge!

Parteiliteratur.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen:

Die historische Leistung von Karl Marx.
Zum 26. Todestage des Meisters herausgegeben von Karl Kautsky. Mit einem Portrait von Karl Marx. Preis 1 M. Volksausgabe 80 Pf.

Kautsky will durch diese Arbeit das Verständnis dessen erleichtern, was Marx der Welt gebracht hat. Das dürfte, wie Kautsky in seinem Vorwort sagt, keineswegs so allgemein bekannt sein, wie es notwendig wäre in einer Zeit, in der so heftig für und wider Marx getritten wird. Die Broschüre will nicht bloß eine Studie zur Parteigeschichte sein, sondern auch ein Beitrag zur Entscheidung aktueller Fragen.

In zweiter, neu durchgesehener Auflage ist erschienen: Referentenführer. Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokratische Agitationsfähigkeit nötigen Wissens und Könnens. Von Eduard David. Preis 1,50 M.

Gemeindevahlfrage in Hessen-Nassau.

Weitere erfreuliche Erfolge haben unsere Genossen bei den Gemeindevahlen in der Umgebung von Frankfurt a. M. errungen. In Fachsenheim a. M. siegten sie über ihre Gegner, der „Fachsenheimerpartei“, die mit Unterstützung des Reichsverbandes glaubte, die Fachsenheimer für sich zu gewinnen. Ferner wurden unsere Vertreter gewählt in Eckenheim, wo zwei Genossen in den Gemeinderat einzogen. In Heddersheim gelang es, sämtliche drei Kandidaten durchzuführen. Ferner wurden sozialdemokratische Vertreter gewählt in Hanen bei Frankfurt a. M. und in Rahlbach. Ueberall ist ein erfreuliches Anwachsen unserer Stimmzahl zu konstatierten.

Die Arbeitssöhne in Loulon und der Bürgermeister.

Paris, 9. März. (Fig. Ver.) Ueber einen angeblichen Konflikt zwischen dem Bürgermeister und der Arbeitssöhne in Loulon haben auch in der deutschen Presse Nachrichten Eingang gefunden, denen schon darum entgegengetreten werden muß, weil sie gezeichnet sind, eine sozialistische Gemeindevorstellung in ein falsches Licht zu bringen. Denn der Gemeinderat von Loulon gehört in seiner Mehrheit der gemäßigten Partei an. Es ist nicht richtig, daß der Bürgermeister — Genosse Escartefigue — die Arbeitssöhne gesperrt hat. Der wahre Kern an der Sache ist, daß der sozialistische Bürgermeister angeht eines Konflikts innerhalb der Gewerkschaften durch die Pflicht der Unparteilichkeit gezwungen war, gewisse Verfügungen über die Zuweisung der verschiedenen Räume des Gebäudes zu treffen. In den Gewerkschaften von Loulon ist vor einiger Zeit ein Streit ausgebrochen, der zum Austritt etwa der Hälfte der Organisations aus dem bisherigen Verband und zur Konstituierung

eines neuen geführt hat. Der Konflikt soll auf dem bevorstehenden Kongress der Arbeitsschlichter zum Ausdruck gelangen. Um aber den Beschlüssen dieses Kongresses nicht vorzugreifen und den bestehenden — sicher sehr bedauerlichen — Tatsachen Rechnung zu tragen, hat der Arbeitgeber ein Stützwerk der Arbeitsschlichter den neuen Verband provisorisch überwiesen und den alten Verband angewiesen, dieses Vorhaben zu einem bestimmten Termin zu räumen. Das ist alles, was an dem Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitsschlichter wahr ist. Man wird also auch weiteren Nachrichten der offiziellen Beschleunigung über diesen Gegenstand mit Misstrauen begegnen müssen.

Der vierzehnte Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Holland findet wie alljährlich zu Ostern, d. h. am 19., 20. und 21. April, zu Arnheim statt. Aus der provisorischen Tagesordnung ist hervorzuheben: Jahresbericht des Parteischreibers; Berichte über die Parteiflässe; Bericht der Kammerfraktion; Ernennung der Redaktion von „Het Volk“; Berichterstatterung der Delegierten zum internationalen Kongress von 1907. Insgesamt sind 91 Anträge angemeldet, wovon 15 allein in Bezug auf die Redaktion von „Het Volk“, gegen dessen Inhalt und Standpunkt mehrere Abteilungen ernsthafte Bedenken haben, welche ihres Erachtens im Wesen der jetzigen kollektiven Redaktion liegen. Beauftragt wird demzufolge, wieder zur Ernennung eines Chefredakteurs zurückzukehren. Einige Abteilungen schlagen die Genossin Henriette Roland-Hofft oder den Genossen Rechtsanwalt Wendels vor. Die weiteren wichtigsten Anträge betreffen: die Herausgabe einer Monatschrift durch die Partei selbst (neben der bereits bestehenden, aber von einzelnen Genossen herausgegebenen wissenschaftlichen Zeitschrift „De Nieuwe Tied“); die Ernennung der Schlichtungskommission für Differenzen zwischen der „Het Volk“-Redaktion und Einflüssen; Stellungnahme zur Aktion der Partei gegenüber der sozialpolitischen Gesetzgebung; die Agitation für das allgemeine Wahlrecht, die, mit Aufhebung des gegenwärtigen Wahlrechtskomitees, direkt in die Hand der Partei zu nehmen sei unter Mitwirkung des Verbandes der Gewerkschaften; das Frauenwahlrecht; die sozialdemokratische Frauenorganisation, die Frauenarbeit; die Ernennung von Kommissionen zur Untersuchung des Gemeindeprogramms der Partei und zur Veranlassung propagandistischer Kräfte; die Genossenschaftsbewegung.

Organisation der Parteipresse Schwedens. In Stockholm fand dieser Tage eine Konferenz von Vertretern der sozialdemokratischen Zeitungen und Druckereien Schwedens statt, in der die Gründung einer gemeinsamen Organisation der Arbeiterzeitungen — „Arbetartidningsfornas samorganisation“ — beschlossen wurde. Die Organisation soll sämtliche auf sozialdemokratischem Boden stehenden Arbeiterzeitungen und kooperativen Druckereien umfassen und, soweit es auf diesem Wege möglich ist, ihre ökonomischen und anderweitigen Interessen wahrnehmen. An der Konferenz nahmen 15 Delegierte von zehn Parteizeitungen teil und als Vertreter des Parteivorstandes der Genosse Albin Widenhamn.

Polnische Agitationschriften.

Der Verlag des polnischen Parteiblattes „Gazeta Robotnicza“ in Katowitz hat wiederum eine Anzahl sozialdemokratischer Agitationsbroschüren herausgegeben. Gerade in der gegenwärtigen politischen Situation, da riesige polnische Arbeitermassen in deutsche Bezirke ziehen, ist es dringend notwendig, daß die in Frage kommenden Agitationskomitees und Kreisleitungen polnische Agitationschriften in größeren Auflagen in die Masse werfen.

Rachschickende polnische Broschüren werden empfohlen:

Kautsky, Die Grundlagen des Sozialismus. Preis 18 Pf., mit Porto 18 Pf., 100 Exemplare 10 M., 1000 Exemplare 70 M.

Dr. van der Vrint, Wie ist ein katholischer Geistlicher Sozialdemokrat geworden? Preis 10 Pf., mit Porto 13 Pf., 100 Exemplare 7 M., 1000 Exemplare 50 M.

Daszynski, Erzählungen über den Sozialismus. Zweite Auflage. Preis 10 Pf., mit Porto 13 Pf., 100 Exemplare 7 M., 1000 Exemplare 50 M.

Der 8 stündige Arbeitstag. Einzelpreis mit Porto 10 Pf., 100 Exemplare 6 M. 50 Pf., 1000 Exemplare 45 M.

Die Schriften sind von obengenanntem Verlage zu beziehen. Die Adresse lautet: „Gazeta Robotnicza“, Katowitz, Oberschlesien.

Gleichzeitig ersuchen wir die Genossen, bei jeder Gelegenheit die polnischen Arbeiter auf das polnische Parteiblatt aufmerksam zu machen.

Die Parteiblätter werden um Nachdruck gebeten.

Jubiläum der „New Yorker Volkszeitung“.

New York, 20. Februar. (Fig. Ver.) Die New Yorker Volkszeitung, unser täglich erscheinendes Parteiorgan, konnte im Januar auf ein dreißigjähriges Bestehen zurückblicken. Dieser Geburtstag wurde von der Arbeiterkassette der beiden Millionenstädte New York und Brooklyn, einem alten Brauch gemäß, erst am 22. und 23. Februar durch riesig besuchte Feste gefeiert. Aus Anlaß dieser Feste gab die New Yorker Volkszeitung eine 36 Seiten starke Jubiläumsummer in großem Format heraus, die verschiedene recht gediegene Beiträge hiesiger Genossen und eine Reihe von Glückwunschschriften aus dem Ausland enthält. Von besonderem Interesse dürften für die deutschen Parteigenossen in der Union die Briefe August Bebel's und des deutschen Parteivorstandes sein. Beide weisen auf die hohe Bedeutung hin, welche die „Volkszeitung“ namentlich für jene Ausgewiesenen hatte, die Ende der 70er und in den 80er Jahren nach Amerika kamen. Ihnen war die „Volkszeitung“ eine Lenkerin, schreibt der Parteivorstand. Und in der Tat war die „Volkszeitung“ zu jener Zeit das einzige Bindeglied zwischen der Versprengten selbst und zwischen ihnen und der deutschen und internationalen Sozialdemokratie. Und den gleichen Verus hat die „Volkszeitung“ auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes in hohem Maße erfüllt. Sie war und ist der Vorn, aus dem alle Sozialisten deutscher Zunge — und hierbei handelt es sich in Amerika um Reichsdeutsche, Deutscher, Schweizer und Russen — schöpfen.

Von der Partei in den Vereinigten Staaten. Das Nationalkomitee der Sozialistischen Partei hat mit 33 gegen 17 Stimmen abgelehnt, Einigungsverhandlungen mit der Sozialistischen Arbeiterpartei zu führen, und mit 44 gegen 11 Stimmen wurde ferner abgelehnt, ein Komitee von sieben Genossen zu diesem Zweck zu ernennen. Keinerlei Verhandlungen über Fragen der Politik oder der Taktik sollen stattfinden, dagegen werden die Genossen von der S. A. P. zum Beitritt in die Sozialistische Partei eingeladen.

Urkundenfälschung zur Begünstigung des Streikbruchs.

Des verbrecherischen Mittels der Urkundenfälschung hat sich der Fuhrmeister Krämer bedient, um während des vorjährigen Kampfes im Gangewerke Bayreuth bei solchen Bauunternehmern auszuführen zu können, welche den Tarifvertrag der Fuhreraktion des Bauerverbandes nicht anerkannt hatten. — Um eine Kontrolle darüber zu haben, daß nicht unter anderen als den Bedingungen ihres Tarifs gearbeitet werde, hatte die Fuhreraktion beschlossen, daß ihre Mitglieder nur bei solchen Unternehmern arbeiten dürfen, welche den Tarif unterschrieben und im Bureau der Fuhrer niedergelegt hatten. — Fuhrmeister Krämer hatte Bayreuth für den Bauunternehmer David Joseph angenommen. Um die Arbeiten auszuführen, brauchte er eine Anzahl Fuhrer, die er aber nur von der Sektion des Bauerverbandes bekommen konnte. Da David Joseph den Tarif nicht be-

willigt hatte, würde Krämer keine Fuhrer von der Sektion bekommen haben. Krämer nahm also ein Formular des Tarifvertrages, schrieb selbst den Namen „David Joseph“ darunter, fügte auch einen Stempel der Firma hinzu und gab den so gefälschten Tarif im Bureau der Fuhreraktion ab. Hier konnte natürlich niemand an eine Fälschung denken. Man hielt die Unterfertigung für echt und Krämer bekam die Fuhrer, die nun in dem Glauben, der Bauunternehmer habe den Tarif bewilligt, mit Krämer zusammen arbeiteten. — Aber mit diesem Falle waren die Fälscherstücke des Fuhrmeisters noch nicht erschöpft. Er mußte auch jeden Einzelvertrag, den er mit Bauunternehmern abschloß, von der Fuhreraktion unterstempeln lassen, um den mit ihm zusammenarbeitenden Fuhrern gegenüber in jedem Einzelfalle nachweisen zu können, daß der Bauunternehmer den Tarif anerkannt habe. Für den Bau Joseph bekam er den Sektionsstempel auf Grund des eingereichten gefälschten Tarifs. Später aber nahm er wieder Arbeiten bei Unternehmern an, die den Tarif nicht bewilligt hatten. Hier versuchte Krämer es nicht erst mit der Fälschung eines Tarifs, sondern er fälschte die Einzelverträge, indem er sie mit einem Stempel der Fuhreraktion versah, den er sich selbst hatte anfertigen lassen. — In einem besonderen Falle hat Krämer außerdem seine Mitarbeiter dadurch demogelt, daß er ihnen einen Fuhrertrag vorlegte, laut dessen er für den Quadratmeter Fassadenputz 1,70 Mark erhielt, während er in Wirklichkeit mit dem Unternehmer einen Vertrag über 2,25 Mark abgeschlossen hatte.

Die betrügerischen Manipulationen Krämers führten zu einer Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung in mindestens drei Fällen und Betruges. Am Mittwoch fand die Verhandlung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I statt. Die Feststellung der Personalien des Angeklagten ergab, daß Krämer schon oft vorbestraft ist. Er ist schon beim Militär — jedenfalls war er Unteroffizier — wegen mehrerer Mißhandlung mit Freiheitsstrafen und Degradation bestraft. Weiter hat er eine Reihe Vorstrafen wegen Diebstahl, Aderverletzung, Sachbeschädigung, Urkundenfälschung, Mißhandlung und Übertretung des Krankendienstgesetzes erlitten. — Die ihm zur Last gelegten Fälschungen gab Krämer zu, er führte aber zu seiner Entschuldigung an, er sei durch Streikposten arg bedrängt worden und habe deshalb in dem Mittel der Fälschung greifen müssen, um arbeiten und leben zu können. — Die Beweiserhebung war eine sehr eingehende. Sie erstreckte sich hauptsächlich auf Einzelheiten hinsichtlich des Tarifs und Vertragsabschlusses, der Gepflogenheiten im Fuhrergewerbe usw. Die Täuschung mit dem Tarife, der fälschlich 1,70 M. als Preis für den Quadratmeter angibt, beschönigte der Angeklagte damit, daß er aus dem ihm verbleibenden Ueberschuß die Fuhrer bezahlt habe, die nach dem Tarif der Fuhreraktion vom Bauunternehmer bezahlt werden müssen.

Die Lamentationen des Angeklagten über seine angebliche Verdrängung durch Streikposten und seine eigene Arbeitswilligkeit verfehlten ihre Wirkung im Gerichtssaale nicht.

Der Staatsanwalt legte zunächst in längerem juristischen Ausführungen dar, daß der Tarifvertrag als Urkunde anzusehen sei, die Beweiskraft vor Gericht hat. Dasselbe gilt von den Einzelverträgen, die hier in Frage kommen. Der Angeklagte habe sich also bei schweren Urkundenfälschung in zwei Fällen schuldig gemacht. Betrag jedoch nicht vor, dem wenn der Angeklagte in dem fraglichen Falle 2,25 M. pro Quadratmeter bekam, den Fuhrern aber nur 1,70 M. auszahlte, so habe er als Meister diese Differenz für die Kosten des Trägers und für seine sonstigen Unkosten in Anrechnung bringen dürfen. Hinsichtlich der Urkundenfälschung sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte arbeiten mochte, wenn er leben wollte, daß er also einen Alt sozialer Notwehr ausübte, wenn er sich durch Fälschung der Urkunden, die Möglichkeit zu arbeiten verschaffte. Der Angeklagte habe durch die Fälschung niemand betrügen, sondern nur seine Arbeitskraft verwerten wollen. Die Straftaten seien deshalb nicht so hart zu beurteilen. Für die Fälschung des Tarifs beantragte der Staatsanwalt einen Monat, für die Fälschung eines Einzelfalles zwei Wochen, zusammen einen Monat und eine Woche Gefängnis.

Das Gericht sprach den Angeklagten von der Anklage des Betruges frei, weil durch die Differenz zwischen dem Preise, den er erhielt und dem Preise, den er zahlte, der Angeklagte keinen Vermögensvorteil erzielte und auch die Fuhrer keine Vermögensschädigung erlitten hätten. Auch konnte in diesem Falle, da der betreffende Vertrag nicht vorlag, keine Urkundenfälschung festgestellt werden. In den beiden anderen Fällen hielt das Gericht schwere Urkundenfälschung für vorliegend. Tarifverträge seien beweiskräftige Urkunden, die im bürgerlichen Rechtsstreit von Erheblichkeit sein können. Die Fälschung des Tarifvertrages stelle sich als eine qualifizierte Fälschung dar. Dasselbe gelte von dem einen Einzelvertrage. Was das Strafmäß betrifft, so sei nicht zu verkennen, daß es sich hier um Verträge handle, die bestimmt sind, wirtschaftliche Kämpfe zum Abschluß zu bringen und solche für die Zukunft zu verhindern. Der solche Verträge verletzt und fälscht, verdiene schwere Strafe. Auf der anderen Seite müsse aber berücksichtigt werden, daß im Kampfe der Parteien häufig die härtesten Mittel zum Zweck angewandt werden und daß sich der Angeklagte in einer Zwangslage befunden habe, weil der Arbeitgeber, bei dem er Beschäftigung gefunden hatte, den Tarif nicht bewilligen wollte. Da der Angeklagte ohne diese Bewilligung keine Arbeiter vom Bauerverband bekommen konnte, so habe er sich gezwungen, er müsse zur Fälschung des Tarifs greifen, um arbeiten zu können. Das sei sehr zu verzeihen. Wenn auch der Angeklagte schon oft vorbestraft sei, so seien doch seit der letzten Strafe schon 10 Jahre verstrichen, auch sei zu bedenken, daß eine Freiheitsstrafe von längerer Dauer den 65 Jahre alten Angeklagten schwer treffen würde. Das Gericht hat aus diesen Gründen den Angeklagten wegen schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen mit drei Wochen Gefängnis bestraft.

Der Fuhrmeister Krämer kann sich Glück wünschen, denn er hat milde Richter gefunden. Streibende Arbeiter, welche sehen, daß sie durch Streikbrüche an der Verbesserung ihrer Lage gehindert werden, können mit mehr Recht als Fuhrmeister Krämer sagen, daß sie sich in einer sozialen Notlage befinden. Wenn aber ein Streikbrecher eine unwillige Bemerkung zu einem Streikbrecher macht und deshalb angeklagt wird, dann pflegt er nicht so milde Richter zu finden und keinem Staatsanwalt wird es einfallen, einem Streikbrecher einen Alt sozialer Notwehr als Milderungsgrund zuzubilligen.

Aus Industrie und Handel.

Ernte.

Die Aktionäre der Berresheimer Glashüttenwerke genehmigten sich für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Proz. Die deutsch-österreichische Bergwerksgesellschaft Dresden verteilt für 1907 11 Proz. Dividende, 9 Proz. für 1906. Die Norddeutsche Jute-Spinnerei in Hamburg, die für 1906 9 Proz. ausschüttete, bringt für das letzte Jahr ebenfalls 9 Proz. heraus. Den Anleihenbesitzern der Rheinischen Hypothekbank in Mannheim stehen pro 1907 9 Proz. Dividende zu. Mit 7 Proz. müssen die Aktionäre der Arelfelder Bank zufrieden sein. Der Vorkverein Arttern, Kommanditgesellschaft, zahlt 12 Proz. 7 Proz. wie im Vorjahr erhalten die Aktionäre der Westfälischen Bankkommandite Dortmund. Von 11 auf 12 1/2 Proz. erhöhte sich die Dividende der Viefelder Aktien-Gesellschaft für mechanische Weberei.

Die Aktionäre der Deutschen Kontinental-Wadgesellschaft Dessau, die im Vorjahre 8 Proz. erhielten, bekommen für das letzte Jahr 8 1/2 Proz.

Die Norddeutsche Portland-Zementfabrik Müßburg schüttet 16 Proz. Dividende aus gegen 13 Proz. für 1906.

Um 4 Proz. gegen das Vorjahr, auf 24 Proz. erhöht sich die Dividende der Aktionäre der Eintracht-Braunlohenwerke in Reuß-Wolgau.

Von 5 auf 8 Proz. ist die von der Maschinenfabrik Germania in Chemnitz herausgebrachte Dividende gestiegen.

Die Zwickauer Kammgarnspinnerei schüttet wiederum 15 Proz. aus. Die Aktionäre der Alsen'schen Portland-Zementfabriken müssen sich diesmal mit 14 Proz. begnügen.

Das Braunlohenbergwerk Caroliner, Magdeburg, das für 1906 25 Proz. Dividende abgestoßen hat, verteilt für das letzte Jahr 23 Proz.

Klagen gegen den Stahlverband.

In einer der „Mün. Bzg.“ aus Kreisen der reinen Werke zugegangenen Zukchrift heißt es u. a.: In drei Wochen beginnt das neue Vierteljahr. Doch die Abnehmer des Verbandes sind immer noch in Ungeklärtheit darüber, ob die dringende notwendige Ermäßigung der Halbzugpreise eintritt oder nicht. Sie müßten wissen, bis der Verband die Preise bekannt gibt und selber wissen, ob sie zu den jetzigen Standardpreisen verlaufen sollen auf die Gefahr hin, auf ein weiteres Vierteljahr mit einem Verlust bis zu 20 M. auf die Tonne zu arbeiten, wenn der Verband den Halbzugpreis nicht herabsetzt. Dazu scheint bei der Mehrheit der Verbandmitglieder, nach brieflichen Auslassungen zu urteilen, leider wenig Neigung zu bestehen, wenn auch die Werke zum Teil mit den freundlichsten Worten um Halbzeug-Spezifikationen bitten, und zwar dieselben Werke, die früher ihre Kunden nicht immer gerade zuvorkommend behandelt haben und die vor einiger Zeit verstanden ließen, man brauche keine Halbzeugabnehmer mehr und die Zeit der reinen Walzwerke sei vorbei.

Landwirte in der Rastindustrie.

Vorbekanntlich der Genehmigung der Generalversammlung der Gewerke von Vurbach hat ein Landwirtschafts-konkordatium von dieser Gesellschaft für 5 000 000 Mark Rastfelder erworben. Der Preis gilt als sehr hoch. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ bemerkt: Für Vurbach ist der Felderverkauf, was man so sagt, ein „feines Geschäft“. Besonders in Anbetracht der näheren Bedingungen, die uns von anderer Seite noch mitgeteilt werden: Von der Beteiligung bei dem Felderkomplex Allert-Jungersleben gehen 500 Augen an das landwirtschaftliche Konkordatium über, während 450 Vurbach verbleiben. Der Kaufpreis ist zum Teil sofort, zum Teil gegen Sicherheit in weiteren Fristen zahlbar. Die Gesellschaft Vurbach wird später querschlüssig mit der zukünftigen Anlage Allert-Jungersleben verbunden werden, sodas hierdurch die Zweifelsfrage für Vurbach in sehr vorteilhafter Weise gelöst wird. Das neue landwirtschaftliche Werk soll als Aktiengesellschaft errichtet werden.

Große Pleite in der Lederindustrie.

Die Lederhandlung S. Waumbach in Weihenfelden ist, wie aus Leipzig gemeldet wird, in Konkurs geraten. Die Passiven betragen 1 000 000 M., bei geringen Aktiven. Hauptbeteiligter sind Berliner Firmen.

Die Lage in der Textilindustrie in Manchester ist fortwährend ernst. Falls bis Ende dieser Woche eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern nicht zustande kommt, liegen 70 000 Spindeln still.

Branntweinbrennerei und -steuerung.

Das 1. Heft der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, Jahrgang 1908, bringt unter anderem die Statistik über die Branntweinbrennerei und -steuerung im deutschen Branntweinsteuergebiet während des Betriebsjahres 1908/07. Die Branntweinherzeugung betrug hiernach im ganzen 3 841 207 Hektoliter Alkohol gegen 4 376 835 Hektoliter im Jahre 1905/06, also 535 488 Hektoliter weniger. Unter den Ergebnissen der früheren Jahre steht sie an fünfter Stelle, da sie noch übertroffen wird durch die Erzeugung der Jahre 1903/04 (3 854 200 Hektoliter), 1901/02 (4 288 908 Hektoliter) und 1900/01 (4 051 890 Hektoliter).

In den landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien wurden 2 950 425 Hektoliter Alkohol erzeugt gegen 3 508 125 Hektoliter im Jahre 1905/06, also 548 700 Hektoliter = 15,8 Proz. weniger. Die Getreidebrennereien haben insgesamt 792 671 Hektoliter Alkohol (1905/06 745 057) erzeugt, davon 307 722 Hektoliter (1905/06 298 609) in landwirtschaftlichen Betrieben und 444 940 Hektoliter (1905/06 446 448) in gewerblichen.

Die Relastbrennereien erzeugten 89 157 Hektoliter Alkohol (1905/06 82 702), die Materialbrennereien 29 782 Hektoliter (1905/06 30 426). Der Reinertrag der Branntweinsteuer betrug im ganzen 140 917 766 M. (1905/06 143 667 271 M.), wovon 13 697 284 M. auf die Kreisabgaben, 130 650 149 M. auf Verbrauchsabgabe und Zuschlag entfielen, während bei der Brennsteuer die Vergütung den dazugehörigen Betrag um 3 499 892 M. übersteigt. An Uebergangsabgabe für Branntwein aus Lauenburg wurden 115 M. berechnamt. Der Branntweinverbrauch im Betriebsjahr 1908/07 berechnet sich im ganzen auf 3 793 889 Hektoliter Alkohol (6,1 Liter auf den Kopf) gegen 3 708 906 Hektoliter im Vorjahre. Davon wurden 1 393 494 Hektoliter (1905/06 1 477 354) zu gewerblichen usw. Zwecken steuerfrei abgelassen, 2 457 405 Hektoliter (1905/06 2 289 612) nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe (2 427 927) oder des Zolls (29 478) in den freien Verkehr geschickt.

Preisherabsetzung. Die schottische Stahlwerksvereinigung beschloß, die Preise um 5 Schilling per Tonne herabzusetzen. Drei kanarische Stahlwerke haben infolge Mangels an Aufträgen den Betrieb eingestellt.

Aus der amerikanischen Großindustrie.

Nach den endgültigen Ermittlungen der American Iron and Steel Association hat die Roheisenerzeugung in den Vereinigten Staaten im Jahre 1907 insgesamt 26 193 892 Tonnen betragen, das sind gegenüber dem Vorjahre rund 2 Prozent mehr. Die bisher veröffentlichten Zahlen sind zu gering, weil die tatsächliche Erzeugung von Holzstoffeneisen in zweiten Halbjahr über die Schätzung hinausgegangen ist. Die Anzahl der am 31. Dezember 1907 in Betrieb befindlichen Hochofen betrug 167, die der stillgelegten 376. Wie sehr überhaupt die Industrie in der Union in der letzten Zeit darniederliegt, zeigt das Beispiel der Baldwin-Locomotive-Werke, die seit Dezember 1907 rund 10 000 von ihren Angelegten entlassen haben. Während in guten Zeiten in jeder Woche rund 60 Lokomotiven fertiggestellt wurden, beträgt diese Zahl jetzt nur noch 20. Die Leitung der Fabrik soll bereits mit dem Gedanken ausgehen, die Werke eine Zeitlang gänzlich stillzulegen, da letzthin so gut wie gar keine Neuaufträge eingegangen sind.

Amerikanische Automobilindustrie.

Die Automobiltechnische Gesellschaft veröffentlicht folgende Statistik über die amerikanische Automobilindustrie:

	1900	1905
Stand der Fabriken	57	121
Kapital in Dollar	5 768 857	20 553 247
Zahl der Beamten	268	954
Behälter in Dollar	294 770	1 076 425
Zahl der Arbeiter	3 241	10 239
Löhne in Dollar	1 830 658	6 158 980
Wert der aufgewendeten Materialien in Dollar	1 804 287	11 658 188
Wert der Fabrikate in Dollar	4 748 011	25 465 064

Aus der Frauenbewegung.

Moderne Sklaverei.

Im oberbergischen Lande, abseits vom Verkehr, inmitten hoher Berge, ragen verschiedene Fabrikschlote empor. Hierher haben etliche schlaue Textilfabrikanten ihre Spinn- und Webereien verlegt. Männer und Frauen, jung und alt, aus der ganzen Umgegend finden hier für geringen Lohn Beschäftigung. Doch die eingesehene, anspruchslose Bewohnererschaft scheint den Unternehmern nicht zu genügen, sie versuchen, billigere Arbeitskräfte aus allen Gegenden Deutschlands, ja selbst aus dem Auslande heranzuziehen.

Die Spinnerei Krawinkel u. Schnabel hat auch für ihre Spinnerei ein evangelisches Mädchenheim errichtet. Dieses steht unter der Leitung frommer Schwestern und des Pfarrers Nühle aus Gummersbach. Letzterer besitzt das elterliche Erziehungsrecht.

Das Mädchenheim wird von der Stadtverwaltung Gummersbach gleichzeitig als Fürsorgeerziehungsanstalt benutzt, und daher fehlt es der Firma nie an Arbeitskräften. Arbeiterinnen, die in der Gegend anständig sind, erhalten bei dieser Firma überhaupt keine Arbeit. Es werden nur Fürsorgezöglinge und fremde Arbeiterinnen beschäftigt. Durch Prospekt, in denen Eltern und Vormünder auf die günstige Gelegenheit, ihren Mädchen Lohnenden Verdienst und christliche Erziehung zu schaffen, aufmerksam gemacht werden, lockt man Gutgläubige heran. Eltern oder Vormünder, die den Kellern trauen, müssen einen drei Jahre geltenden Kontrakt unterzeichnen. Nach diesem beträgt der Anfangslohn 1 M. pro Tag und steigt innerhalb der drei Jahre auf 1,60 M. Von dem Lohn werden für Kost und Logis 80 Pf. in Anrechnung gebracht. Der Ueberschuss wird den Mädchen gutgeschrieben und nach Ablauf des Kontraktes erhalten sie die Summe, nach Abzug des Betrages, den das Heim für Bekleidung usw. verausgabt hat, ausbezahlt.

Abwechslend müssen die Mädchen die Hausarbeit besorgen. Für diese Tage bekommen sie keinen Lohn, sondern nur die Kost. Der Lohn erhalten die Mädchen während der ganzen drei Jahre nicht, alles, was sie gebrauchen, wird von den Schwestern eingekauft.

Die Schwestern führen auch die 50-60 Mädchen in geschlossenen Zügen zur Fabrik und beaufsichtigen sie selbst während der Arbeitszeit, damit sie nicht in Versuchung geraten, mit ihren Arbeitskollegen zu sprechen. Der Zug selbst gemahnt an Zuchthäuser. Stumm wie Maschinen schreiten die Lohnslavinnen in ihrem grauen Drillanzug der Fabrik entgegen und grau und trüb vergeht ein Tag wie der andere. Selbst der Sonntag bringt diesen modernen Sklavinnen wenig Abwechslung. Die Kleidung an diesem Tage ist verschiedenfarbig und zweimal werden die Bedauernswerten von den Schwestern zur Kirche geführt. Auch wird an solchen Tagen unter Abführung geistlicher Väter ein Spaziergang in geschlossenen Zügen gemacht. Das ist der Zöglinge Lebensgemeinschaft!

In Preußen sind sonst alle Auf- und Umzüge verboten, wie wir erst kürzlich bei den Wahlrechtsdemonstrationen feststellen konnten, und mehr wie einmal haben harmlose Spaziergänger den Unwillen der „heiligen Hermandat“ erregt und die „Sünder“ wurden mit Strafmandaten bedacht. Doch um die geschilderten Umzüge der billigen und willigen Arbeiterinnen kümmert sich anscheinend kein Schutzmann noch Gendarm.

Und doch liegt Dieringhausen, das geschilderte Jöhl, in Preußen!

Im Heim selbst soll eine streng lutherischeucht herrschen, bei der Kostentziehung und Einperrung eine gewisse Rolle spielen. Im Keller soll ein zu diesem Zweck geschaffenes Gefäß als Straf-

zelle dienen. Selbst Dunkelzucht soll in Anwendung kommen. Wenn schließlich auch noch Prügel als Erziehungsmittel gelten, so braucht man sich darüber kaum noch zu wundern.

Zu verschiedenen Malen haben Mädchen durch die Flucht sich diesem Heim zu entziehen versucht. Die weltfremden, mittellosen Geschöpfe sind aber meistens nach einigen Stunden wieder zurückgebracht worden.

In einem katholischen Mädchenheim einer anderen Firma in derselben Gegend werden die bestrafte Mädchen durch schwarze Haarschleifen gekennzeichnet, während die unbestrafte Mädchen weiße Schleifen tragen dürfen.

So weckt man Persönlichkeitsbewußtsein und Menschenwürde im Lande der Gottesfurcht und frommen Sitte.

Frauenpflichten im wirtschaftlichen Kampf.

Ueber dieses Thema sprach Genossin Lily Braun in einer öffentlichen Versammlung der Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen, die am Montagabend bei Liffin in der Remeler Straße stattfand. Die Rednerin besprach zunächst die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes als einen Kampf ums Dasein, der besonders schwere Anforderungen an die Frauen stellt. In dem andauernden Kreislauf, leben zu können, um zu arbeiten, und arbeiten zu können, um zu leben, bleibt kaum ein kleiner Platz für den Genuß des Lebens frei. Rücksichtslos wird die Frau in den Kampf hineingezogen, und oft genug wird Frauenarbeit von denen am schärfsten ausgebeutet, die nicht laut genug den Ruf der Frau als Gattin und Mutter preisgeben können. Die Schäden der Heimarbeit, die gerade in der Konfektionsbranche kraß hervortreten, sind schon oft und gründlich bloßgelegt worden, aber es geschieht nichts dagegen. Gerade die Konfektionsarbeiter und Arbeiterinnen sind von der Schutzhilfsgebung vernachlässigt worden. Hier bringen die Frauen die größten Opfer und vergessen zu leicht, daß sie Pflichten haben gegen sich selbst, deren Vernachlässigung sie schwer büßen müssen. Sie dürfen ihre Gesundheit nicht vernachlässigen. Als Gattin, als Mutter haben sie Pflichten, die sich nicht vertragen mit der fürchterlichen Ausnutzung ihrer Arbeitskraft in der Heimarbeit. Raitlos und hilflos stehen die Frauen diesen Verhältnissen gegenüber, aber nur solange, als sie vereinzelt bleiben. Verbünden sie sich, so sind sie stark, auch dem mächtigsten Unternehmer gegenüber widerstandsfähig. Nun zeigt sich aber gerade in der Konfektion, daß die Organisation noch ungemein schwach und ohnmächtig ist. Als Grund dafür wird mit Recht angegeben: Es sind zu viele Frauen darin beschäftigt, die lassen sich nicht organisieren. Hier ist es Pflicht aller aufgestellten Frauen, unablässig zu agitieren, aufzuklären und mitzuwirken an der Vereinigung aller bedrückten und unwissenden Geschlechtsgenossinnen. Vorträge machte die Rednerin den Männern deshalb, weil sie in dieser Beziehung den Arbeiterinnen nicht genügend zur Seite stehen und oft noch in Vorurteilen gegen die Frauen befangen sind. Leider gibt es auch Frauen, die der armen Heimarbeiterin durch Schmutzkonkurrenz das armselige Leben noch erschweren, indem sie ohne zwingende Not sich einen „Nebenberuf“ in der Konfektion schaffen und die Preise herunterdrücken. Sie bedenken nicht, daß sie Pflichten haben gegen ihre Arbeitskolleginnen. Zum Schluß erwähnte die Rednerin die Bestrebungen, die die rechtliche Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Leben zum Ziel haben.

In der Diskussion machte eine Frau auf die Anstrengungen des sogenannten „Christlichen Heimarbeiterinnen-Bundes“ aufmerksam. Mit Kaffee und Kuchen werden die Arbeiterinnen bewirtet, und dabei müssen sie dann salbungsvolle Reden anhören, in denen immer wieder getuschelt wird: Seid zufrieden hier auf Erden, im Himmel wird es besser werden!

Ein eigentümliches Fest wurde kürzlich der Frauen-Genossenschaftsgilde in Jarrow von ihren männlichen Ehrenmitgliedern gegeben. Die Männer hatten die Frauen zu einer Teunterhaltung eingeladen, und als aufmerksame Wirte verrichteten sie alle Arbeit: schnitten das Brot, den Kuchen, machten die Sandwiches,

bedient die Tische, bereiteten den Tee, bedienten bei Tisch und — wuschen sogar ab. Eine in den „Cooperative News“ veröffentlichte wohlgelungene Photographie zeigt uns die braven Genossenschaftsbäuer, wie sie mit weißen Schürzen angetan, kampfbereit neben den gedeckten Tischen stehend, ihres Amtes harren. So sehr überzeugt waren sie übrigens von ihrer Geschicklichkeit in jeder Beziehung, daß sie sogar eine Warnung erließen, daß jede Frau, die in der Küche angetroffen würde, unnachlässig mit einer Geldbuße belegt werden würde.

Alles ging in der Tat auch vorzüglich: der Tee war ausgezeichnet und die Frauen, die diesmal die Rolle der zuvorkommend Bedienten zu spielen hatten, amüsierten sich herzlich. Musik und Tanz beschloßen das lustige Fest. — Ob so etwas auch bei uns möglich wäre? Oder ob unsere deutschen Männer nicht fürchten würden, durch eine solche „Selbsterniedrigung“ etwas von ihrer Würde einzubüßen? Fast scheint uns dies das Wahrscheinlichere? Und doch geschieht ähnliches alle Tage. Bedienten nicht tagtäglich in Hotels und Restaurants Köche und Kellner ebenso gut Frauen wie Männer? Gewohnheit ist ja ein harter, widerstandsfähiger Jock, aber die Entwicklung schneidet ihn doch mit der Zeit ab.

Gespäßige Stadt„bäuer“.

Die Mithilfe der Frauen als Armenpflegerinnen usw. ist von einer großen Anzahl Städte mit Erfolge eingeführt. In der kleinen sachsenburgischen Stadt Heppens bei Wilhelmshaven hat die Armenkommission die Mithilfe der Frauen in besonderer Form zurückgewiesen. Die wohlwollenden Herren drohten damit, ihre Kletter niederzulegen, wenn man ihnen gewaltsam Frauen zuteile. Und der Stadtrat wich mutig zurück. In den Frauen selbst wird es nun liegen, den Spießern klar zu machen, daß auch sie berufen sind, überall im öffentlichen und kommunalen Leben als gleichberechtigt anerkannt zu werden.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Wilmersdorf. Donnerstag, den 12. März, 8 1/2 Uhr, im Luisenpark: Vortrag mit anschließender Rezitation.

Wirtschaftlicher Marktbericht der städtischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthalen. Markttag: Freitag; Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Bild: Zufuhr knapp, Geschäft still, Preise gut. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft ruhig, Preise hoch. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gemüse: Zufuhr reichlich, Geschäft sehr matt, Preise gedrückt.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 10. 3.		am 9. 3.	
	cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	356 ⁹	+14	Saale, Groditz	173 +12
Regel, Ritterburg	247 ⁹	+11	Havel, Spandau	161 0
Reichel, Thon	410 ⁹	+60	Havel, Rathenow	178 0
Oder, Rathor	280	+14	Spree, Spremberg	124 0
„ Krossen	260	-1	„ Weesow	222 0
„ Frankfurt	266	-2	„ Wenden	115 +45
„ Scharf	284	-4	„ Rindow	162 -22
„ Landsberg	294	+1	„ Rügen, Marienhausen	390 +2
„ Borsdamm	126	-4	„ Stauß	246 +5
„ Eide, Zeitmeritz	52	+10	„ Rön	372 +4
„ Dresden	46	+10	„ Redar, Heilbrunn	140 +20
„ Barby	249	-1	„ Rain, Wertheim	200 +7
„ Magdeburg	216	+8	„ Rosel, Trier	206 +47

+) + bedeutet Zufluß, - Fall - *) Unterpegel. - *) Eisstand. *) Eisgang.

H. Greifenhagen Nachf.

Brunnen-Strasse 17-18

Veteranen-Strasse 1-2

So lange Vorrat

Donnerstag, Freitag und Sonnabend

So lange Vorrat

Hervorragend billige Waren-Posten in Haushalt-Artikeln

PORZELLAN

- Tassen, weiss, gross .. 15 Pl.
- Tassen, weiss, 40 er .. 18 Pl.
- Tassen, gerippt, Portionstassen .. 20 Pl.
- Tassen, mit Goldrand u. Goldlinie in der Mitte .. 20 Pl.
- Tassen, Flieder- od. Rosanmuster (6 Stck. 1.50) .. 28 Pl.
- Tassen, Schalenform, Vergissmeinnicht .. 33 Pl.
- Milchtöpfe, weiss .. 8, 18 Pl.
- Milchtöpfe, Fliedermuster, mittel .. 28 Pl.
- Milchtöpfe, Fliedermuster, gross .. 38 Pl.
- Teller, tief oder flach, weiss .. 15 Pl.
- Dessert-Teller (6 Stck. 1.50) Goldstern, Goldlinie oder Blumenmuster .. 28 Pl.
- Näpfe, gross, weiss .. 18 Pl.
- Näpfe, klein, bunt .. 10 Pl.
- Näpfe, gross, bunt .. 38 Pl.
- Kaffeeservice 9teilig weiss mit gold .. 2.95

Tafelservice-Teile

Vergissmeinnicht-Dekoration	Goldlinie
Kompotteller .. 20 Pl.	20 Pl.
Dessertteller .. 28 Pl.	28 Pl.
Teller, tief oder flach .. 33 Pl.	38 Pl.
Kartoffelnäpfe, oval mit Deckel .. 2.85	2.95
Terrinen, oval mit Deckel .. 3.75	4.25
Sauciers .. 1.95	1.95
Bratenschüsseln, oval .. 1.50 u. 2.25	1.35 u. 2.35
Compottieren, viereckig .. 98 Pl. u. 1.50	78 Pl. u. 1.35
Kuchenteller .. 68 Pl.	—
Kaffeeservice 9teilig .. 4.85	—

Billige Lebensmittel-Preise

- Melange Früchte 1/2 Dose .. 1.05
- Preisselbeeren 1/2 Dose .. 65 Pl.
- Mirabellen 1/2 Dose .. 65 Pl.
- Pfirsiche, 1/2 Frucht 1/2 Dose .. 95 Pl.

Steingut

- Vorratsstollen abgetönt .. 28 Pl.
- Kaffeetöpfe .. 5, 8 Pl.
- Salatschüsseln 18, 28, 38 Pl.
- Satz Näpfe — 7 Stück .. 98 Pl.
- Majolika-Obstservice 1 grosses, 6 kleine, Weinblätter, 7teilig .. 95 Pl.
- Waschbecken (von Service) .. 98 Pl., 1.35, 1.50
- Waschkübel (von Service) .. 98 Pl.

Bürstenwaren

- Schrubber mit Stiel .. 28 Pl.
- Besen mit Stiel .. 48 Pl.
- Handfeger .. 28 Pl.

- Stachelbeeren, süß 1/2 Dose .. 48 Pl.
- Birnen, weisse, 1/2 Frucht, 1/2 Dose .. 65 Pl.
- Stangenspargel 1/2 Dose .. 1.05
- Prima Bruchspargel mit Köpfen, 1/2 Dose .. 98 Pl.

Wirtschaftsartikel

- Zink-Waschwannen .. 6.85
- Fenstergaze, blau, 1m .. 1.15
- Kohlenschaufeln .. 18 Pl.
- Ringständer, gedreht .. 38 Pl.
- Vorhänge - Schüssler 5, 10, 25 Pl.
- Leitern .. Stufe 33 Pl.

Holzwaren

- Kohlenkasten .. 1.95
- Putz- od. Wickskasten gross .. 38 Pl.
- Plättbrett, bezogen, mit Leiste .. 1.95
- Presskohl.-Schrank .. 4.85
- Aermelbrett, bezogen .. 38 Pl.
- Kleiderbügel, gr., 6 St. .. 20 Pl.

- Schnittspargel mit Köpfen, 1/2 Dose .. 80 Pl.
- Junge Schoten 1/2 Dose .. 35 Pl.
- Pa. Schnittbohnen 1/2 Dose .. 25 Pl.
- Junger Kohlrabi 1/2 Dose .. 26 Pl.

Emaile

- Eimer ca. 28 cm ... 68 Pl.
- Waschschüsseln mit Seifnapf, gross .. 68 Pl.
- Schmortöpfe mit Ring .. 58 u. 95 Pl.
- Brotkapsel oval, gross .. 2.75
- Waschservice, Delit .. 2.95
- Teesiebe .. 20 Pl.
- Schöpf- od. Schaumlöffel .. 10 Pl.

Glas

- Kompottschüsseln 24 cm .. 38 Pl.
- Butterdosen .. 15 Pl.
- Likörgläser (Dtz. 75 Pl.) .. 7 Pl.
- Victoriabecher mit Goldrand, 2/10 u. 1/4 Ltr. .. 16 Pl.

- Prima Sprotten Kiste .. 38 Pl.
- Prima Kasser Pfund .. 68 Pl.
- Prima Cervelatwurst Pfund .. 1.10
- Pa. Hallesche Leberwurst, Pfund .. 95 Pl.

Abgeordnetenhaus.

50. Sitzung vom Mittwoch, den 11. März, 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Bethmann-Hollweg, Frhr. v. Rheinbaben, v. Koltze, Dr. Halle.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die vier Interpellationen der Abgg. Arendt-Babian (L.); Dobrecht (natl.); Fischbeck (fr. Vp.) und Broemel (fr. Vp.); Frhr. v. Zedlitz (H.); Dr. Forst (Z.), in denen angefragt wird, aus welchen Gründen die in Aussicht gestellte Vorlage über die Erhöhung der Bezüge der Staatsbeamten, Volksschullehrer und Geistlichen dem Landtage noch nicht unterbreitet ist und wann ihre Einbringung zu erwarten ist.

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Bethmann-Hollweg erklärt sich zur Beantwortung der Interpellationen bereit.

Zur Begründung der konservativen Interpellation führt Abg. v. Pennings-Jachin (L.) aus, daß man nach den früheren Erklärungen der Regierung hätte annehmen müssen, daß die Vorlage in diesem Winter zur Verabschiedung kommen würde. Das Abgeordnetenhaus sei bereit gewesen, die Mittel, nötigenfalls durch Erhöhung der Steuern, für die Beamtenbesoldungserhöhung zu bewilligen, und es sei sehr zu bedauern, daß die Einbringung der Vorlage vertagt sei. Der Beamtenstand habe sich das Gefühl einer großen Unsicherheit bemächtigt und dieses müßte bald beseitigt werden. Redner schließt mit der dringenden Bitte, eine Erklärung in diesem Sinne abzugeben. (Beifall.)

Die Interpellation der Nationalliberalen und Freisinnigen begründet

Abg. Dobrecht (natl.): Als die Staatsregierung die Einbringung der Vorlage für die Besoldungserhöhung versprach, waren wir uns darüber klar, daß es sich um die Lösung einer schwierigen Frage, auch wegen der Deckungsfrage handelt. Wir haben aber trotzdem gehofft, daß diese Fragen in dieser Session gelöst werden würden. Dadurch, daß das nicht geschieht, ist in den weitesten Kreisen der Beamenschaft eine tiefe Mißstimmung hervorgerufen worden. (Sehr richtig! links.) Wir haben nach den gestrigen Erklärungen der Reichsregierung unsere Interpellation nicht zurückgezogen, weil wir volle Klarheit von der Regierung verlangen müssen. (Zustimmung links.) Zum mindesten hätte die Regierung die Neuregelung der Lehrerbefoldung nicht weiter hinausschieben sollen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.) begründet die Interpellation der freikonserватiven Partei: Auch ich bin der Meinung, daß die Aufhebung der Lehrer zuerst hätte durchgeführt werden müssen. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Vertagung der Vorlage für die Beamtenbesoldungserhöhung beabsichtigt ist. Die Beamten und Lehrer sind dadurch aufs bitterste enttäuscht worden. (Sehr richtig!) Auf das Reich brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen, wir können in Preußen selbständig vorgehen. (Sehr richtig!) Nach dem, was in der Presse über die Absicht der Regierung veröffentlicht ist, müssen wir annehmen, daß die von ihr geplante Grundlage für die Lehrerbefoldung nicht gutgehen werden kann, denn das Haus hat sich 1906 gegen die grundsätzliche Scheidung zwischen Land und mittleren Städten, mittleren und größeren Städten und größeren und großen Städten ausgesprochen, wie sie die Regierung anscheinend vornehmen will. Wir werden noch heute eine Resolution einbringen, die die Auffassung des Hauses vom Jahre 1906 wieder zum Ausdruck bringt. Ich hoffe, daß die Staatsregierung den Landtag im Herbst frühzeitig einberufen und dann die Besoldungsvorlage uns vorlegen wird. Die Verantwortung für die Verzögerung der Vorlage lehnen wir ab, sie mag die Staatsregierung allein tragen. (Beifall.)

Es folgt die Begründung der Interpellation des Zentrums durch

Abg. Kirsch (Z.): Nachdem die Besoldungsvorlage in der Thronrede angekündigt war, haben die gestrigen Verhandlungen im Reichstage wie ein kalter Wasserstrahl auf die Beamten gewirkt. (Zustimmung.) Wenn im Reich die Besoldungsvorlage abhängig gemacht wird vom Zustandekommen der Finanzreform, so ist ihre Einbringung und Verabschiedung im Herbst sehr unsicher. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß hier die Vorlage im Herbst bestimmt gemacht und so reichlich ausgestattet wird, daß die Beamten damit zufrieden sein werden. Vor allem ist notwendig, daß sie rückwirkende Kraft auch für die Pensionäre bekommt. (Beifall.)

Vizepräsident des Staatsministeriums v. Bethmann-Hollweg verliest eine Erklärung, in der es heißt: Die Absicht der königlichen Staatsregierung, die Beamtenbesoldungsvorlage noch jetzt dem Landtage zu unterbreiten, läßt sich zu dem Bedauern der Staatsregierung nicht verwirklichen, da nach Lage der Geschäfte im Reich die Besoldungsverbesserung der Reichsbeamten bis auf den Herbst vertagt werden müssen und da es notwendig erscheint, die bisherige Uebereinstimmung in den Dienstbezügen der Reichs- und preussischen Beamten aufrecht zu erhalten. Daher ist es auch für Preußen unabwieslich, nach dem Vorgange im Reich, die Erledigung der Aufbesserungsfrage im Zusammenhang mit der Frage der Deckungsmittel bis zum Herbst auszusuchen.

Zu diesem Behufe ist in Aussicht genommen, den Landtag im Oktober zu versammeln, um ihm ausreichende Zeit zur Beratung zu gewähren. Ein Nachteil darf den Beamten nicht erwachsen. Daher soll den Zulagen rückwirkende Kraft auf den 1. April 1908 beigemessen werden. Demgemäß werden alle, die am 1. April 1908 im Dienste stehen, und zwar auch die, die nach diesem Termine vor dem Inkrafttreten der neuen Vorlage in den Ruhestand treten, sowie die Hinterbliebenen so gestellt werden, als ob die Gehaltsregelung bereits am 1. April in Kraft bestanden hätte. Die Staatsregierung wird außerdem unterzüglich eine Vorlage einbringen, durch welche den Beamten ein fester Betrag gezahlt werden soll, der auf die künftigen Gehaltsbezüge anzurechnen ist. (Das Haus nimmt die Worte des Redners mit tiefem Schweigen auf.)

Auf Antrag des Abg. Frhr. v. Erffa (L.) wird die Besprechung der Interpellationen einstimmig beschloffen.

Abg. Uehling (fr. Vp.): Die Antwort der Regierung hat uns in keiner Weise befriedigt. (Sehr richtig! links.) Das Verhalten der Regierung erregt unser tiefstes Bestreben und in den Kreisen der Beamten tiefgehende Unzufriedenheit, die dem Staatswohl nicht frommt. Heute wird uns gesagt, wir müßten auf das Reich Rücksicht nehmen; im vorigen Jahre nahm der Finanzminister den entgegengesetzten Standpunkt ein. Das mindeste, was wir jetzt hätten erwarten müssen, wäre doch gewesen, daß uns die Regierung die Grundzüge der geplanten Besoldungsvorlage mitteilen würde, damit wir dazu Stellung nehmen könnten. Wir müssen die Regierung für die Folgen verantwortlich machen, die sich aus der Verzögerung der Besoldungserhöhung ergeben werden. (Sehr richtig! links.)

Abg. Broemel (fr. Vp.): Im Reichstage ist gestern die Verzögerung der Besoldungsvorlage mit dem Fehlen der Deckungsmittel berührt worden. Man sollte doch nun aber nicht hier eine sachliche Frage mit politischen Motiven verquiden. (Sehr richtig! links.) Der Notstand der Beamten wird von allen Seiten anerkannt, und die Regierung hätte daraus die Konsequenz ziehen müssen, für Preußen die Frage der Besoldungserhöhung selbständig zu lösen. Jetzt besteht die Gefahr, daß im Herbst das Lehrerbefoldungsgesetz wieder auf die lange Bank geschoben wird. Die Regierung hat das Vertrauen der Beamten verloren, und damit sie es wieder ge-

winnt, wünsche ich, daß die preussische Regierung doch mit der Besoldungserhöhung noch selbständig vorgehen möge. (Beifall.)

Abg. Kallewicz (L.): Wir sind verpflichtet, als die gewählten Vertreter des Volks dem schmerzlichen Empfinden der Beamten-schaft Ausdruck zu geben. Wenn es den Anschein gewinnt, als ob die Regierungsbank zur Anklagebank geworden ist, so bedauern wir das. Ich glaube aber, daß die Beamten aus der Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums entnehmen werden, daß tiefgehende Gründe die Regierung zu ihrem Verhalten zwingen. Wir nehmen nicht an, was die „Post“ sagt, daß die Regierung hofft, nach den Neuwahlen niedrigere Gehaltsätze bieten zu können als jetzt. Jedenfalls werden meine Freunde ohne Rücksicht auf das Wahlergebnis energisch mitarbeiten, um die Wünsche der Beamten zu erfüllen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Abg. Kirsch (Z.): Wenn in acht Tagen Reichstagswahlen stattfinden würden, so würde die Regierung dabei die Antwort der Beamten auf ihr Verhalten bekommen. Die Regierung hätte wenigstens das Lehrerbefoldungsgesetz jetzt vorlegen sollen. Man spricht von der Deckungsfrage. Bei der Vorlage hat man nach der Deckung aber nicht gefragt. (Sehr richtig! im Zentrum, links und bei den Polen.) Es heißt immer: Preußen in Deutschland voran! In der Beamtenbesoldung sind uns aber andere Bundesstaaten weit vorangegangen. (Beifall.)

Abg. Schiffer (natl.): Es darf nicht zur Gewohnheit werden, daß Vorlagen in der Thronrede angekündigt und nicht eingebracht werden. Durch die Nichteinbringung der Besoldungsvorlage sind die Beamten schwer geschädigt worden, und es ist mir nicht klar, wie man der Vorlage im Herbst rückwirkende Kraft für die Lehrer und Geistlichen geben will. Eine klare Auskunft möchte ich von der Regierung erbitten dahin, ob, wenn die Finanzreform im Reich im Herbst nicht zustande kommt, in Preußen trotzdem die Einbringung der Besoldungsvorlage sicher zu erwarten ist? (Beifall.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: In der gestrigen Besprechung mit den Führern der Fraktionen habe ich erklärt, daß im Oktober der Landtag versammelt werden soll behufs Entgegennahme der Beamtenbesoldungsvorlage. Auf den mir dabei geäußerten Wunsch, daß die Neuwahlen möglichst früh im Sommer stattfinden sollten, habe ich erklärt, daß ich dazu noch keine Stellung nehmen könne, da das Staatsministerium sich noch nicht schlüssig geworden sei. Wenn gesagt wird, daß wir seit Jahren nichts für die Beamten getan haben, so erwidere ich, daß wir in den Jahren 1906 und 1907 zugunsten der Beamten 42,5 Millionen dauernde Mehrausgaben in den Etat eingestellt haben. Die neue Vorlage wird einen Mehrbedarf von 135—150 Millionen fordern, zu deren teilweiser Deckung an eine Erhöhung der Einkommensteuer wird gedacht werden müssen. Die Erhöhung der Gehälter der Staatsbeamten wird auch für die Kommunalbeamten und für die Privatbeamten und auch für die Löhne Konsequenzen haben. Einzelne Reden, die hier gehalten sind, sind nicht geeignet, das Vertrauen der Beamten zur Regierung zu erhöhen. (Sehr richtig! rechts.) Ich gebe zu, daß es nicht erwünscht ist, daß die Zusagen der Thronrede nicht erfüllt werden. Aber wir sind bereit, das, was die Thronrede versprochen hat, zu erfüllen. Das war uns noch nicht möglich, weil der Reichstag, namentlich die Linke dort, wünschte, daß in dieser Session neue Steuerpläne nicht vorgelegt werden sollten. (Hört! hört! rechts.) Im Reich konnte man an die Besoldungsaufbesserung, ohne für die Deckung zu sorgen, nicht herangehen, und es ist notwendig, daß Preußen in Uebereinstimmung mit dem Reich die Besoldungsregelung vornimmt. Wenn gefragt wird, wie es mit der Besoldungsfrage bei uns werden solle, wenn der Reichstag im Herbst die Finanzreform nicht erledigt, so möchte ich das als eine cura posterior bezeichnen. (Lachen links und im Zentrum.) Für den Fall, daß in der Tat die Finanzreform im Reichstage nicht erledigt werden sollte, würde uns allerdings nichts übrig bleiben, als in Preußen gesondert vorzugehen. (Beifall.)

Abg. Martin (L.): Die Erklärungen der Regierung laufen darauf hinaus, daß das Reich an der Verzögerung der Besoldungsvorlage schuld sei. Wir haben doch aber hier ebenso viel gesetzgeberische Fähigkeiten, wie der Reichstag. Wenn die Regierung sagt, die Beamten sollen nicht geschädigt werden, so werden doch die Geistlichen durch die Verzögerung der Vorlage geschädigt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.): Fürst Bismarck hat einmal als die beste Volksvertretung diejenige bezeichnet, die sich aus einer Vertretung der einzelnen Stände zusammensetzt. Die Sozialdemokraten haben sich als die alleinigen Vertreter der Arbeiter bezeichnet, jetzt greift ja erfreulicherweise die Organisation der christlichen Arbeiter weiter um sich. Alle Stände haben sich organisiert, auch das Großkapital. Unsere besseren Arbeiter sind besser gestellt, als die kleinen Beamten, das zeigt sich in den Löhnen, wo die Arbeiter frühstücken, das zeigt sich bei den Landpartien der Arbeiter. Die Kartelle tragen die Schuld an der Verzögerung, sie haben die Hochkonjunktur ausgenutzt. Ich höre keinen Widerspruch des Abg. Goldschmidt. (Abg. Goldschmidt: Ich bin kein Demagoge!) Ich bitte den Herrn Präsidenten, mich gegen den Vorwurf zu schützen, daß ich ein Demagoge sei.

Vizepräsident Dr. Forst: Abg. Goldschmidt hat nur erklärt, er sei kein Demagoge.

Abg. Dr. Hahn (fortfahrend): Die Großindustrie müßte stärker zu den Lasten des Reichs herangezogen werden. Wenn im Reich nicht die notwendigen Mittel vorhanden sind zur Durchführung der Gehaltserhöhungen, so ist daran die Linke schuld. (Lebhafte Widerspruch links.) Die Beamten wissen, daß bei der Regierung keinerlei Uebelwollen gegen sie besteht. Würde der Reichstag jetzt aufgelöst werden, so würden bei den Neuwahlen die Leidtragenden die Vertreter der Linken sein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Es ist keine Garantie dafür vorhanden, daß im Reich im Herbst die Finanzreform im zustande kommt. Wir können doch nicht eine Einigungs-kommission zur Vermittelung zwischen Abgeordnetenhaus und Reichstag einlegen. Andere Bundesstaaten, z. B. Bayern, gehen selbständig vor, und das sollte auch Preußen tun. Auf die Dauer ist eine Rücksichtnahme auf das Reich nicht möglich. Wenn der Abg. Dr. Hahn meinte, die Linke sei schuld an dem Nichtzustandekommen der Reichsfinanzreform, so können wir das umdrehen und sagen, Schuld daran sind diejenigen, die sich gegen die Einführung direkter Reichs-steuern erklären. (Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben erklärt, daß auch für die Geistlichen die Staatszuschüsse mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 ab gewährt werden sollen.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Vp.): Wenn der Finanzminister sagte, die Schuld an dem Nichtzustandekommen der Finanzreform trage die Linke, so weiß er ganz genau, wo der Hund begraben liegt. Sein Vorwurf ist unzutreffend. Er hätte uns aber schon im Februar sagen können: Ihr täuscht Euch, wenn Ihr den Worten der Staatsregierung glaubt und meint, Ihr würdet jetzt noch die Beamtenbesoldungsvorlage erhalten; er wußte doch da schon, daß die Reichsfinanzreform jetzt nicht zustande kommen wird. Es liegt kein Grund vor, die preussischen Beamten warten zu lassen, weil die Reichsbeamten warten müssen. (Sehr richtig! links.) Schuld an der Verzögerung der Besoldungsvorlage ist die grundverlethene Politik des Reiches. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Dem Abg. Hahn gegenüber bemerke ich, daß wir ganz genau wissen, daß wir bei den Wahlen einen schweren Kampf gegen die agrarische und soziale Demagogie durchzuführen haben werden, wir werden ihn aber durchkämpfen. (Beifall links.)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben erklärt, daß im Februar noch kein Beschluß seitens der Staatsregierung über die Vertagung der Vorlage vorgelegen habe.

Abg. Stroffer (L.) bewahrt seine Parteilage dagegen, daß sie nötig habe, sich an einem Beitreten zugunsten der Beamten zu beteiligen. Notwendig aber sei es, die Besoldungsvorlage im Herbst bestimmt zum Abschluß zu bringen.

Abg. Graf Praschna (Z.): Wir müssen uns doch dem anschließen, was uns seitens der Staatsregierung gesagt ist. Wenn der Abgeordnete Dr. Friedberg die Schuld für das Nichtzustandekommen der Finanzreform von der Linken abgewälzt hat, so kann ich mich dem nicht anschließen.

Abg. Ernst (fr. Vp.): Die Ausführungen des Finanzministers haben uns nicht überzeugen können. Schon Herr v. Miquel hat davor gewarnt, daß man der Regierung alles glaube. (Weiterleit.) Auf eine Anfrage des Abg. Windler (L.) erwidert Kultusminister Dr. Halle, daß neben dem Beamtenbesoldungsgesetz auch das Gesetz über die Ruhegehaltsklassen und über die Heilfürsorge der Geistlichen rückwirkende Kraft erhalten würden.

Abg. Kirsch (Z.): Wenn der Abg. Hahn anminnt, daß die Beamten durch die Erklärungen der Regierung beruhigt werden, so muß man doch daran denken, daß auch der Beamte ein Mensch ist, bei dem die Veruhigung bald zu Ende sein kann. Die Linke hebt immer die Verteuerung der Lebensmittel hervor, warum nicht auch die der Kohlen, unter der die Beamten schwer zu leiden haben. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Wir hoffen zuversichtlich, daß die Vorlage im Herbst bestimmt verabschiedet wird.

Abg. Dr. Hahn (B. d. L.): Die Behauptung, daß die Wirtschaftspolitik an der Verzögerung schuld sei, ist schon oft genug widerlegt worden. Die Preise für Getreide sind abhängig vom Weltmarkt, nicht vom Zolltarif.

Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Vp.): Dem Abg. Hahn gegenüber bemerke ich, daß ich gesagt habe, alle Lebensmittelpreise und die Preise aller Bedarfsartikel sind durch die verkehrte Zollpolitik gestiegen. Nachdem die Erörterung der Beamtenfragen beim Etat künstlich unmöglich gemacht worden ist, haben wir nicht das Vertrauen, daß die Besoldungserhöhung im Herbst Gesetz wird. Wir sollten mit allem Nachdruck dahin wirken, daß die fertiggestellte Vorlage noch in dieser Session verabschiedet wird. Herr Minister, geben Sie die Vorlage her, damit die Beamten sehen, daß es Ihnen Ernst damit ist. (Beifall links.)

Damit schließt die Debatte und die Interpellationen sind erledigt.

Darauf legt das Haus die Beratung des Etats der Verwaltung der direkten Steuern fort. Die Abgg. v. d. Recke (L.), Heine (natl.) und Gerhardt (Z.) treten für bessere Ausbildung der Katasterkontrolloren und Landmesser ein.

Abg. Hund (fr. Vp.) unterstützt diese Wünsche und bittet die Regierung, sie baldmöglichst zu berücksichtigen. Der Rest des Etats wird debattelos erledigt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Bericht der Geschäftsordnungskommission über Strafverfolgung des Abgeordneten Held (natl.) und des Redakteurs Kurlik-Wiesner. Kleins Etat.

Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Von der Rheinischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. Der Bericht dieser Berufsgenossenschaft enthält folgenden dunklen Satz:

„Während des Berichtsjahres 1906 wurden 10449 neue Unfälle gemeldet, ohne daß indessen in sämtlichen Fällen der Erlaß eines Feststellungsbescheides, durch welchen das Vorhandensein eines entschuldigungspläftigen Betriebsunfalles anerkannt oder abgelehnt wurde, erforderlich war, weil entweder eine Erwerbsunfähigkeit über die 13. Woche hinaus nicht eintrat, oder aber die Betroffenen wegen offensibaren Nichtvorliegens eines zu entschuldigenden Betriebsunfalles mittels einfacher Bescheidung zurückgewiesen werden konnten.“

Die landwirtschaftlichen Arbeiter und Kleinbauern des Rheinlandes sind demnach sehr geduldige Leute, die sich alles gefallen lassen.

Entschädigt wurden nur 3874 Unfälle, die 2684 Erwoachsene männlichen und 1244 weiblichen Geschlechts, 136 Jugendliche männlichen und 30 weiblichen Geschlechts betrafen, darunter 170 Todesfälle. Die landwirtschaftlichen Betriebe werden noch nicht revidiert, weil keine Aufsichtsbeamten vorhanden sind. Die geplante Anstellung von Aufsichtsbeamten zwecks Revision der Betriebe ist auch im Berichtsjahre noch ausgeföhrt worden.“

Deslo eifriger wurde die Jagd auf „Simulanten“ betrieben. 1085 Verlehte wurden nachuntersucht und in 307 Fällen die Rente ganz entzogen, in 219 Fällen „gemindert“ und nur in 1 Fall erhöht! Weiter heißt es: „Der Berufsgenossenschaft wurde durch einen Pfarrer wiederum ein Betrag von 180 M. übermittlelt für eine Rente, die eine Person sich durch Betrug verschafft hatte.“ (!) Ein einfaches Mittel, die Sünde ist vergeben! Die Genossenschaftsversammlung forderte einstimmig: „Daß in Zukunft Renten für solche Unfallverlehte, die bisher mit weniger als 20 Proz. zu entschädigen sind, in Wegfall kommen.“ (!) Das wäre die billigste „Abfindung“ der Verletzten. Die übrigen Berufsgenossenschaften sollen hierzu aufgefordert werden, sich diesem Wunsche anzuschließen. Ferner wurde beantragt, die Beiträge nicht mehr nach der Grundsteuer, sondern nach dem Einkommen aus der Landwirtschaft zu berechnen. Das erleichtert das Rogeln!

Zur Pensionskassenfrage.

Die Spruchkammer Frierensheim des Gewerbegerichts Rürs vom Montag hat die Firma Krupp wieder zurteilt, 16 Arbeitern die zur Pensionskasse gezahlten Beiträge zurückzugeben. — Es ist durchaus anerkennenswert, daß sich das Gewerbegericht nicht zu der irrigen Ansicht des neulich vom Landgericht ergangenen Erkenntnisses hat verleiten lassen, sondern an der richtigen Auffassung festhält. Auch das Dortmund Gewerbegericht ist bei seiner Praxis geblieben, die Dortmund Union zur Zurückzahlung der Beiträge zu verurteilen, die von entlassenen Arbeitern zur Witwen-, Waisen- und Invalidenfasse einbehalten worden.

Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905.

In dem Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches 1908, I, werden als letzte Mitteilung der Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1905 Uebersichten über die Entwicklung der Reichsbevölkerung seit dem Jahre 1816, die natürliche und tatsächliche Bevölkerungszunahme in den einzelnen Volkszählungsperioden seit 1871 und den 526 Gemeinden des Deutschen Reichs mit mehr als 10000 Einwohnern veröffentlicht.

Aus der ersten Uebersicht ist zu ersehen, daß im ganzen Reich die Bevölkerung gestiegen ist. Die auf die mittlere Bevölkerungszahl berechnete durchschnittliche jährliche Zunahme schwankt zwischen 0,17 Proz. in der Volkszählungsperiode 1852 bis 1855 und 1,51 Proz. in dem Zeitraum 1896 bis 1900. Einige Landesteile, wie Ostpreußen, Westpreußen, Pommern und Posen, welche jetzt ein recht geringes Wachstum, zeitweise sogar eine Abnahme aufweisen, hatten früher ein starkes Wachstum. Andere Landesteile, wie Rheinland, Westfalen und Königreich Sachsen waren dagegen in steter starker Zunahme begriffen.

Die Uebersicht der natürlichen Bevölkerungszunahme, d. h. des Ueberschusses der Geborenen über die Gestorbenen, und der tatsächlichen Bevölkerungszunahme zeigt, daß bis zum Jahre 1895

Die natürliche Vermehrung der Bevölkerung immer eine größere war als das tatsächliche Wachstum, das also bis dahin immer eine Abwanderung stattgefunden hat; in den beiden letzten Volkszählungsperioden 1895 bis 1900 und 1900 bis 1905 ist dagegen eine Zuwanderung erfolgt.

Ein anschauliches Bild von der tatsächlichen Zunahme der Bevölkerung im letzten Jahrzehnt und von den Anteilen, die an dieser Zunahme der Geburtenüberschuss und die Wanderung hat, geben die dem Vierteljahrsschrift beigefügten drei statistischen Karten. Eine dritte Karte gibt die Dichte der Bevölkerung an, d. h. die auf einen Quadratkilometer durchschnittlich entfallende Zahl von Einwohnern.

Fachausstellung der Schuh- und Lederindustrie.

Die am 7. d. Mts. eröffnete und leider bereits am Mittwoch geschlossene Fachausstellung der Schuh- und Lederindustrie zeigte nicht nur den Fachleuten, welche enorme Fortschritte die Technik auf dem Gebiete der Schuhindustrie gemacht hat. In keinem Gewerbe hat wohl in den letzten zwanzig Jahren eine solche gewaltige Umwälzung stattgefunden wie in der Schuhwarenbranche. Was man noch vor wenigen Jahren für gänzlich unmöglich hielt, hat die moderne Technik erreicht. Hier zeigt sich aber auch zugleich die hohe Intelligenz der deutschen Arbeiter, denn nur mit einem tüchtigen Arbeiterstande ist es möglich, eine solche geradezu glanzvolle Ausstellung zustande zu bringen.

Was in der Ausstellung zunächst auffiel, war die große Zahl der Maschinen; hier fand man alle zur Herbeiführung nötigen Maschinen in voller Tätigkeit, daneben fertige und halbfertige Leder. Wenn sich heute noch der kleine Schuhmacher abquält, um mit Hammer und Meißel den Sohlen die nötige Festigkeit zu geben, besorgt diese Arbeit in Fabriken die Walzmaschine spielend leicht und exakt. Lederspoliermaschinen, Stanz- und Rehmaßmaschinen, diese erstern bedürfen nur eines Druckes auf die Feder, um sie in vollen Betrieb zu setzen.

Das größte Interesse erregte die Ausstellung der speziell zur Schuhfabrikation nötigen Maschinen. Die Deutsche vereinigte Maschinenfabrikation hat mit ihren Maschinen eine Seite der Halle voll besetzt. Diese Gesellschaft arbeitet mit einem Kapital von 800 Millionen Mark. Ihre Maschinen haben Weltmonopol. Die Maschinen dieser Gesellschaft werden nicht verkauft, sondern an die Schuhfabrikanten nur vermietet. Die in der Halle ausgestellten Maschinen waren in vollem Betriebe; an der ersten Maschine begann das Zuführen der Oberseite zum Schuh, dann ging die Leilung der Arbeit vor sich; von der einen Maschine zur anderen hat der Schuh so ungefähr zwei Dutzend Maschinen zu passieren; dann ist er fertig zum Verkauf. Welche schwere Arbeit ist es für den Schuhmacher im Handbetriebe, einen Rahmspiel einzustechen! Der gute Arbeiter braucht zu einem Paar Herrenschuhe einsetzende zwei Stunden, die Godebearbeitung-Maschine braucht zu dieser Arbeit 1 1/2 Minuten. Hier hätten alle diejenigen, welche noch glauben, dem Kleinhandwerk könne durch mittelalterliche Ränke noch einmal aufgehoben werden, Studien machen können; die Maschine betrieblen mehrere kleine Schuhmachermeister sehr aufmerksam; kopfschüttelnd gingen sie von dannen und der eine sagte: „Gebt man alles Hoffen auf!“

Gegenwärtig sitzt im Reichstage die Kommission zusammen und hält lange Beratungen über die Einführung des Beschäftigungsnachweises; ein Besuch dieser Ausstellung hätte vielleicht manchen Jüngling von der Jüngerei seiner Ansicht überzeugt. In der Abteilung der fertigen Schuhe war auf der Ausstellung der härteste Arbeitsschuh, Jagdschuh, Sandale bis zum feinsten Ball- und Gesellschaftsschuh vertreten. Einige Abteilungen hatten nur Kinder Schuhe ausgestellt; in großen und ganzen nur gute, geübene Arbeit.

Am auffallendsten zeigte die Ausstellung die großen Fortschritte in eleganten, feinen Schuhwaren. Noch vor wenigen Jahren war Wien der Ort, also die feinsten Schuhwerke und Pantalonschuh gemacht wurden; heute kann man mit Recht sagen, Deutschland und besonders Berlin steht mit der Fabrikation gerade dieser feinen Sachen an erster Stelle. Auch hier zeigte sich besonders die hohe Leistung der deutschen Arbeiter.

Während der Ausstellung fanden eine ganze Anzahl Kongresse statt. Die Schuhwarenhandwerker hatten längere Versammlungen. Bei allen war Organisation die Lösung. Die Schuhwarenhandwerker sind schon lange zu einem Verband über ganz Deutschland organisiert. Es gibt in Deutschland aber auch an 300 Engros-Schuhwarenhandlungen, unter diesen einige, welche im Jahre für einige Millionen Mark Waren umsetzen. Diese Großhändler haben nun am Montag auch einen Verband für ganz Deutschland gegründet. Die Schuh- und Schäftfabrikanten sind ebenfalls schon längst organisiert.

Was solche Organisationen bedeuten, wissen die Arbeiter am besten. Mögen auch sie alle, die in der ganzen Schuhbranche beschäftigt sind, dafür sorgen, daß auch der letzte Arbeiter sich der Organisation anschließt.

Gerichts-Zeitung.

Schadenersatzpflicht des Theaterdirektors wegen zu frühzeitig erfolgter Abstellung der elektrischen Beleuchtung.

Die frühere Opernkommission O. hatte gegen die Gesellschaft Zentral-Theater in Chemnitz resp. gegen den Direktor J. Schadensersatzansprüche erhoben, da sie auf dem Rückwege vom Souffleurlosten durch die erste Unterbühne wegen der dort herrschenden Dunkelheit mit ihrem Kopf an einen horren Gegenstand gestoßen war und sich dadurch Schaden zugezogen hatte.

Das Landesgericht Chemnitz und Obergerichtsgericht Dresden nahmen an, daß beide Teile ein Verschulden triffe. Den Beklagten deshalb, weil er nach § 278 D. O. B. für das Verschulden seiner Angestellten, die seine Verbindlichkeiten erfüllen sollten, ebenso haften, wie für sein eigenes Verschulden. Dieses Verschulden liege aber darin, daß die Beleuchtung, zu der er verpflichtet war, zu frühzeitig von dem damit Betrauten aufgehoben worden war und zwar durch Verschulden seines gesetzlichen Vertreters, des Geschäftsführers. Die Klägerin selbst triffe aber auch zu einem Drittel ein Verschulden, da sie im finsternen Teil der Unterbühne weitergeschritten sei. Das Obergerichtsgericht erkannte somit die Ertragansprüche der Klägerin nur zu zwei Dritteln dem Grunde nach für gerechtfertigt an.

Die vom Beklagten gegen das obergerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom 2. Zivilsenat des Reichsgerichts zurückgewiesen.

Ein Schuhmann als Verführer.

Das Landgericht Hamburg hat am 10. Dezember v. J. den Schuhmann Wilhelm Ernst von der Anklage der Verführung freigesprochen. Er war angeklagt, ein noch nicht 16 Jahre altes, unbescholtenes Mädchen im Juli 1907 verführt zu haben. Das Gericht glaubte ihm auf diese Anklage hin nicht verurteilen zu können, da es als erwiesen ansah, daß er daselbst Mädchen bereits im April verführt hatte. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob am Montag das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Wenn sich in der Hauptverhandlung herausstellt, daß Ort, Zeit oder nähere Umstände der Tat andere sind, als sie in der Anklage angegeben sind, so muß der Richter auf diese Veränderung eingehen und die Sache, falls der Angeklagte erklärt, darauf nicht vorbereitet zu sein, vertagen. Eine Freisprechung lediglich aus dem Grunde, daß die Handlung nicht an dem angegebenen Orte erfolgt sei, würde dem Angeklagten das Recht geben, später einer neuen Anklage den Einwand der abgeurteilten Sache entgegenzusetzen.

Die Halberstädter Würschchen

befähigten am Montag das Reichsgericht. Der gute Ruf, den die von der Firma Halberstädter Wurst- und Konserverfabrik Meine u. Co., begründet 1898, gefertigten Würschchen in Westfalen

erlangt haben, veranlaßte den Materialwarenhändler und Fleischer Richard Meine, mit seinem Schwiegervater, der in Wehrstedt Würschchen fabrikierte, ebenfalls eine Fabrik zu begründen, die er Halberstädter Wurst- und Konserverfabrik Meine u. Co. in Halberstadt-Wehrstedt nannte. Der Inhaber der erstgenannten Firma, Fabrikant Friedrich Meine, ging zunächst auf dem Bismarckweg gegen ihn vor und verlangte, daß er als Eih seiner Fabrik „Wehrstedt bei Halberstadt“ angebe. Er stellte dann auch Strafverfahren gegen Richard Meine wegen Vergehens gegen §§ 14 und 15 des Warenzeichengesetzes, weil Richard Meine die Umfassung der echten „Halberstädter“ nachgemacht hatte. Das Landgericht Halberstadt verurteilte am 28. September v. J. Richard Meine zu einer Geldstrafe von 400 M. und zur Zahlung einer Buße an die Nebenklägerin Meine u. Co. Auf die Revision der Angeklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Daß der Angeklagte die Firma Meine u. Co. widerrechtlich benutzt hätte, ergibt sich nicht aus dem Urteile. Die Nebenklägerin hat nur die Beglaubigung gewisser Aufsätze verlangt, die geeignet seien, eine Verwechslung herbeizuführen. Aber auch die Anwendung des § 15 des Warenzeichengesetzes erscheint bedenklich.

Verfammlungen.

Der Zentralverband der hausgewerblichen Hilfsarbeiter (Zweigeverein Berlin und Umgegend, hielt am Sonntag in Freyers Festsälen, Kappelerstr. 20, eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab. Zunächst wurde das Wahlergebnis von der Vorstandswahl bekanntgegeben. Das Wahlergebnis ist: Wilhelm Rood, 1. Bevollmächtigter; Hermann Rorgel (von der bisherigen lokalen Richtung), 2. Bevollmächtigter; Karl Gräber, 1. Kassierer; R. Berger, 2. Kassierer; Dr. Bloß, Schriftführer; Beisitzer wurden Otto Baum (bisher lokal), Hans Duppe (von den Eisenern), Karl Krüger, Wilhelm Heidemann, Karl Schröder, Albert Fritze. — Ein Mitglied beantragt, Schröders Wahl zu beanstanden. Es wurde beschlossen, die Angelegenheit zur Erledigung an die Vertreterkongressur zu überweisen. Der erste Kassierer Gräber gab dann eine Lebensbericht über die Abrechnung pro 4. Quartal 1907, in welchem erst Wötter und dann der des Amtes entsetzte Lehmann die Kasse führten. Ein schließlich eines Bestandes vom 3. Quartal in Höhe von 46 086,10 Mark betrug die Gesamteinnahme 104 803,43 M. Die Gesamtausgabe betrug 59 194,14 M., so daß für das neue Quartal ein Bestand von 45 609,29 M. verblieb. Es wurde beschlossen, daß die Bezirkskassierer bei ihren Abrechnungen allwöchentlich sämtliche Marken und sämtliches Geld vorzulegen hätten. — Dem Kassierer Gräber wurde Decharge erteilt.

Der Geschäftsbericht über das Jahr 1907 lag der Versammlung gedruckt vor. Der Bevollmächtigte Rood sprach dazu einige einleitende Worte, in denen er der vorjährigen Bewegung gedachte, die er als verfahren kennzeichnete. Allerdings meinte er, wäre der Kampf mindestens vier bis fünf Wochen früher beendet gewesen, wenn die Arbeiter denselben beherrschenden Schutz gehabt hätten, wie die Unternehmer. Für den Fall, daß demnach der Beschäftigungswieder aufgenommen werden müßte, appelliert er an die Kollegenschaft, den Führern besser zu folgen, wie im vorigen Jahre. Warnung sei man zeitig genug.

Der gedruckte Bericht selbst läßt sich eingehend über die große Bewegung des letzten Jahres und über die Einzelbewegungen verschiedener Gruppen aus, sowie über eine Anzahl Berufsorgänge und über die Geschäftsführung. Die Hauptzahlen der Jahresabrechnung sind: Einnahme 337 530,84 M., Bestand vom Jahre 1906 dazu mit 51 531,00 M., ergibt eine Gesamteinnahme von 419 061,83 M. Die Gesamtausgabe betrug 373 442,64 M. Bestand beim Beginn des neuen Geschäftsjahres also 45 609,29 M. — Einnahmen und Ausgaben der Hauptklasse belanzierten 1907 mit 171 417,45 M. — An Streikfondsbeiträgen wurden von der Lokalkasse 52 911 M. eingenommen. — Die Einzelabrechnung der Lohnbewegung im vergangenen Jahre weist an Einnahmen und Ausgaben 556 608,75 M. auf. — Ueber diesen Jahresbericht wurde lebhaft diskutiert, namentlich über die Erfahrungen der großen Bewegung. Aus allen, auch aus kritischen Ausführungen, klang die Mahnung hervor: Seid einig und stark!

Als Revisoren wurden Krieger, Geißeler und Ruppel gewählt. Mit der Vertretung in der Gewerkschaftskommission betraute man Rood, Rorgel, Gräber und Berger.

Gräber berichtete dann über die Angelegenheit der Dachdeckerhelfer. Diese hätten mit Hilfe des Verbandes wesentliche Vorteile erlangen. Gleichwohl habe ein Teil nachdem gewisse Differenzen in Unterstufungsangelegenheiten zum Anlaß genommen, dem Bauarbeiterverband den Rücken zu kehren. Die Deute seien zum Teil vom Dachdeckerverband als Mitglieder aufgenommen worden, obgleich sie in den Bauarbeiterverband hineingehörten. Die Angelegenheit sei bis vor die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gebracht worden. Diese habe sich damit beschäftigt schließlich aber erklärt, daß sie hinsichtlich der Zugehörigkeit der Dachdeckerhelfer zu der einen oder der anderen Organisation keine Entscheidung treffen könne und wolle. Sie überläßt es den Organisationen, selbst darüber zu entscheiden. Im Bauarbeiterverband sei man der Meinung, die Dachdeckerhelfer gehörten als Bauhelfer in den Bauarbeiterverband, während die Dachdecker erklärten, daß sie zu ihnen gehörten. Redner forderte die Versammelten auf, die Dachdeckerhelfer überall darauf aufmerksam zu machen, daß sie nur dem Bauarbeiterverband angehören könnten. — Krause schloß sich dem an. — Baum (bisher lokal) hebt hervor, daß nach Vollzug der Einigung der beiden Organisationen der Bauarbeiter heute die erste gemeinsame Versammlung sei. Wenn er und seine Freunde von der bisherigen Lokalorganisation den Schritt hinüber zum Verband getan hätten, so sei dies in der vollsten Ueberzeugung geschehen, daß dem immer enger und enger sich zusammenschließenden Unternehmertum eine geeinte starke Arbeiterschaft entgegenstehen müsse. Er erinnert an das Vorgehen der Unternehmer im Baugewerbe, die jetzt den deutschen Bauarbeitern der verschiedenen Berufe und Gruppen einen „Kulturkristall“ aufhängen wollten. Jedes bittere Gefühl, das vor der Einigung aufgekommen sei zwischen den Kollegen der verschiedenen Organisationen, müsse jetzt schwinden. Und auch den Kollegen, die gegen die Einigung waren, müsse aus den Worten nahegelegt werden, daß es jetzt gelte, die Bruderhand zu fassen und jede Voreingenommenheit fallen zu lassen. (Beifall) Im selben Sinne sprach R u. d. Dann trat Schluß der Versammlung ein.

Die Sektion der Suder vom Zentralverband der Maurer hielt am Sonntag in den Kriemhellen ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehre die Versammlung in üblicher Weise das Andenken der verstorbenen Mitglieder Wilhelm Kuendorf, August Straße, Reinhold Dunkel und Karl Lufski. Dann gab das Wahlkomitee folgendes Resultat der Vorstandswahl bekannt: 1. Vorsitzender Ernst Schulze, 2. Ferdinand Grotzmann, 1. Kassierer Karl Lehnig, 2. Franz Mülyer, Schriftführer Paul Sinnerich, Revisoren: Gustav Lehmann, Julius Reilmann, August Kiel. Ein Antrag der Charlottenburger Kollegen, für das Charlottenburger Volkshaus einen Zuschuß von 60 M. zu erhalten, wurde gegen 80 Stimmen angenommen. Auch der Antrag des Bezirks Wilmersdorf: die Arbeitslosenabstemmelung in den Bezirken auch in den Sommermonaten vorzunehmen, wurde gegen eine Stimme angenommen. Es hat sich demnach jeder Kollege am Freitag oder Sonnabend gegen Vorzeigung der Invalidenkarte in den Bezirkslokale, welche noch durch eine Annonce im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden, zu melden und erhält dann einen Arbeitslosen-Stempel ins Verbandsbuch. Die Arbeitslosenmarken können dann auf Platten gezeichnet werden oder im Bureau gegen Vorzeigung des Verbandsbuches in Empfang genommen werden. Eine nachträgliche Meldung wird unter keinen Umständen anerkannt. Auch können die Kollegen sich im Bureau Sophienstr. 8 melden. Dann gab der Vorsitzende Ernst Schulze einen Situationsbericht und

weist darauf hin, daß die Unternehmer den Plan haben, die Arbeitslöhne in schamloser Weise herunter zu drücken. Unter allen Umständen sei aber die Forderung des Achtstundentages und der 8 M. Abschlagszahlung festzuhalten. Auch machte Redner auf das Rundschreiben des Arbeitgeberbundes aufmerksam, welcher plane, am 1. April überall da, wo kein Vertragsverhältnis bestehe oder der Mustervertrag nicht anerkannt wird, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen. Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen, kräftige Agitation für unseren Verband zu entfalten. Auch werden die Kollegen ersucht, sich an der Jungbäckerbewegung, welche am 15. März stattfindet, regen zu beteiligen. Auch findet am 19. März in Freyers Sälen, Kappelerstr. 20, eine öffentliche Tagungsversammlung statt.

Industrieverband oder Berufsorganisation. Mit dieser Frage beschäftigte sich am Dienstag eine Versammlung des Zentralverbandes der Fleischer. In einer früheren Versammlung hatte ein Referent und ein Korreferent über diese Frage gesprochen; in der gegenwärtigen Versammlung wurde die Diskussion fortgesetzt. Es handelt sich um die Frage des Zusammenschlusses der Verbände der Wälder, Fleischer, Drauer und Mühlenarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation für die Nahrungsmittelindustrie. Eine Konferenz der Vorstände der genannten vier Verbände hat sich im Prinzip für den Zusammenschluß erklärt und den Mitgliedern empfohlen, die Frage zu diskutieren, worauf eine zweite Vorstandskonferenz stattfinden und schließlich durch Generalversammlung oder Urabstimmung der beteiligten Verbände die Angelegenheit entschieden werden soll.

In der Versammlung wurden die Gründe, welche für und gegen die Verschmelzung sprechen, eingehend diskutiert. Es wurde auf der einen Seite hervorgehoben, daß durch die Verschmelzung die Geschäftsführung vereinfacht, die Agitation erleichtert und die wirtschaftliche Kampffähigkeit der Organisation erhöht werde. Die Redner der anderen Seite meinten dagegen, es sei doch bedenklich, die Selbstständigkeit der Berufsorganisation aufzugeben, es sei zu befürchten, daß die Interessen der Fleischer als kleinerer Sektion in einem großen Verbände nicht genügend berücksichtigt werden. — Nach einem Schlußwort des Referenten Krause, der für die Verschmelzung eintrat, und des Korreferenten, der sich gegen dieselbe erklärte, lehnte die Versammlung mit 54 gegen 16 Stimmen die Verschmelzung ab.

Verband der Freigeistlichen Deutschlands. (Zweigeverein Berlin und Vororte.) Heute abend 9 1/2 Uhr Rosenhellerstr. 37: Jahrtabend mit Diskussion.

Eingegangene Druckschriften.

Inr Frauentrage. Ein Vortrag, gehalten in der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft zu Berlin von Dr. H. Thiel. Gehftet 75 Pf. (Stuttgart, Deutsche Verlagsgesellschaft).

Der Kampf. Heft 6. Sozialdemokratische Monatschrift. Jahresabonnement 6 Mk. Vierteljährlich 1 50 Mk. Einzelheft 50 Heller. Verlag: Wien, Mariahilferstr. 20.

Wie kann man Fleisch ersparen? Von Wanda Neiser-Friedrich. 1. H. Verlag: A. Gretzlein in Leipzig.

Adolf Virroenge zum 70. Geburtstag von Walter Lutz. 29 Seiten. Virroenge Verlag, Charlottenburg, Kantstr. 8.

„Roland“, Monatschrift für heimatliche Erziehung. Heft 3. Herausgegeben von einer Vereinigung Bremischer Lehrer. Einzelheft 40 Pf. Verlag: H. Janssen in Hamburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungssitz Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Brüder August Müller am 10. d. M. an Herzschlag gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luthenkirchhofes in Rydlof, Hermannstraße, aus statt. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Hermann Dombiek am 9. d. M. an Herzleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Nissenweder Nr. 29b bei Spandau, statt. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schüler Willi Kitchler am 8. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luthenkirchhofes in Rydlof, Hermannstraße, aus statt. Regre Beteiligung erwartet. Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zentrale Berlin.) Am Dienstag, den 10. März, verstarb unser Mitglied Herm. Speckmann. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Bauhelfervereins Friedrichshagen, aus statt. Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter Luise Kulisch geb. Voigt am Dienstag, den 10. März, nach langem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Gemannsgemeinde, Nordend, aus statt. Der trauernde Gatte Emil Kulisch, Salzmilch, nebst Kindern, Neunerstraße 21.

Frau Henschel. Miina Henschel. Dankagung. Allen Verwandten und Kollegen für die Teilnahme an der Beerdigung meines Mannes sage hiermit meinen herzlichsten Dank. 22512 Frau Lehm nebst Angehörigen.

Blumen- u. Kranzbinderei von Aug. Meier, 6113 nur Düsseldorfstr. Nr. 37a.

Westmanns modernes Trasermagazin für Damen- und Kindergarderobe. Hauptgesch.: W., Mohrenstraße 37a, a. d. Kolonnad. Filiale: O., Gr. Frankfurterstraße 118, 2. Hans an der Andreasstraße. Yorkanz konkurrenzl. Preis. Besucht d. Firma v. Hausmann. liegt in ihrem Interesse. Bei Einkauf v. M. 30.— an ein eleg. Trauerhut gratis.

Nachr. Nach schwerem, langem Leiden verschied am 8. d. M. unser verehrter Onkel, Herr Paul Joseph. Wir werden seiner nicht in Ehren gedenken. 6088 Die Arbeiter u. Arbeiterinnen der Firma Bernhard Joseph.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 12. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Reiterlinge von Nürnberg (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Habsburgerin.
Theater. Was ihr wollt.
Kammertheater. Spitzkraut (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Opernhaus. Der Opernball.
Neues Schauspielhaus. Wey dem der Welt.
Lestung. Das Tal des Lebens.
Neues. Simon.
Lorsing. Der Trompeter von Säckingen.Verliner. Fächer-Spiel.
Kammerspielhaus. Panne.
Süßler. O. (Wagner-Theater.)
Schiller-Charlottenburg. Kaiser und Gallier.
Theater an der Spree. Ungültig.
Königliche Oper. Die Fledermaus.
Klein. 2 x 2 = 5.
Friedrich. Wilhelmstraße. Schauspielhaus. Hofmanns Köcher.
Hebbel. Frau Warrens Gewerbe.
Weihen. Ein Walzertraum.
Reibens. Die seltsame Octave.
Central. Ein seltsamer Fall.
Luisen. Des Mädchens Lebensweg.
Thalia. Immer oben auf.
Trianon. Baron Loto.
Bernhard Hofe. Trübe.
Wierpsol. Das muß man sein.
Elyssa. Wladimir der Moderne.
Hoftheater. Sozialisten.
Hoftheater. Jeunesse dorée.
Mal was anders. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Sehr. Herrschfeld. Papa und Genossen.
Salomonisches Urteil.
Bürgerl. Schauspielhaus. Nachmann als Erzähler.
Kaffins. Die Frauen der Gänsehöcker.
Verodie. Lammhauer. Nachspiel.
Ronna Hanna.
Wintergarten. Spezialitäten. Ringlamp-Konkurrenz.
Wahlige. Madame Canale. Spezialitäten.
Reichshallen. Steffner Sänger.
Gustav Behrens. Spezialitäten.
Carl Haverland. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Hoftheater. Spezialitäten.
Hoftheater. Spezialitäten.
Wafah. Ringlamp-Konkurrenz. Spezialitäten.
Urania. Kandenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Rota und die Perambolen.
Orchestra 8 Uhr: Professor Rathgen: Fidel, Kobalt, Mangan und Chrom.
Sternwarte. Anwaltsstr. 67/68.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr: Schauspiel Hansi Niesl;
Die Förster-Christl.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Simon.
Ferdinand Bonn als Gast.
Freitag und Sonnabend: Simon.
Sonntag: Neu einstudiert: Reizner Parzellen.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.
Freitag und Sonnabend:
2 mal 2 = 5.
Theater des Westens.
8 Uhr: Ein Walzertraum.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Halb die Welt;
Die lustige Witwe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Hasemanns Töchter.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Hofmanns Töchter.
Sonnabend: Der gekörnte Eingicht. Siegfrieds Tod.
Lortzing-Oper.
Belle-Alliance-Straße 7/8.
Abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: Don Juan.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Preis.
18 Uhr: Abends 8 Uhr: Die Habsburgerin.

Residenz-Theater.
— Direction: Richard Alexander. —
8 Uhr. „Bibl.“ 8 Uhr.
Schwan in 3 Akten von de Gorffe und de Marfan.
Hierzu: Der seltsame Octave.
Sonnabend, den 14. März, zum erstenmal: Der Fled im Ohr.
Sonntag, den 15. März, 3 Uhr: Haben Sie nicht zu verzocken?
Hebbel-Theater. Amniggrüder.
Abends 8 Uhr zum 100. Male:
Fran Warrens Gewerbe.
Drama in drei Akten von H. Schom.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Panne.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Traubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Kairo und die Pyramiden.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Rathgen: Nickel, Kobalt, Mangan und Chrom.

Neues Operetten-Theater
Anfang 8 Uhr.
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Blaubart.
Zentral-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Zum 109. Male:
Ein seltsamer Fall
mit Alwin Neuß.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Des Mädchens Lebensweg.
Freitag: Robinsons Eiland.
Sonnabend 4 Uhr: Doornböcken.
Abends: Krieg im Frieden.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Des Mädchens Lebensweg. Abends zum erstenmal: Die Raschneider von Berlin.
Montag: Raschneider von Berlin.

Theater an der Spree.
Rödenker Straße 68.
Täglich 8 Uhr:
Ungültig.
In Vorbereitung:
Der Onkel aus Kottbus.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Trilby.
Anfang 8 Uhr. Bodeningstraße.
Freitag: Die Heiratssache.

Metropol-Theater
Abends 8 Uhr:
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Holländer. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultze.
Bender, Giampietro, Josephi, Thielscher, Barmand, Massary.
— Ranchen überall gestattet. —
Sonntag, 18. März, nachm. 3 Uhr: Neuestes! Allerneuestes!

WINTERGARTEN
Genaro u. Theol, equilibrist. Produktion. — Der Biograph, der enge Schah. — Die vier Bracks, Akrobaten. — Hania de Vert, Sängerin. — De Dio, Phantasiestänzerin. — Truly Shattuck, amerikan. Sängerin. — Marquis Dasso, dressierte Ponys. — Die Tiller Girls, engl. Gesangs- u. Tanztruppe. — Paul Jülich, Humorist.

Große Ringkampf-Konkurrenz
um die Sieges-Prämie von 10000 Mark.
Erstes Auftr. d. Welt-Champion Iwan Padoubny, Rußland.
Heute ringen:
Iwan Padoubny, Meister, Rußland, gegen
Bambula, West-Indien.
Willy Chase, Singhaiese, gegen
Noël le Bordelais, reich, Frank.
Entscheidungskampf Max Schneider, Berlin, gegen Antonitch, der serbische Riese.

Palast-Theater
Burgstr. 24. Hof. Hofe.
Ringkampf-Konkurrenz
Wird von Berlin:
10000 Mark.
Pohl-Abt II, Deutschland, gegen Sankoff, Sibirien.
Gohardt, Berlin, gegen Pugatechoff, Rußland.
Wolof, Berlin, gegen Paxon, Amerika.
Rödi, Dapern, geg. Hallmann, Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe: 9 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Phyllis.
Aufspiel in 3 Akten v. Joh. Biegand.
Hierzu: Die Lore.
Romöle in 1 Akt v. D. G. Hartleben.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Weg zum Hosen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Phyllis. Hierzu: Die Lore.
Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg.
Freitag 9 Uhr: Vortrag von Dr. Leopold Girschberg: Giuseppe Verdi.

Garrisonscher Volks-Opern-Verein.
Volkstüml. Vorstellungen
Lortzing-Oper
Belle-Alliance Straße 7/8.
Dienstag, den 17. März. Anfang 8 Uhr: Der Waffenschmied.
Romische Oper in 3 Akten von Lortzing.
Mittwoch, den 18. März. Anfang 8 Uhr: Fidelio. Oper in 2 Akten von Beethoven.
Sonnabend, den 21. März. Anf. 8 Uhr: Fra Diavolo. Romische Oper in 3 Aufzügen von Weber.
Freie der Blöße sowie Bittelverkauf: Im Kaufhaus des Westens; im Figarogeschäft Paul Reih, Friedrichstr. 138; Paul Ortmann, Friedrichstr. 101; Karl Schmölle, Friedrichstr. 209; Paul Juhl, Martin-Luther-Str. 81; Paul Juhl, Körnerbergstraße, Ecke Körnerbergplatz; Wilhelm Klein, Königgrüßer Straße 17 sowie durch die Geschäftsstelle des Vereins 22503.
Albrechtstraße 14, Aufgang B.
Bei telefonischen Bestellungen Amt III, 634 und IIIa, 7097 auf Wunsch Zuforderung.

Sonnabend, den 14. März 1908
in Kellers Festsaal (Inh. Freyer), Köpenickerstr. 29:
Frühjahrs-Vergnügen der Klemptner.
angeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester.
Dirigent: Rud. Tietz.
Nach dem Konzert: **Großer Ball.**
Anfang 8 1/2 Uhr. — Billets 30 Pf.
Billets sind bei den Kommissionsmitgliedern, Vertrauensleuten und in den Zahlstellen zu haben.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Die Branchenkommission: I. A. J. Dietrich, Straßmannstr. 33.

Zirkus Schumann
Gute Donnerstag, 12. März, abends 7 1/2 Uhr:
Große außergewöhnliche Vorstellung Die große funktionsfähige
Anstattungs-Pantomime AMERIKA
mit eigens dazu engagierten 120 schwarzen Leuten.
Gewaltige Wasser- und Dichtschiffe, dempöden Balletts, Reigenauff., Reitermännern auf improvisierten Reulieren, Feuerzeichen aller Nationen und einer Dreig-Dampflüge in Tätigkeit. Noch immer Tagesgespräch!
Mr. Resisto
der tollkühne Amerikaner, der elektrische Räder.
Das Programm des. aus 12 ersten Folgen Nummern.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthaler Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue März-Programm.
Die heiligen Chinesen
in ihren geheimnisvollen Sitten und Gebräuchen.
Gauler und Hauserspiele.
Koffa — der Mann mit dem brechbaren Kopf — und die übrigen internationalen Künstler.
Tunel: Hochbierfest, Reg. Kapelle, Sänger, italienisches Orchester.
Theaterbesucher freier Eintritt.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Manako
Japans größte Tragödin mit ihrem Ensemble
und das glänzende März-Programm.

Gustav Behrens-Theater.
Berlin W., Götzstr. 2.
Gr. Damen-Ringkampf
Drei gekrönte Ringkämpfer.
Real Richter als Walzerkönig.
Voffe in 1 Akt.
16 Spezialitäten. Dufres Bitograph.
Anfang 8 Uhr Sonntag 8 1/2 Uhr.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich
Deutsch-Amerikanischer Urbock-Trubel.

Freie Volksbühne
Sonnabend dieser Woche, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des Konzert-Etabliss. Friedrichshain:
März-Feier
mit darauffolgendem Ball
Mitwirkende: Männerchor Kreuzberger Harmonie, Sinfonie-Orchester. Dirigent: C. Zimmer. Rezitation: Magnus Stin (Berliner Theater).
Postmarken a 60 Pf. in allen Zahlstellen zu haben.

Am Freitag dieser Woche
Luisen-Theater
23. (III.) Abendabteilung:
Robinsons Eiland.
Gastkarten a 1 M. an der Theaterkasse beim Obmann.
Sonnabend, den 15. März, nachm. 3 Uhr:
Berliner Theater
7.8. Abteilung:
Das Wunder des heilig. Antonios.
Der Arzt seiner Ehre.
Lortzing-Theater
21. (I.) Abendabteilung:
Figaros Hochzeit.
(Geschlossen.)
Neues Schauspielhaus
20. Abteilung:
Iphigenie auf Tauris.

28. Kunstabend im Rathause
Sonnabend, 21. März, 8 1/2 Uhr:
Kammermusikabend
unter Mitwirkung der Geigenkünstlerin Frau Dr. Rothstein-Steiner.
Eintrittskarten a 35 Pf. in den Zahlstellen.
240/11 Der Vorstand. In Vert.: G. Wulfer.

Stadt-Theater Moabit.
III-Moabit 47-49.
Donnerstag, den 12. März 1908:
Die Elfe vom Erlenhof
oder:
Schuld und Sühne.
Schauspiel in 5 Akten v. E. G. Staud.
Nach der Vorstellung:
Großer Ball.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
Anfang 8 Uhr. Sowerk 11-12 Uhr.
Jedes Wort ein Schlager!
so lautet das Refrain über
Salomonisches Urteil.
Nachspiel zu
Papa und Genossen
Beide Stücke mit den Autoren
Klein und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Sonntag 3 Uhr:
Gö liebe das Hochleben.

W. Noacks Theater
Direction: Rob. Oll. Oranienstr. 10.
Auf allgemeinen Wunsch:
In der Irre.
Schauspiel in 3 Akten. „Morgenpost“-Roman.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Kommenden bedeutende Uebersetzung.
Sonnabend: Verführt und erlöset, oder: Die Verlassenen.

Rafino-Theater.
Rafingerstr. 87. Täglich 8 Uhr:
Nur noch bis
Donnerstag, den 19. März:
Die freuden d. Häuslichkeit.
Freitag, den 20. März, zum erstenmal: **Die Rantsan.**
Sonntag 4 Uhr:
Heirat auf Probe.
Trianon-Theater.
8 Uhr. Baron Toto. 8 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Fräulein Josette — meine Frau.

Happoldts
Neuer Konzertsaal.
Gr. Militärkonzert.
Nachdem: Ball.

Passage-Panoptikum.
Deutschlands größter Soldat
Josef Schippers der lange Karl.
Kunsttaucher
Kapt. Gröbl m. a. Riesenbaas.
Stollan. Briganten-Kapelle.
Ohne Extra-Entrée!
Eintr. 50 Pf. Kind u. Sold. 25 Pf.

Rixdorfer Theater
Bürgerstr. 147.
Sonntag, den 15. März 1908:
Unsere Frauen.
Aufspiel in 5 Akten von Peter und Schönlank.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Bürgerl. Schauspielhaus
Prater-Theater
Donnerstag, den 12. März:
flohmann als Erzähler.
Morgen:
Hofgunst.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: Neu:
Husaren-Streiche.
Anfang: 8
Sonnt. 7 1/2

Sanssouei
Kottbuser Straße 6.
Direction: Wilhelm Raimor.
Gute Donnerstag:
Neues **Elitesoirée** Tanz-
Prog. v. Hofmanns World-Sänger
Judeuber Beifall!
Messerschmid
Neues Soiree-Programm.
Beg. Com. 2. moent. 8 1/2

Buggenhagen
Moritzplatz.
www.kunstpanoptikum.de

Albert Böhme
und das
großartige März-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Entrée 50 Pf. Saal. reserv. 1 M.
Entrée 50 Pf. Familienbill. a 40 Pf.
Die unteren Rangstufen täglich
bis allerersten Militär-
Kapellen: Beier, Wegmann,
Möckel, Neumann, Offener,
Lüttich.

F. F. Emil Schmidt.
Restaurant,
Lindenstr. 3. 2. Hof gut.
Sonntag nachm. von 3 Uhr
Gemüthlicher
Müme a. Berl. 80-120 Verl.
Sohl. d. Refektor. Verh. Zahlabend.

Bock, Fenn-
str. 16
empfeht seine erstklassigen
Fabrikate in
Möbeln,
Spiegeln u. Polsterwaren
zu den besten billigen Preisen
und bietet um Besichtigung ohne
jeden Kaufzwang.
Vorzeiger dieses Interests
gewährt 5 Proz. in bar.

Genossinnen! Sechster Wahlkreis. Genossen!

Donnerstag, den 12. März, abends 8 Uhr, im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünder Straße 42:

Volkversammlung.

Tages-Ordnung:
Die wirtschaftliche und politische Stellung der Frau in der heutigen Gesellschaft. Referent: Reichstagsabgeordneter Böhle (Straßburg).
Zahlreichen Besuch erwartet.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Wir empfehlen folgende Neuerscheinungen:
Sozialdemokratische Agitationsbibliothek
Heft 11:
Wahlrecht und Wahlrechtsdemonstrationen vor dem deutschen Reichstage Preis 20 Pf.

Der Klassenkampf des Proletariats von Parvus.
Heft 1:
Der gewerkschaftliche Kampf. Preis 15 Pf.

Die Klassegegensätze im Zeitalter der franz. „Revolution“
von Karl Kautsky.
Preis Brosch. 75 Pf., geb. 1 M.

Expedition d. „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Zahn-Klinik. beliebige Teilzahlung.
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

Husten, Heiserkeit besonntigen wunderbar leicht und schnell die berühmten
Hustentropfen
von Otto Reichel.
Nur echt mit Marke „Medico“
Zi. 50 Pf. u. 1.-

Vor Nachahmungen jeder Art muß dringend gewarnt werden. In den meisten Drogerien und bei Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Gardinen

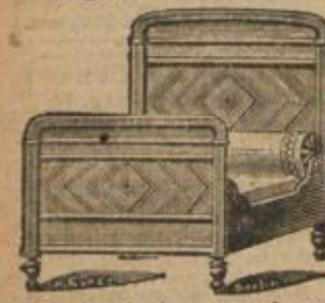
Stores, Steppdecken werden wegen Erbschaftsregulierung preiswert ausverkauft.
Grüner Weg 80, parterre.

Gardinen, Vorhänge, Decken, Federbetten, Bettmöbel, Bilder, Uhren auf Teilzahlung. Nur Vorkasse erbeten.
L. Matzner, Auguststraße 50.

Kein Laden! Guter Schnitt!

Neu eingerichtete Detail-Abteilung. **Berl. Herren-Bekleidungs-Industrie!**
Grüner Weg 8, links.
Ab 10. März 1908 verkaufen an das w. Privatpublikum die in eigenem Betriebe hergestellten Herren- und Burschen-Garderoben!
Da wir keine Laden- und sonstige dazu gehörigen Ausgaben haben, so sind wir in der Lage, die Preise sehr vorteilhaft zu stellen!
Unsere Anfertigung nach Maß unter Garantie für guten Sitz machen wir besonders aufmerksam, nehmen auch Stoffe zur Verarbeitung nach Maß an!
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet!

Wohnungen Erdgeschoss, 16, zwei bis ein Zimmer sofort.
Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert! Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den Anzeigenteil bekannt: E. G. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher Buchverlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonnabend, den 14. März 1908, abends 8 Uhr: Bezirks-Versammlung für Spandau und Umgegend

im Lokal von Runkle, Spandau, Schönwalder Str. 80.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Hartmann über: „Das Recht der Arbeiter-Kasse.“ 2. Diskussion. 3. Wahl der Arbeitslosenkontrollen. 4. Anträge und Verhandlungsangelegenheiten.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 16. März, abends 8 Uhr: General-Versammlung in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht der Ortsverwaltung für 1907. 2. Rassenbericht und Bericht der Revisionen. 3. Neuwahl des ersten Bevollmächtigten, des zweiten Kassierers, zweier Revisionen und zweier Beisitzer. 4. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress. 5. Aufstellung der Kandidaten zum Kongress. 6. Endgültige Stellungnahme zu dem Antrag betreffend die anderweitige Zusammenfassung der Generalversammlung. 7. Festsetzung der Urabstimmung hierüber. 8. Anträge, die der Verwaltung gelangte Anträge.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, den 15. März, vormittags 9 1/2 Uhr, pünktlich: Gemeinsame Mitglieder-Versammlung

der in beiden Verbänden organisierten Schmiede im gr. Saale des Gewerkschaftshauses, Engelafer 15.
Tages-Ordnung:
1. In die Verschmelzung beider Verbände zweckmäßig? Referent: Kollege W. Eggert, Metallarbeiter-Verband. Korreferent: Kollege K. Kamps, Schmiede-Verband.
2. Diskussion.
Kollegen beider Organisationen, wir richten an Euch das dringende Ersuchen, in dieser Versammlung vollständig anwesend zu sein. Es ist unbedingte Pflicht aller Kollegen, für einen guten Besuch dieser wichtigen Versammlung, welche pünktlich eröffnet wird, zu agieren.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Ohne dasselbe hat kein Kollege Zutritt.
Die Ortsverwaltung des Verbandes der Schmiede.
V. V.: Wilhelm Siering.
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.
V. V.: Adolf Cohen.

Kapitän-Kautabak

echt haben will, achte auf den in jedem Stück liegenden Zettel oder auf das Etikett der 10 Pf.-Rollen mit Aufschrift
Kapitän-Tabak, gef. gel. 2129*
Gen.-Vertr.: C. Röcker, Berlin O., Gruner Weg 112, Amt 7, 3861
Vor Nachahmung wird gewarnt.

Zentralverband der Steinsetzer, Pflasterer u. Berufsgen. Deutschlands.

Achtung!

An die Verbands-Genossen der Filiale Groß-Berlin der Steinsetzer, Pflasterer und Berufs-Genossen Deutschlands.
Den Verbands-Genossen zur Kenntnis, daß am Montag, den 9. d. Mts., der paritätische Arbeitsnachweis in Kraft getreten ist und werktäglich die Eintragungen in den Listen bezw. die Arbeitsvermittlung von nachmittags 4-7 Uhr im Städtischen Zentral-Arbeitsnachweis, Rüdertstraße 9, linker Ausgang II, für Fach-Arbeitsnachweis unter Vorzeigung der Legitimationspapiere erfolgen.
Die Ortsverwaltung.

M. Krügers Speise-Leinöl

ist das beste, täglich frisch und garantiert rein. — Hausfrauen! Wenn Sie wirklich gesundheitsförderndes, frisches und reines Speise-Leinöl genießen wollen, dann achten Sie bei Einkauf stets auf das **Flaschen-Etikett „Spreewälderin in Nationaltracht“** und fordern ausdrücklich **M. Krügers Speise-Leinöl**. Dasselbe ist in besseren Kolonialwaren- und Vorloftgeschäften zu haben. Sollten Sie bei Ihrem Kaufmann, bei dem Sie Ihre Einkäufe zu machen pflegen, **M. Krügers Speise-Leinöl** „Marke Spreewälderin“ nicht erhalten können, so besorgen Sie dasselbe in den Geschäften nebenan oder gegenüber sicher.
Engros-Lager Berlin SO., Skalitzer Straße 105.

Klein Reiben Keine Arbeit
WASHENE
Das selbsttätige Waschmittel
Jede Wäsche in 10-15 Minuten erledigt
Garantiert unschädlich. **45** Blendend weiße Wäsche.
Preis Pfg.
Wilhelm Schüller & Co., Berlin W. 8, Charlottenstr. 56

Im Schweiß seines Angeichts
Nigrin
hat man früher die Schube geübt. Vergangene Zeiten! Mit **Nigrin** genügt es, das Schweißzeug leicht mit einem Lappen zu reiben. Hochglanz im Moment!
Vertreter: Andr. Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechanst. IV, 6266.

Möbelgeschäft Gottschalk & Co.

Alvensleben-Straße 6, Laden und erste Etage, dicht an der Potsdamer Straße, 2047L*

gibt an solide Leute ganze Wohnungs-Einrichtungen oder einzelne Möbelstücke gegen **monatliche Teilzahlung** unter sehr kulantem Bedingungen. Große Auswahl in einfach bürgerlichen und eleganteren Wohnungs-Ausstattungen bei **langjähriger Garantie** für gute Haltbarkeit. **Billigste Preise.** Uebertreibung ausgeschlossen, da **an jedem Stück der Preis in Zahlen** deutlich vermerkt ist. — Anzahlung bei besserer Einrichtung von Stube und Küche 40-60 Mark. Monatliche Zahlung 10 Mark. Größere Wohnungs-Einrichtungen nach Uebereinkunft. Sonntags geöffnet.

Kein Abzahlungs-Geschäft.

Möbelfabrik

Julius Apelt, Tischler-Meister
jetzt: **Adalbertstraße No. 6** Hochbahnhof Kottbuser Tor
(früher: Skalitzerstraße No. 6). 2042L*

Komplette Wohnungs-Einrichtungen von den einfachsten bis zu den elegantesten zu soliden Preisen in meinen modern eingerichteten zirka 1000-Meter umfassenden Geschäftsräumen.

Herren-Stoff-Reste
zu Herrenanzügen sportlich, feinste Fabrikate, Stammgarne, Cheviots, neueste Muster von 4 M. an der Meter, reine Wolle. 110/3
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ M. 80,00
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Zahnärztliche Klinik
SW., Belle-Alliancestraße 106 I, gegenüber Warenhaus Jandorf,
Zahnärztliche unentgeltlich. Bei künstl. Zähnen u. Kronen w. d. Unkosten berechnet. — Geöffnet von 9-6 Uhr. Sonntags 9-12 Uhr. 1421*

1708L*

Nur einmal jährlich!

Zum Inventur-Extrapreis!

Eine Partie große **Divan**decken auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4,35 (Wert 6,75)
Bunte persische doppelseitige **Divandecken**

Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 Mk.)
Bunte Mocquet-Püsch **Divandecken**

Größe 150/300 cm 23,50 (Wert 33 Mk.)
Eine Partie **Divanrückwände**

reichgestickt **3,85** (Wert 8,50 M.)
Teppich-Spezial-Kaus

Emil Lefèvre
Berlin Süd. Seit 1882
nur Oranienstraße 158.

Kabe nirgends Filialen!
Nach auswärts per Nachnahme.
Inventur-Extralist
billiger Sonderangebote
gratis u. franko.

Blendol



mit dem **Putzmännchen** bestes flüssiges **Metall-Putzmittel.**
In Glasf., zu 10 u. 25 Pf. Blechfl. 1.20, 30 u. 50 Pf. Pf. überall erh.
Urban & Lemm, Charlottenburg

Geschäfts-Übernahme.
Oderbruch zur gefälligen Kenntnis der geehrten Einwohnerschaft von Rixdorf, daß ich das von Herrn Treuholtz, Rixdorfstr. 12, innegehabte Kolonialwaren-Geschäft käuflich erworben habe und selbiges Sonnabend, den 14. d. Mts., eröffnen werde. — Um recht regen Zuspruch und Zuzwendung völligen Vertrauens bitte!
Ernst Dohring.

Wer — Stoff — hat
feine Herren- ohne Konkurrenz anzug, 20 Mts. 2. Anpr. feinste gut. 3. Anpr. gut. 4. Anpr. gold. Medaille.
Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz.)
Spezialität: Anzug kompl. nach Maß „Napoleon“ M. 80,00
Ein Versuch führt zur dauernden Kundenschaft!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Auf wiederholt an und gerichtete Anfragen teilen wir mit, daß das Lokal „Kaffhäuser“, Nieder-Schöne- weide, der Arbeiterkassette zu allen Veranstaltungen zur Verfügung steht, wobei wir noch bemerken wollen, daß der Besitzer Robert Zismer Inhaber der Dampfergesellschaft gleichen Namens ist.

Sächter Wahlkreis. Am Sonntag, den 15. März, abends 8 Uhr, findet im Kolberger Salon, Kolberger Straße 23, eine Versammlung für Männer und Frauen statt, in welcher der Genosse Wilhelm Düwelle über „Die göttliche Weltordnung“ referiert. Bei Wille, Brunnenstr. 188, spricht nachmittags 6 Uhr Genosse Bartels über „Terrorismus“. Zahlreichen Besuch erwarten Die Abteilungsleiter.

Steglitz. Am Freitag, den 13. März, vom morgens 10—2 Uhr und nachmittags von 5—8 Uhr findet die Stichwahl im ersten Bezirk statt. Die Parteigenossen sind verpflichtet, sich von 6 Uhr abends ab in den Bezirkslokalen zur Verfügung der Bezirksleiter zu stellen.

Johannisthal. Freitag, den 13. März, findet bei Schütz, Friedrichstr. 10, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Stadtv. Schubert-Berlin über „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ referiert. Es ist Pflicht der Genossen, für zahlreichen Besuch der Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Feuerwehr und Feuertwehrr.

Durch den wüsten Lärm der Straße hallen die eigen- tümlichen Töne des Feuertwehrrzeichens. Ihr Besondere liegt vielleicht nur darin, daß man ihnen ganz genau die Geschwindigkeit anhört, mit der so ein Wagen dahineilt. Eben noch erreichen die Laute nur wie aus der Ferne das Ohr. Jetzt sind sie hell und deutlich hörbar: da hinten an der Straßenecke sieht man auch den Wagen vorbeifahren. Und schon verhallen die Töne, werden verschlungen vom Lärm der Straße, der, wie neu belebt, sich doppelt bemerkbar macht. In der Tat hat jeder, der irgend konnte, für einen Augenblick seine Beschäftigung unter- brochen, der er sich nun wieder zuwendet. Und vollends die Spaziergänger nehmen sich reichlich Zeit, um nichts von dem Schauspiel zu verlieren. Die Aufmerksamkeit der Mähig- gehenden ist fast noch größer, als wenn eine Hofequipe oder ein Trupp Soldaten in Sicht kommt. Aber auch wir sehen mit Interesse hin. Es handelt sich nicht um Soldaten und nicht um eine Hofequipe... sondern um eine Kultur- einrichtung, um eine nützliche, gemeinnützige Institution. Und der ernsthafte Straßenpassant, der die Soldaten mit Ingrimm oder mit Mitleid betrachtet, der einer Hofkutschke keinen Blick schenkt... dieser Passant dreht den Kopf nach der vorüberfahrenden Feuertwehrr, denkt bei sich: das sind doch noch Kerle! — und wünscht im stillen, daß sie nicht zu spät kommen möchten!

Und dann geht er weiter und stellt vergleichende Be- trachtungen an. Ueber Soldaten und Feuertwehrrleute. Ueber Erziehung zum Kutschschlag... und über Erziehung zur Lebensrettung. Ueber Feuertgeben und über Wassergeben. Oder Betrachtungen über Schulleute und Feuertwehrrleute. Ursprünglich ist ja der Schutzmann auch ein Individuum, dessen Bestimmung der des Soldaten direkt entgegengesetzt ist. Ursprünglich ist der Schutzmann ein Seitenstück, eine Ergänzung zum Feuertwehrrmann, wie dieser zum Schutzmann. Aber wie steht es heute damit?! Zum mindesten steht der Schutzmann heute schon in der Mitte zwischen Soldat und Feuertwehrrmann: bald zwar ist er von Nutzen, kann er schützen, helfen; aber bald auch... fängt er an, sichtlich zu werden, einen Schutz gegen sich selbst nötig zu machen. Mehr und mehr ist er zu einem politischen Instrument ge- worden in der Hand der Herrschenden. Jeden Arbeiter sieht er mit Mißtrauen an. Jeder Arbeiter ihn mit Ingrimm. Das Konto dieser abgelegten Unteroffiziere ist gar zu groß geworden. Ihre Popularität ist hin. Oder vielmehr: es ist die Popularität eines Stolypin. Eine russische, d. h. eine echt preussische Popularität.

Um so populärer ist die Feuertwehrr. Einstweilen noch. Aber im „Tag“ heßen seit einiger Zeit ein paar abgedankte Offiziere. Sie verlangen „kaltes Wasser“ gegen Straßen- demonstrieranten. Der Latendurst dieser Tapferen (vielleicht probieren sie erst selber einmal in einer geeigneten Anstalt die Wirkung des kalten Wassers?) drängt sie mit Macht... zum Schreiben, Schreien. Aber die maßgebenden Instanzen sträuben sich. Wollen es beim Kampf der Feuertwehrr gegen das eine rote Element bewenden lassen. Und vertrauen im übrigen dem Feuer der Gewehre mehr als dem Wasser der Schläuche.

Wollten doch die klugschwägenden Offiziere sich lieber selbst an die Bekämpfung des roten Elementes mit Wasser begeben. Als Feuertwehrrangestellte könnten sie noch ein nüt- zliches Dasein führen. Es ist nicht auszuwenden, wie wenig Verbrechen und Unglück es geben würde, wenn die halbe Million Wehrr, die in Deutschland den bunten Rock trägt, als Feuertwehrr- und Schulleute (aber wahre Schulleute!) sich betätigte!

Ein sichtlich fühlender Mensch, den es zu Laten drängt, kann schlechterdings nicht schwanken, ob er Soldat oder Feuertwehrrmann werden soll. In beiden Berufen kann er gleichermaßen sein Leben aufs Spiel setzen, Wagemut, Lebensverachtung beweisen. Ja, im letzteren kann er's stets, wenigstens zu jeder Zeit, einerteil, ob Krieg oder Frieden. Der Soldat... muß lange lauern, bis ein Krieg kommt. Und wenn einer kommt, was ist dann sein Tun?... Reden wir nicht davon! Schon redt der Reichsanwalt den Hals und wittert ehrlöse Gesinnung. Dagegen der Feuertwehrrmann! Wenn körperliche Mühigkeit und körperliche Leistungen den Namen der Heldentätigkeit verschaffen können: so ist hier der Held zu suchen. Der gegen das furchtbarste Element, das noch ein wenig fürchterlicher ist als die Kitztraifflissen und Maschinengewehre, sein Leben einsetzt. Nicht um das Leben anderer zu vernichten, sondern um das Leben und oben- drein das Hab und Gut anderer zu retten. Ueber unterster Feuertwehrrmann als oberster Kriegsherr. —

Gelegenheitskäufe.

Es gibt Leute, bei denen es geradezu eine Krankheit ist, Gelegen- heitskäufe zu machen. Natürlich glauben sie, besonders wohlfeil

zu kaufen. Wohl in den weitaus meisten Fällen sind sie aber betrogen. Der nach Profit hungernde Geschäftigkeit weiß alle menschlichen Schwächen, Gewohnheiten und Liebhabereien auszu- nützen. Und so auch in bezug auf Gelegenheitskäufe. Da gibt es Zigarrenfabriken und Weinmazerien, die ausschließlich für Auktionen produzieren. Möbel und andere Geschäfte lassen von Privatleuten einzelne Gegenstände und ganze Ausstattungen „um- ständehalber“ ganz billig anbieten. Alle die bekannten Umstände, als Vererbung, Sterbefall, Aufgabe der Wirtschaft usw. spielen da eine große Rolle. Die Witwe, die angelich die Wirtschaft ver- kleinern will, war nie verheiratet; der Sterbefall, der im anderen Falle die „Umstände“ geschaffen hat, liegt vielleicht etliche Jahre zurück. Die selten günstige Gelegenheit hört nimmer auf. So- bald der angepriesene Gegenstand verkauft ist, wird sofort Ersatz aus der Fabrik beschafft. Um die Käufer zu täuschen, läßt man sogar neue Gegenstände als „wenig gebraucht“ ausgeben. Eine berühmte Sängerin empfiehlt ein hochfeines Piano, fast neu. Natürlich billig. Umständehalber. Nur für Privatbesitz. Melungen im Sekretariat. Da ist sicher eine gute Gelegenheit, denken Reflektanten. Wollten sie nur aufpassen, würden sie finden, daß die berühmte Sängerin schon seit Monaten inseriert, und wer weiß, wie oft schon das eine Piano verkauft hat. Auch andere Respektspersonen, wie Be- amte, Polizisten usw., werden gern dazu benützt, als Privat- verkäufer von Gegenständen, die tatsächlich von Geschäften gestellt werden, aufzutreten. Da diese Art Geschäfte mit besonderen Un- kosten verbunden sind, muß natürlich der Käufer bei den „günstigen“ Gelegenheiten mehr bezahlen als in realen Geschäften, die solche Praktiken verschmähen.

Eine Unterlassungsklage des Berliner Stadtfreisens.

Die Desinfektionsanstalt der Stadt Berlin hat in den Jahren 1906 und 1907 eine bedeutende Mehrung der auszuführenden Desinfektionen gehabt, und sie muß für 1908 noch auf weitere Zunahme ihres Betriebes rechnen. Diesen Erfolg verdankt die Anstalt nicht so sehr einer Steigerung der Bereitwilligkeit des Publikums, bei ansteckenden Krankheiten desinfizieren zu lassen, als vielmehr dem Zwang, der durch neue Gesetzesvorschriften über die Bekämpfung ansteckender Krankheiten verhängt worden ist. Das Gesetz vom 23. August 1905 hat den Kreis der Krank- heiten, bei denen die Polizei die Desinfektion anordnen kann, noch um einige erweitert. Vor allem kann jetzt auch bei Scharlach jeder Art und bei Lungen- und Keuchhustenberke nach Erkrankungen begri- nnter Todesfälle die Desinfektion der Wohnung und der mit dem Kranken in Verbindung gekommenen Gegenstände angeordnet werden, und die Polizei hat das seit 1906 in einer fortgesetzt wachsenden Zahl von Fällen getan. Diese neuen Vorschriften haben aber auch auf unsere Gemeindeverwaltung einen heilsamen Einfluß ausgeübt. Nachdem der Magistrat und die freisinnige Stadtvorordnetenmehrheit sich eine lange Reihe von Jahren dagegen gewehrt hatten, der sozial- demokratischen Forderung einer allgemeinen Gebührenfreiheit der Desinfektionen stattzugeben und hierdurch die Bereit- willigkeit der Bevölkerung zur Inanspruchnahme der Des- infektionsanstalt zu steigern, hat die gesetzliche Verschärfung des Zwanges die Gemeindeverwaltung genötigt, immer häufiger in eine Niedererschlagung der Gebühren zu willigen. Auch der Entschluß, vom April 1908 ab alle auf gesetzliche Verpflichtung beruhenden Desinfektionen gebührenfrei auszuführen, ist dem „selbst- verwaltenden“ Stadtfreisens nur durch die Zwangslage, in die er sich gebracht sah, abgerungen worden.

Ueber die Einzelheiten des Betriebsergebnisses der Desinfektionsanstalt sind wir jetzt endlich auch für das Stat- jahr 1908, d. h. für den Zeitraum vom April 1908 bis zum März 1907, unterrichtet worden; den Verwaltungsbericht hat der Magistrat vor einigen Tagen der Öffentlichkeit übergeben. In 1908 gingen 6824 Desinfektionsaufträge ein, während in 1907 nur 5893 eingegangen waren. Dem entsprechend stieg die Zahl der desinfizierten Wohnungen von 2970 auf 3931, die Zahl der gleichzeitig in den Wohnungen desinfizierten Gegenstände von 185 948 auf 219 086, die Zahl der in der Anstalt desinfizierten Gegenstände von 95 921 auf 110 111. Gemeinhit haben sich, wie man sieht, besonders die Wohnungsdesinfektionen um rund ein Drittel, ähnlich auch die Desinfektionen von Gegenständen in den Wohnungen. In der Reihe der Krankheitsfälle, die zur Des- infektion nötigen, steht noch immer die Diphtherie obenan, im vorletzten Jahre mit 1651 Fällen, im letzten sogar mit 2026. Es folgt dann die Gruppe Lungenschwindsucht, in der die Zahl der Fälle vom vorletzten zum letzten Jahre von 706 sofort auf 1512 emporschnellte. Im vorletzten und im letzten Jahr steht an dritter Stelle Scharlach mit 638 be- ziehungsweise 738 Fällen, an vierter Stelle Typhus mit 450 be- ziehungsweise 564, an fünfter Masern mit 162 beziehungsweise 152. Kleinere Ziffern entfallen auf epidemische Genickstarre, Cholera oder Cholerabubone, Pocken usw. Eine Steigerung trat ein bei Diphtherie und bei Scharlach, vor allem aber bei Lungen- schwindsucht, hier auf ziemlich das Doppelte. Noch bedeutender ist hier die Steigerung, wenn man die Wohnungsdesinfektionen für sich betrachtet; bei Lungenschwindsucht stieg ihre Zahl von 383 sofort auf 1042, auf annähernd das Dreifache. Zu denken gibt auch die statistische Zusammenstellung über die Wohnungen der Personen, die die Desinfektionsanstalt benutzten. Berücksichtigt man für 1906 und 1908 nur die 5708 und 6451 Aufträge aus Berlin selber, so stieg der Anteil der Vorderhausbewohner von 3885 auf 4082, aber der Anteil der Hinterhausbewohner von 1823 auf 2369. Die Unterscheidung nach Stockwerken vervollständigt dieses Bild. In den Vorderhäusern zeigt der Anteil einen Rückgang für „eine Treppe“ und für „2 Treppen“, aber eine Erhöhung für alle übrigen Stock- werke, z. B. für „drei Treppen“ von 574 auf 673, für „vier Treppen“ von 895 auf 442. In den Hinterhäusern geht es so durch alle Stock- werke, speziell für „vier Treppen“ stieg der Anteil von 280 auf 401, das heißt um mehr als vier Fünftel. Ihre Opfer holt die Lungenschwindsucht sich vorwiegend aus den Reihen der Unbemittelten, aus der Arbeiterbevölkerung, die hier mit Recht von einer „Proletariatskrankheit“ spricht. So erklärt sich's, daß jetzt, wo die Polizei nach Lungen- schwindsucht-Sterbefällen die Desinfektion anordnen darf, auf die Inhaber der minder teuren Wohnungen eine besonders starke An- teilsteigerung entfällt. Auch die Unterscheidung nach Berufen hat ein ganz ähnliches Ergebnis. Hier zeigt sich eine besonders starke An- teilsteigerung bei der Gruppe „Gewerbegehilfen und Arbeiter“, von 1668 auf 2018, und bei der Gruppe „Witwen, Eheverlassene usw.“ von 823 auf 1000.

Solche Ziffern lassen erkennen, wieviel bisher vernachlässigt worden war. Gewiß sind zur durchgreifenden Bekämpfung der Volksseuche ganz andere Mittel nötig als nur Desinfektion nach Erkrankungen oder Sterbefällen. In einer Besserung der ganzen Lebenshaltung der Arbeiterklasse sehen wir eine wirksamste Waffe zur Abwehr von mancherlei Krankheiten, von Siedtum und frühem Tod. Aber auch die ergänzenden Mittel, wie die Desinfektion bei an- stehenden Krankheiten es ist, sind nicht ohne Wert. Der Berliner Stadtfreisens hat auf freien Stücken sehr wenig dazu getan, die

Einsicht der Bevölkerung in die Nützlichkeit der Desinfektion zu steigern.

Die Tunnelprojekte der Großen Berliner

sind von zahlreichen Sachverständigen als unausführbar be- zeichnet worden. Durch diese Sachverständigen-Gutachten wurde nur bestätigt, was unsere leitenden technischen Beamten in der städtischen Verwaltung von Anfang an, als die Tunnel- projekte eingereicht wurden, sagten. Die Große Berliner be- stätigte diese Meinung auch, indem sie fortgesetzt neue ver- änderte Projekte einreichte. Sie täuschte aber niemanden darüber hinweg, daß sie mit der Einreichung der Projekte nur die Absicht verbindet, die Ausführung städtischer und anderer privater Verkehrsunternehmungen möglichst weit hinauszuschieben. Jetzt wird bekannt, daß die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn dieser Tage der städtischen Verkehrsdeputation und den Aufsichtsböörden neue Pläne zu den Projekten ihrer beiden Unterpflasterstraßenbahnen ein- gereicht hat, die eine vollständige Umwandlung des ganzen Projektes bedeuten. Danach soll die von der Straßenbahn geplante Unterpflasterbahn unter der Potsdamer und Leip- zigstraße so eingerichtet werden, daß sie auch dem Schnell- verkehr dienen kann. Der Tunnel soll, wie bekannt, vier- gleisig eingerichtet werden. Die „Große Berliner“ plant jetzt, zwei von diesen Gleisen für den durchgehenden Straßenbahn- verkehr einzurichten, so daß auf diese Weise eine Kombination von Straßenbahn und Schnellbahn entsteht. Die alte Taktik, die wir oben schon kennzeichneten, wird hiernach nur fort- gesetzt.

Schule und Haus. Es wird gemeldet: „In letzter Zeit ist wiederholt darüber Klage geführt worden, daß Eltern, die ihren Kindern während der größeren Unterrichtspause Früh- stück in die Schule bringen wollten, insbesondere warme Milch, von Lehrern oder Schuldienern verhindert wurden, das Schulgrundstück zu betreten. Die städtische Schul- deputation macht die Schulleiter darauf aufmerksam, daß es den Eltern grundsätzlich nicht verboten werden darf, ihren Kindern während der großen Pausen Frühstück zu bringen.“

Selbstverständlich handelt es sich hier nur um Gemeinde- schulen. In einer höheren Schule würde nicht leicht jemand sich erdreisten, Eltern das Betreten des Schulgrundstückes zu ver- bieten, wenn sie ihren Kindern in der Pause irgend eine Er- frischung bringen wollten. In Gemeindegärten darf das Lehr- personal es schon eher wagen, die Eltern zurückzuweisen oder sie durch den Schuldiener zurückweisen zu lassen; denn hier hat man es ja zumeist „nur“ mit Arbeiterfamilien zu tun. Die geringfügig mancher Lehrer und Lehrerinnen der Gemeindegärten von den Eltern ihrer Zöglinge denken, in welcher verletzenden Form sie manchmal sogar vor den Kindern sich über die Eltern äußern, das ist im „Vorwärts“ mehrfach gezeigt worden. Das Verfahren, die Eltern von den Schulgrundstücken fernzuhalten, steht in eigenartigem Gegensatz zu dem oft gebotenen Gebote, daß man die Beziehungen zwischen Schule und Haus pflegen wolle. Die Schule und ihre Organe sind wirklich die allerbesten, die etwas Nennenswertes dazu beitragen, diese Be- ziehungen zu pflegen; sie selber sind daran schuld, daß bei so vielen Eltern das Interesse für die Schule und die Neigung, mit den Lehrern ihrer Kinder in Verbindung zu bleiben, nur zu rasch nachläßt und schwindet.

Die Zerrhaltung der Eltern von den Schulgrundstücken hat übrigens noch eine besondere Wirkung, die gewiß manchem Lehrer und mancher Lehrerin ganz erwünscht sein wird. Eltern, die häufig oder gar täglich in den Pausen den Schulhof oder das Schulhaus betreten dürfen, können da allerlei bemerken, was nicht für sie bestimmt ist. Wir kennen einen Vater, der den Lehrer seines Jungen im Laufe eines Halbjahres mehrere Male im Schulhause aufsuchte. Zunächst machte er regelmäßig die Beobachtung, daß bei Beginn der großen Pause der Lehrer mit dem Kohlrind in der Hand auf den Korridor hinaustrat, vor der geöffneten Tür des Klassenzimmers aufstellung nahm und seine achtjährigen Schüler so an sich vorbeipassieren ließ. Beim ersten Besuch ließ der Lehrer sich von dem auf dem Korridor wartenden Vater in seiner An- hänglichkeit an den Kohlrind nicht föhren; beim zweiten Besuch schien es, wie wenn er die Anwesenheit des anderen in diesem Augenblick doch als lästig empfand; beim dritten Besuch gab er sich sichtlich Mühe, den Kohlrind zu verbergen; vom vierten Besuch an — fehlte der Kohlrind. Zwischen Vater und Lehrer war niemals ein Wort über die Entbehrlichkeit oder Unnützlichkeits dieses Erziehungsgegenstandes gewechselt worden. Aber der Vater ist wohl kein großer Meister in der Kunst, seine Gedanken zu verbergen. Da mag der Lehrer ihm bald vom Gesicht abgelesen haben, daß er sich wunderte über die Gewohnheit des Lehrers, sich mit dem Kohlrind zu bewaffnen, wenn er seine Achtjährigen aus dem Zwang des Schulstuhls in die Freiheit der Unterrichtspause hinauszuweisen hatte.

Sieht Ihr, Ihr Väter und Mütter, solche zwar stumme, aber dennoch ungehörige Kritik an dem Schul- betrieb — denn für ungehörig hält die Schule jede Kritik der Eltern — bleibt dem Lehrpersonal erspart, wenn Euch der freie Zutritt zum Schulhause verweigert wird.

Die heutige Stadtvorordnetenversammlung wird sich im wesent- lichen mit der Beratung der Einzelrats beschäftigen.

Die Wohnungsumzugstermine.

Der bevorstehende Quartalswechsel veranlaßt vielerlei Anfragen über Umzugstermine und Mündigungsfristen. Wir geben die wesentlichsten Bestimmungen hierüber an dieser Stelle wieder. Umzugstermin. Die Räumung einer Wohnung muß in Berlin bei aus höchstens zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 1. April (im Laufe des Mittwoch), bei aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April um 12 Uhr mittags und bei größeren Wohnungen am 3. April um 12 Uhr mittags beendet sein. Unter Zu- behör sind Alkoven, Küchen, Kammern, Voderäume, Ver- schläge und Vorratskeller zu verstehen. Bei Wohnungen, die aus drei Zimmern bestehen, muß jedoch ein Zimmer, bei größeren Wohnungen zwei Zimmer am 2. April bereits voll- ständig geleert und dem einziehenden Mieter zur Verfügung gestellt werden. Väden rechnen nicht als Wohn- zimmer, ebensowenig Schankräume, Väden, Schankräume und dergleichen ohne Wohnung müssen deshalb mangels anderer Vereinbarung bereits mit Ablauf des 31. März ge- räumt sein. Die nach Vorstehendem rechtzeitig Räumung kann die Polizei (ohne vorangehenden richterlichen Entscheid) durchsetzen.

Billets vergessen. Ein Leser unseres Blattes schickt uns folgende Zuschrift: „Ich wollte Sonnabends nachts 12³⁰ Uhr mit der Linie 89 von der Thierstraße bis Alexanderplatz fahren. Mit mir warteten gegen 20 Personen an der dort befindlichen Haltestelle. Zur Freude aller kam der Wagen fast leer an; wie groß war aber die Enttäuschung und das Entsetzen, als der Schaffner (9098) mich, da ich zuerst aufgestiegen war, nötigte den Wagen wieder zu

berlassen, weil er keine Billetts mehr habe. Alle Vorstellungen, aus dem nabelgenden Depot, an dem der Wagen vorbeifährt, neue Scheine zu holen, nützen nichts, wir mußten alle wieder vom Wagen herunter.

Es klingt fast ungläublich, leider ist es aber wahr. Zwei alten Leuten in den Ober Jahren war es nicht mehr möglich, den Anschlüssen nach Weigensee zu erreichen, so daß sie gezwungen waren, den weiten Weg zu laufen.

In der letzten Sitzung der Gasdeputation wurde, nachdem ein eingehender Ausschuss die Einführung des Neunstundentages für die Arbeiter, die Arbeiter des Hörsenssystems und die Arbeiter der öffentlichen Beleuchtung abgelehnt hatte, mit 5 gegen 4 Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

„Die Gasdeputation erklärt sich mit der Einführung des neunstündigen Arbeitstages einverstanden unter der Voraussetzung, daß die übrigen städtischen Werke, die ähnliche Arbeiter beschäftigen, ebenfalls den Neunstundentag einführen.“

Die Minderheit stimmte für glatte Ablehnung der von den Arbeitern gewünschten und von der Direktion vorgeschlagenen Verkürzung der Arbeitszeit.

Die landespolizeiliche Abnahme der Verlängerungstrecke der westlichen Untergrundbahn von der Haltestelle „Bismarckstraße“ in Charlottenburg bis zur Station „Reichskanzlerplatz“ in Westend hat gestern (Mittwoch) vormittag stattgefunden. Die neue Bahnhöhle wird, wie bereits gemeldet, am 1. April dem Betriebe übergeben werden.

Empfindliche Verkehrshindernisse durch Militär sind seit acht Tagen am Weinbergsweg zu beobachten. Diesen passieren täglich zahlreiche Kompagnien, meist vom zweiten Garderegiment, die nach dem Egertierplatz in der Schönhauser Allee ziehen. Augenblicklich ist nun die Hälfte des Weinbergsweges durch Kanalisationsarbeiten der Länge nach gesperrt. Trotzdem nehmen die Militärabteilungen nach wie vor ihren Weg über die freie Hälfte und hindern dadurch den Fußverkehr, dem jetzt nur die eine Seite des Fahrweges zur Verfügung steht. Wenn das Militär einige Rücksicht auf Publikum und Verkehr nehmen wollte, könnte es mit kaum nennenswertem Umweg ganz gut die Veteranenstraße oder die Brunnens- und Bernauerstraße benutzen.

Wenn in einer einsamen Straße ein Streitposten steht, findet sich sofort Polizei ein, um den Mann fortzuweisen, weil der Verkehr gehindert wird. Im vorliegenden Falle bemerkt keine Polizei etwas von Verkehrshindernisse.

Bei der Sparkasse der Stadt Berlin wurden im Januar dieses Jahres 6 035 731 Mark in 77 740 Einzelbeträgen eingezahlt und andererseits 6 144 681 Mark in 46 487 Einzelbeträgen zurückgezahlt. Gegenüber dem Januar vorigen Jahres zeigen die Einzahlungen ein bedeutendes Minus, die Rückzahlungen ein beträchtliches Plus. Im Januar vorigen Jahres waren noch 7 003 243 Mark in 87 744 Einzelbeträgen eingezahlt, aber nur 5 336 750 Mark in 40 275 Einzelbeträgen zurückgezahlt worden. Diese Veränderung der Einzahlungen und daneben die Mehrung der Rückzahlungen ist ja bei der Sparkasse der Stadt Berlin längst nicht mehr neu. Schon unter den zwölf Monaten des Jahres 1907 war nicht ein einziger, der nicht gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres ein Minus an Einzahlungen und ein Plus an Rückzahlungen gehabt hätte. Das Ergebnis des Jahres 1908 verdient aber eine ganz besondere Beachtung. Von allerseits war alljährlich der Januar derjenige Monat, in dem der Einzahlungsbetrag ganz außerordentlich weit über den Rückzahlungsbetrag des selben Monats hinausging. Noch im Jahre 1907 wurden, wie oben angegeben, rund 7 Millionen Mark eingezahlt, aber nur 5 1/2 Millionen Mark zurückgezahlt. Und im Januar 1908 hatte den Einzahlungen von 7 1/2 Millionen Mark gar nur 4 1/2 Millionen Mark Rückzahlungen gegenüberstanden. Offenbar wird das Januarergebnis der Sparkasse stark durch den Weihnachtseffekt beeinflusst. Die Weihnachtsgroßifikationen, die den Beamten usw. gezahlt worden sind, sowie die außergewöhnlichen Einnahmen, die das Weihnachtsgeschäft auch den kleineren Geschäftleuten gebracht hat, werden im Januar auf die Sparkasse getragen, am später nach und nach wieder abgehoben zu werden. Diesmal ist aber sogar im Januar der Rückzahlungsbetrag höher gewesen als der Betrag der Einzahlungen. Es ist seit unvorstelligen Zeiten das erste Mal, daß hier ein Januar von der althergebrachten Regel dieses Monats eine Ausnahme macht.

Dachstuhlbrände wurden am gestrigen Nachmittag schon wieder zwei gemeldet. Der erste um 2 1/2 Uhr aus der Friedstraße 32, Ecke Rohrbacher 28. Die Wehren aus Berlin und Witzdorf waren schnell zur Stelle, so daß es gelang, die Brandstiftung noch festzustellen. Von den Mietern sind mehrere, die nur geringe oder gar nicht verschätzt sind, arg geschädigt. Das obere Stockwerk hat durch Wasser etwas gelitten. Noch war dieser Brand nicht vollständig gelöscht, als ein anderer aus der Luisen- und Wiener Straße 84, die Feuerwehre alarmierte. Auch dort stand der große Dachstuhl des Gebäudes an mehreren Stellen in Flammen. Um das Feuer, das reiche Nahrung gefunden hatte, zu löschen, mußte die Wehr längere Zeit Wasser geben. — Die Kaminröhren, seit vormittags tätig, waren schließlich so erköpft, daß sie abgelöst werden mußten.

Nachmittags um 5 Uhr wurde abermals ein Dachstuhlbrand aus der Reichsberger Straße 103 gemeldet. Dort standen bei Anbruch der Feuerwehr das Quergebäude und der Seitenflügel des Hauses, das an die Mariannenstraße grenzt, in Flammen. Diese hatten schon eine große Ausdehnung erlangt, so daß wiederum längere Zeit mit drei Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte, um die Gefahr für das Vorderhaus zu beseitigen. Die Entstehung wird wieder auf Brandstiftung zurückgeführt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Die Berlinische Feuer-Versicherungsanstalt hat im Auftrage der Mehrzahl der in Berlin vertretenen Feuer-Versicherungsgesellschaften aus Anlaß der vielen Brandstiftungen in Berlin und den Vororten für den Nachweis oder die Ergreifung der Brandstifter dem Polizeipräsidenten eine Summe von 2000 Mark zur Verfügung gestellt, der allein über die Zuweisung und Verteilung der Prämien befinden soll. Das größte Interesse an der Ergreifung des oder der Brandstifter dürfte die Feuerwehr haben, die in den letzten Tagen durch die Brände zu sehr in Anspruch genommen wird.

Straßenverengung. Die Trebbener Straße von der Wischer Straße (auschließlich Kreuzdamm) bis zur Schönenfelderstraße (einschließlich Kreuzdamm) wird behufs Umflasterung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres, der Weinbergsweg von der Brunnensstraße bis zur Zehrbekliner Straße behufs Ausführung von Rohrarbeiten sofort bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Das Nordufer von der Tegeler Straße bis zur Synagoga-Straße wird behufs Asphaltierung bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Vermißte. Der Arbeiter Wilhelm Babusch, 13. März 1875 zu sich geboren, zuletzt Havelberger Straße 15 wohnhaft gewesen, wird seit dem 17. Januar 1908 vermißt. Babusch ist 1,68 Meter groß, hat schwarzes Haar, dunkle Augen, vollständige Zähne, schwarzes Schnurrbart, längliches, blaßes Gesicht und gerade Körperhaltung. Am Hinterkopf hat derselbe drei große Narben. Bekleidet war Babusch mit grauem, weichem Hut, schwarzem Winterüberzieher mit Samttragen, grauer Weste und Hohe, Jagdtiefeln, grauen Strümpfen, wollenen und leinemem Hemd, gezeichnet B. P., und kleiner hunder Krawatte. Diejenigen Personen, die in der Lage sind, über den Verbleib des Babusch Auskunft zu geben, werden ersucht, ihre Wahrnehmung mündlich oder schriftlich einem Polizeiviertel oder dem königlichen Polizeipräsidenten, Zimmer 329, 2 Treppen, in den Vormittagstunden zur J.-N. 72 IV 38, 08, mitzuteilen. —

Seit Anfang Februar 1908 wird die unberechnete Mela Schmidt, 11. Januar 1880 zu Gagnau geboren, bisher Quijovestraße 103 bei den Eltern wohnhaft gewesen, vermißt. Beschreibung: 1,66 Meter groß, blond, blaue Augen, rundes Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe, schlanke Gestalt. Bekleidung: Blauer Glodenhut, schwarzer Rock, Kuffelbluse mit weißen Ärmeln, schwarzes Jackett, Schürstiefel und schwarze Strümpfe. Zweideutliche Mitteilungen, welche zur Auffindung der Genannten dienen könnten, werden sowohl von der Kriminalpolizei als auch von jedem Polizeiviertel zu den Akten 1238 IV 52, 08 schriftlich oder mündlich entgegen genommen.

Feuerwehrbericht. Der erste Dachstuhlbrand wurde gestern früh nach 9 Uhr auf der Straße an der Zannowikbrücke gemeldet. Als der 20. Zug dort ankam, stand der Dachstuhl des großen Gebäudes an der Stralauer- und Zannowik-Brücke 1 in Flammen. Diese konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit auf den Dachstuhl beschränkt werden. Ob Brandstiftung vorlag, ließ sich nicht mehr feststellen, man nimmt es aber an. Ferner hatte bei Feuerwehr in der Wils-Strasse 24 und anderen Stellen zu tun. Grober Luftzug lag einer Feuermeldung aus der Klopstod-Strasse zugrunde.

Vorort-Nachrichten.

Zur Gemeindewahlbewegung.

Gemeindewahlen finden am heutigen Tage in Französisch-Buchholz nachmittags von 2—6 Uhr, Lichterode nachmittags von 2—8 Uhr, Nieder-Schöne-weide nachmittags von 3—7 Uhr und Pantow von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Der bereits in einer Anzahl Orte für die Sozialdemokratie erfreuliche Ausgang der Gemeindewahlen muß auch heute die Wähler der werktätigen Bevölkerung veranlassen, ihre Pflicht zu tun.

Niemand veräume, seine Stimme den Kandidaten der Sozialdemokratie zu geben.

Steglich.

Vorgens Stichwahl! Ein harter Kampf wird die Stichwahl im ersten Bezirk werden. Die Mietervereine machen die größten Anstrengungen, um sämtliche „Patrioten“ auf die Beine zu bringen. Zur Erlangung von Stimmen sind ihnen auch trummere Wege recht. So hat sich der Vorsitzende schriftlich an die Forensen gewandt, die bei der Hauptwahl ihr Stimmrecht den Hausbesitzern übertragen hatte, mit der Bitte, ihm persönlich dieses Recht für die Stichwahl zu überlassen. Alles, alles, auch die vielgelästerten „Papierstimmen“, soll helfen, die beiden Mandate des ersten Bezirks zu erobern. Unsere Parteigenossen erleben hieraus den Ernst der Situation. Auch von uns muß alles geschehen, um den letzten Mann an die Urne zu bringen. Die Wahlen von 1906 und 1907 seien und eine Mahnung, daß es auf jede Stimme ankommt. Die letzte Arbeit muß gründlich getan werden, dann werden wir auch den Erfolg für uns haben.

Pantow.

In einer gutbesuchten Wählerversammlung am Dienstag referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Städler über das Thema „Sozialismus und Gemeindepolitik“. Redner schilderte die Rückständigkeit der preussischen Gesetzgebung, insbesondere die Landgemeinde-Ordnung für die sieben östlichen Provinzen. Das bestehende Hausbesitzerprivileg gebe den Grundbesitzern Mittel und Wege an die Hand, um in den Gemeindevetretungen schärfste Interessenpolitik treiben zu können, beispielsweise bei der Opposition gegen die Wertzuwachssteuer, während die Sozialdemokratie, nicht wie ihr vorgeworfen werde, einseitige Politik treibe, sondern unbeflümmelt darum, ob auch der politische Gegner einen Vorteil davon habe, das Wohl der Allgemeinheit erstrebend. Genosse Städler kritisierte ferner die Taktik des Reichsligaverbandes und nahm hierbei das Flugblatt Nummer 48, welches in Pantow verbreitet worden war, unter die Lupe. Die Versammlung nahm den Vortrag mit größter Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegen. In der Diskussion brachte Genosse Freiwald verschiedene Gemeindevetretungsangelegenheiten zur Sprache und wies unter anderem auch darauf hin, daß der Leiter der Pantower Reichsverbandsfiliale, Herr Herbert Schmidt, ihm versprochen, in einer unserer Versammlungen die Klänge mit den Genossen klingen zu wollen. Ihm scheint aber die Lust hierzu trotz der in Aussicht gestellten unbeschränkten Redefreiheit vergangen zu sein. Ferner sprach ein Herr Dohow in unserem Sinne. Bei Punkt 9 der Tagesordnung wurden als Kandidaten für die heute Donnerstag stattfindenden Gemeindevetretungswahlen aufgestellt: für Bezirk I die Genossen Larfen und Gustav Köber; für Bezirk II Genosse Wilhelm Klemen.

Die Wahlen finden statt in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends, für Bezirk I im „Kurpfälzer“, Berliner Straße 102, und für Bezirk II im „Gesellschaftshause“, Kreuzstr. 3—4. Wir ersuchen, für starke Beteiligung zu sorgen, da uns 14 bürgerliche Vereine unter der Leitung des samsonen Reichsverbandes gegenüber stehen. Geht deshalb möglichst frühzeitig zur Wahl. Die Wahlhelfer wollen sich um 1/2 10 Uhr vormittags in den beiden Wahllokalen einfinden. Für den Nachmittag werden sämtliche Genossen aufgefordert, sich, so früh sie können, für die Wahlarbeiten zur Verfügung zu stellen. Sämtliche Siege der dritten Klasse müssen in den Besitz der Sozialdemokratie übergehen.

Waldmannslust.

Montag, den 16. März, nachmittags von 5—8 Uhr, finden hier im Lokal des Herrn Heinrich Waldmannstraße 123, die Gemeindevetretungswahlen zu der III. Abteilung statt. Auch unsere Gegner sind nacheinander in die öffentliche Agitation eingetreten. Eine von letzteren einberufene Wählerversammlung für die III. Klasse stand aber von Anfang an unter einem bösen Stern. Der Einberufer hatte es, vielleicht in weiser Voraussicht des Kommenden, vorgezogen, geschäftlich verhindert zu sein. Das Amt des Vorsitzenden übernahm der als Sozialistenfresser am Orte „rühmlichst“ bekannte Lehrer Wertes. Seinen Befähigungsnachweis suchte er dadurch zu verbergen, daß er aus der harmlosesten Aeußerung unseres Redners Verleumdungen herauswitterte, auf Grund deren er verurteilt, ihm das Wort zu entziehen. Doch erwiderte sich diese Taktik beim Genossen Denker als ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Bezeichnend für das Maß, in welchem unsere Gegner in der III. Klasse ihre Interessen erkannten, ist die Tatsache, daß ihr Wahlkomitee durchweg aus Wählern der I. und II. Klasse besteht. Dem Wunsch eines Versammlungsteilnehmers, etwas von dem bürgerlichen Kandidaten darüber zu hören, wie er sein Amt als Gemeindevetretung aufzufaßt, konnte leider nicht entsprochen werden, da letzterer nicht anwesend war. An seiner Stelle sprach unser Kandidat Genosse August Vudser in kurzen Worten über die Aufgaben des sozialdemokratischen Gemeindevetreters an der Hand unserer Programmforderungen. In diesem Augenblick der höchsten Not versuchte sich der bekannte Herr Schulz in Reichverbandsmanier in der Rolle des Retters. Doch werden ihm seine Freunde hierfür wenig Dank wissen. Unser Redner sah sich veranlaßt, auf ein Geschmiss hinzuweisen, bei dessen bloßer Erwähnung man in den Augen mancher Waldmannsluster Honorarigen die Witte lesen konnte: O rühre, rühre nicht daran! Um zu verhindern, daß unser Kandidat nicht doch noch nominiert wurde, schloß der Vorsitzende hierauf die Versammlung. Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, wenn sich unsere Genossen durch den Verlauf dieser Versammlung über den Ausgang der Wahl in Sicherheit wiegen wollten. Im Gegenteil, je größer das Risiko unserer Gegner in der öffentlichen Agitation ist, desto intensiver „wühlen“ sie im stillen. Dem müssen wir ebenfalls eine rührige Agitation entgegensetzen. Nur wenn die

Genossen hierin ihre Schuldigkeit tun, wird der Sieg am 16. März unser sein.

Grünaue.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Gemeindevetretungswahl. Genosse Jubel legte in 1 1/2 stündigem Vortrage dar, was uns auf kommunalpolitischem Gebiete noch zu tun bleibt. In der darauf folgenden Diskussion beteiligte sich zuerst Genosse Blümke, der die Rückständigkeit der bisherigen Gemeindevetretung gelobte. Darauf meldete sich ein Herr Kerger, der sich gegen die Ausführungen des Genossen Blümke wandte. Sodann nahm unser Kandidat Genosse Joh. Franz das Wort und erklärte in kurzen Worten, daß er die Interessen der Arbeiterbevölkerung Grünaues getreu seinen Parteiprinzipien mit allen Kräften vertreten werde. In längerem Ausführungen legte sodann Genosse Wigner die einzelnen Mängel in unserer Gemeinde dar, insbesondere die geradezu allen sanitären Anforderungen hochsprichenden Zustände des Armenhauses. Hier kamen 12 Personen in elenden Räumlichkeiten. Die Genossen O. Schröder und Rehen ergänzten die Ausführungen der Vorredner. Da sich von den Vertretern der bürgerlichen Vereine niemand weiter zum Wort meldete, nahm Genosse Jubel das Schlußwort. Nachdem er die Widerständigkeit der Ausführungen des Herrn Kerger zeigte und zur recht regen Agitation für unseren Kandidaten Joh. Franz aufforderte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Neu-Dabendorf.

In einer im Gaalerschen Lokal stattgefundenen Gemeindevettersversammlung referierte der Genosse Rudolph Panlow über „Gemeindepolitik und Gemeindevetretungen“. Die Versammlung folgte dem Vortrage mit reger Aufmerksamkeit. Nach der lebhaften Diskussion wurde unser Genosse Georg Kahl Dabendorf als Kandidat für die am 14. März stattfindende Gemeindevetretung aufgestellt. Gegner waren zwar eingeladen, aber niemand erschienen. Um so lebhafter ging es in der gegenwärtigen Versammlung zu. Die Bürgerlichen können sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß auch die Sozialdemokratie an diesem schwarzen Fleck Boden fassen und am kommunalen Leben teilnehmen will.

Tegel.

Ueber Sozialdemokratie und Kommunalsocialismus referierte am Montag in einer öffentlichen Versammlung Genosse Dr. Alfred Bernstein. Den von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen folgten die Versammelten mit spannender Aufmerksamkeit. Genosse Lichtenberg erstattete dann Bericht von der Gemeindevetretung. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der die örtlichen Zustände einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Die letzte Erörterung von 1906/07 gab hierzu besonders Gelegenheit. Wurde doch dieser 300 Druckseiten umfassende Etat innerhalb 24 Stunden den Gemeindevetretungen zugeführt, beraten und angenommen. Als Kandidaten für die 3. Klasse wurden die Genossen Kobl als Hausbesitzer und Hofes als Richtungsgelehrter, für die 2. Klasse die Genossen Rodeffe, Peterlohn und Lauer von der Versammlung einstimmig nominiert; selbst die zahlreich anwesenden Gegner stimmten dafür.

Eine sehr heftige Debatte entspann sich über den am Orte bestehenden Gewerkschaftsverein, der, obwohl er, wie vom Vorsitzenden einem Herrn Schneidermeister Mathews, behauptet wurde, keine Politik treibt, sich doch mit eigenen Kandidaten an der Gemeindevetretungswahl beteiligt. Es wurde den anwesenden Gewerkschaftsmitgliedern largemacht, daß sie sich als Gegner der Sozialdemokratie entpuppt haben. Genosse Rassa versicherte ihnen, daß die Arbeiterchaft am Orte auf dieses Verhalten die Antwort nicht schuldig bleiben wird. Tiefbetrübt zogen die Herren von dannen, nochmals versichernd, in ihrem Schutzbereich würde keine Politik getrieben. Schon die Tatsache, daß der Redakteur Wilhelm Müller die erste Etage in diesem Verein spielt, läßt ungefähre vermuten, welcher Geist in diesem Verein vorherrschend ist. Die Arbeiter am Orte haben dafür zu sorgen, daß unsere Kandidaten am 27. März mit einer insafanten Stimmenzahl gewählt werden. Es muß die Sozialdemokratie am Orte so an Einfluß in der Gemeindevetretung gewinnen, daß es auch möglich ist, für die Allgemeinheit nützliche Aufgaben zu lösen.

Wahlergebnisse.

Pantow. Bei der gestrigen Wahl erhielten die beiden Kandidaten der Bürgerlichen je 208, ein dritter bürgerlicher Kandidat 33 und unsere Genossen 264 bzw. 263 Stimmen.

Schmargendorf. Bei der gestrigen Gemeindevetretungswahl wurden abgegeben für den Kandidaten der Hausgartner 212, für unsere Genossen Gutbier 188 Stimmen. Der erstere ist somit gewählt.

Waldsdorf a. d. Ostbahn. Einen glänzenden Sieg haben unsere Genossen bei der gestrigen Gemeindevetretungswahl errungen. Unsere Kandidaten Robert Dertel und August Giese wurden mit 127 bzw. 126 Stimmen gegen 48 bzw. 49 Stimmen, die auf die bürgerlichen Gegner fielen, gewählt. Bis jetzt sind schon vier Sozialdemokraten in der Gemeindevetretung, während wir bisher nur einen Vertreter hatten.

Am Donnerstag von 12—8 Uhr, findet die Wahl in der zweiten Abteilung statt. Unsere Kandidaten sind der Tischler August Fagel, Mechaniker Oskar Suchomei und Rollereibitzer Franz Kuhne. Es gilt, auch für diese Wahl die äußerste Anstrengung zu entfalten, damit unser Sieg im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ein vollständiger wird!

Ober-Schöneweide. Bei den Vermehrungswahlen für die dritte Klasse sind unsere Genossen Ruth und Liesegang mit 408 Stimmen gewählt worden. Die Kandidaten der Katholiken Olesch und Kopyrba erhielten 66 bzw. 64 Stimmen und die des vereinigten Grundbesitzer- und Bürgervereins Labowitz und Kupfer 33 bzw. 31 Stimmen. Damit sind nun die Wahlen für die dritte Klasse abgeschlossen. Wir haben drei neue Mandate erhalten. Unsere Genossen sind diesmal dem Hausbesitzerprivilegium dadurch gerecht geworden, daß ihre Kandidaten auf Grund von Vollmachten von Hausbesitzerwitwen die Wählbarkeit erlangten. Von gegnerischer Seite will man die Giltigkeit der Wahlen anfechten, doch wird unsererseits die Sache bis zur höchsten Instanz gebracht werden. Kläglich ist die Haltung der Bürgerlichen. Trotz Zusammengehens zwischen Bürger- und Grundbesitzervereinen haben mehrere hundert Mitglieder nur einige 30 Stimmen aufgebracht, trotz schriftlicher Mahnung an die übrigen Wähler. Schon einmal ist durch solche jämmerliche Haltung ein Vertreter der Katholiken gewählt worden.

Nieder-Schönhausen. Zum ersten Male ist es der Sozialdemokratie gelungen, die Reihen der bisher rein bürgerlichen Gemeindevetretung durch einen Sozialdemokraten zu zieren. Trotz der Anstrengung der bürgerlichen Gegner, welche sich auf einen Kandidaten geeinigt hatten, dem 419 Stimmen zufielen, siegte Genosse Bahold mit 469 Stimmen.

Charlottenburg.

Wanderung der Gemeindevetretungsbewegung. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der Magistrat bei der Stadtverordnetenversammlung eine Verdoppelung der Steuer für unbebaute Grundstücke beantragt. Diese Vorlage, die der zur Vorbereitung eingeleitete Etatansatz zur Annahme empfiehlt, ist für alle Städte, deren unbebautes Gebiet überwiegend oder allein nur noch als Baugelände benützt wird, von hoher sozialpolitischer Bedeutung, denn es ist dadurch möglich, den unbebauten Grundbesitz wenigstens einigermaßen gerecht zu versteuern. Allerdings, daß zu erstrebende

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumlichkeiten des 2. Stockwerks...

W. J. 301. Rein. — G. 2. Die Ihnen von anderer Seite gemordene Mitteilung ist irrig...

W. 2. 1. An der Regel ja. 2. Ja. 3. In zwei Jahren nach Ablauf des Jahres...

W. 3. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 4. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 5. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 6. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 7. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 8. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 9. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 10. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 11. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 12. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 13. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 14. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 15. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 16. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 17. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 18. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 19. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 20. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 21. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 22. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

W. 23. 1. Sie können auf Einräumung und Schadenersatz klagen, auch Strafantrag stellen...

Wannsee.

Die letzte Gemeindevorstellung legte den Etat für 1908 fest. Derselbe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 835 000 M. ab.

In der Automobilomnibus-Angelegenheit beantragte die Verkehrs-Kommission, das Unternehmen mit einem Zuschuß bis zu 3000 M. jährlich...

Mittenwalde.

Ueber Arbeiterklasse und Wahlrecht referierte in einer Volks-Versammlung am Sonntag Stadtordeener Genosse Dr. Borchardt-Charlottenburg.

Weißensee.

Die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Bundes beschäftigte sich unter anderem mit der Unterstützung der bereits ausgesteuerten arbeitslosen Mitglieder.

Vermischtes.

Die Eisenbahn als Brandstifter.

Am 23. Juni 1904 brannten die an der Eisenbahnstrecke zwischen Greiffenberg und Pirschberg in Schlesien gelegenen Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Landwirts und Fischers Dominik...

Als vor einigen Jahren die Waldungen des Herzogs Günther von Schleswig-Holstein, des Bruders der Kaiserin, durch Feuer zerstört wurden...

Drei Jahre unschuldig im Gefängnis. Ueber einen Justizirrtum wird dem 'Berl. Tageblatt' aus Eisen (Ruhr) berichtet: In Rös wurde der Bergmann Stupp verhaftet...

Eine gelbe Bühne.

In den nächsten Tagen wird sich, wie das 'B. L.' hört, in Berlin eine 'Nationale Volksbühne' konstituieren. Die Leitung übernimmt der Vorsitzende der 'gelben Gewerkschaften'...

Die Bühne wird jedenfalls der Verberichtigung des Streikbreuchs dienen. Zur Aufführung dürfte gelangen: 'Der Streikbrecher als Vaterlandsehrer'...

Schiffsunfall. Der Dampfer 'Sachsenwald' der Hamburg-Amerikalinie stieß, Hamburger Meldung zufolge, mit dem aus New York einkommenden englischen Dampfer 'Crehwell' zusammen.

Schneesturm. Aus Stockholm und Kristiania wird gemeldet, daß seit vorgestern ein heftiger Schneesturm auf der skandinavischen Halbinsel wütet...

Ein Dampfer gesunken. Auf dem Dampfer 'Dorobane' erfolgte einer Meldung aus Sofia zufolge eine Kesselexplosion. Da das Schiff schnell zu sinken begann...

Eingegangene Druckschriften.

Von der 'Kommunalen Praxis' sind die Nummern 8 und 9 erschienen. Diese Zeitschrift, von der wöchentlich eine Nummer zur Ausgabe gelangt...

Garden im Recht? Eine Betrachtung von Franz Wedderkopf. 50 Pf. Verlag: D. Ballier, Berlin W. 30.

Einführung in die Nationalökonomie. Vorträge zum Kursus von J. Borchardt. 10 Pf. Verlag: Leipzig Buchdruckerei A. G. in Leipzig.

Die Bewegung der Staats- und Gemeindearbeiter von Hamburg-Altona. Bearbeitet von H. Bäcker. 75 Pf. Selbstverlag des Verbandes in Hamburg 1. Gewerkschafts-Anstalt.

Staatsbürger-Bibliothek. Herausgegeben vom Wirtshausband. Heft 1. Die politischen Parteien und ihre Tätigkeit. 30 Pf. — Heft 2. Verfassung des Deutschen Reiches. 30 Pf. Verlag: Westdeutsche Arbeiter-Zeitung, R.-Gladbach.

Kunst und Künstler. Heft 4. Redaktion Karl Schäfer. Einzelheft 2,50 M. Vierteljährlich 6 M. Verlag Bruno Cassirer, Berlin.

Witterungsübersicht vom 11. März 1908, morgens 8 Uhr. Stationen: Emtenebe, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Ziel, die Besteuerung des unbewerteten Wertzuwachses, wird dadurch nicht erreicht, aber immerhin ist es wenigstens ein Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel...

Mögllich geworden ist eine solche ungleiche Besteuerung des bebauten und des unbebauten Grund und Bodens durch das sogenannte Deklarationsgesetz vom 24. Juli 1906.

Zeugen, die am Sonntagmorgen vor 6 Uhr gesehen haben, wie ein Knabe vor dem Hause Kaiserin-Augusta-Allee 23 überfahren wurde...

Rixdorf.

Ein Dachstuhlbrand ereignete sich gestern Mittag im Hause Wilmannsstraße 1 am Hermannsplatz. Trotzdem mit vier Schlauchleitungen und Dampfstrahl vorgegangen wurde...

Wilmerdorf.

Noch immer kann sich das Ortsblättchen nicht zufrieden geben mit dem, was wir ihm gesagt haben. Schweigt es sich auch über seine von uns niedriger gehängte unsaubere Beklammung...

Zum Schluß wird das Blättchen uns — den 'treisenden Redaktionsproleten' — nicht zumuten wollen, daß wir Reichsverbandesostgänger mit demselben Ernst bekämpfen...

Rummelsburg.

Der Veranschlag zum diesjährigen Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 614 633 M. ab, gegen das Vorjahr ein Mehr von 267 782 M.

Der Veranschlag zum diesjährigen Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2 614 633 M. ab, gegen das Vorjahr ein Mehr von 267 782 M. Der Zuschlag zur Staatseinkommensteuer...

